

N I E D E R S C H R I F T

über den

ATOMRECHTLICHEN ERÖRTERUNGSTERMIN

am Freitag, dem 20. September 1985, 10.04 Uhr,

in Wacken, Gasthof "Zur Post"

(3. Verhandlungstag)

VL Wihlfahrt: Meine Herren - eine Dame fehlt heute -,
ich begrüße Sie am dritten Tage des Erörterungstermins.
Wir haben jetzt 10.04 Uhr und setzen die Erörterung fort.

Ich darf Ihnen zunächst die Entscheidung des --

(Friis: Ich weiß Ihren Namen nicht!)

- Wihlfahrt ist mein Name.

(Friis: Und was sind Sie jetzt hier? Sind Sie als
Einzelner Verhandlungsleiter, oder was sind Sie hier?)

- Vorübergehend, ja.

(Friis: Vorübergehender Verhandlungsleiter Herr Wihlfahrt!)

Ich darf Ihnen zunächst die Entscheidung des Beauftragten
gemäß § 81 a des Landesverwaltungsgesetzes, Herrn Ministerial-
dirigenten Bracker, verlesen. Sie betrifft Ihren Befangen-
heitsantrag IX, Herr Friis. Sie lautet --

Friis: Da ist gestern abend ein Irrtum unterlaufen. Es
ist nur ein kleiner Irrtum, aber ich möchte ihn eben
hier doch sagen. Wenn Sie es für richtig halten, müssen
Sie vielleicht noch telefonieren. "Insbesondere dem unver-
antwortlich schnell und oberflächlich abgehandelten Thema"
- das ist in der fünften Zeile. Statt "verantwortungslos"
nur "dem unverantwortlich schnell". Das ist die Änderung;
so muß es berichtigt heißen. Heute morgen habe ich es
berichtigt. Hier ist die Reinschrift. Die habe ich hier.

VL Wihlfahrt: Die können Sie uns noch geben, aber es
ist berücksichtigt.

Friis: Wie denn? Sie haben doch noch gar nicht telefoniert.

VL Wihlfahrt: Wir formulieren das. - Ich darf jetzt erst einmal die Entscheidung verlesen. Sie lautet:

"Der Befangenheitsantrag IX des Einwenders Friis wird abgelehnt.

Begründung: Soweit der Antrag gegen die Verhandlungsleitung Dr. Schattke, Dr. Backheuer und Gördes gestellt worden ist, ist der Befangenheitsantrag unbegründet. Es liegt kein Grund vor, der geeignet ist, Mißtrauen gegen eine unparteiische Amtsführung der genannten Beamten zu rechtfertigen. Die Behauptung, daß die Sachthemen verantwortungslos schnell und oberflächlich abgehandelt worden seien, ist nicht belegt. Das Gegenteil ist der Fall. Jede Einwendung wurde zunächst inhaltlich vorgetragen und anschließend mit allen Teilnehmern des Erörterungstermins diskutiert. Von dem Recht der Erörterung hat insbesondere der Einwender Friis ausgiebig Gebrauch gemacht, da er fast zu jedem Sachthema seine Ansichten geäußert hat.

Soweit der Befangenheitsantrag gegen die Frau Ministerin Gräfin Brockdorff und gegen den Unterzeichner gestellt worden ist, muß der Antrag als unzulässig abgewiesen werden. Frau Minister Gräfin Brockdorff wirkt als Person am Erörterungstermin nicht mit. Der Unterzeichner hat jeweils nur insoweit mitgewirkt, als er über gestellte Befangenheitsanträge entschieden hat. Es ist unzulässig, Befangenheitsanträge allein auf getroffene Entscheidungen über vorangegangene Befangenheitsanträge zu stützen, deren Ergebnisse einem nicht gefallen.

Unterschrift: Bracker"

Ich darf daher die Herren Dr. Schattke und Dr. Backheuer wieder bitten, die Verhandlungsleitung zu übernehmen. Ich darf Herrn Gördes ebenfalls bitten, als stellvertretender Verhandlungsleiter wieder hier teilzunehmen.

(Friis: Das Original, die Reinschrift möchte ich übergeben!)

VL Dr. Schattke: Meine Damen und Herren, wir setzen jetzt die Erörterung fort. Wir waren bei dem Punkt des Kernschmelz-unfalls stehengeblieben. Dazu hatten gestern abend schon die Antragsteller Stellung genommen, aber der Einwender noch nicht. Herr Friis, Sie haben jetzt das Wort.

Friis: Zur Geschäftsordnung! Hier und heute stelle ich einen Befangenheitsantrag gegen den einen Leiter des sogenannten dritten Erörterungstermins zu **Brokdorf** in Wacken, Herrn Ministerialrat Dr. Backheuer, und den anderen Leiter desselben Termins, Herrn Regierungsdirektor Schattke (siehe sogenanntes "Informationsblatt" zum Erörterungstermin, Seite 2 oben) und ebenfalls gegen den Vertreter der Verhandlungsleiter, Herrn Oberregierungsrat Gördes.

Ich begründe das unter Hinweis auf meine vorherigen Befangenheitsanträge zusätzlich damit, daß die beiden ersten Herren schon durch ihre Arbeit als Ministeriumsvertreter in Sachen 'Krümmel' (respektive: Sozialminister Schleswig-Holstein - Friis und andere), auch Brokdorf, vor Gericht als Partei auftreten, und darüber hinaus auf alle drei Herren bezogen damit, daß sie nichts dazu beitrugen, unverantwortlich oberflächliches Behandeln sogenannter vom Sozialministerium vorgelegter "Sach"-Themen zu stoppen oder zu vertiefen, sondern gestern noch durch fünfminütige Sachbeiträge und anderes - siehe Protokoll - verschlimmerten, außerdem keinen Anstoß daran nahmen, daß die sogenannte Informationsschrift für die Bevölkerung (leicht nachprüfbar: siehe S. 2, S. 14, S. 18, S. 19, S. 34, S. 42, S. 29, S. 48, S. 52, S. 58), gelinde gesagt, unzureichend und desinformierend ist.

Unterschrieben: Anton Friis. - Befangenheitsantrag X.

VL Dr. Schattke: Herr Friis, würden Sie uns bitte diesen schriftlichen Befangenheitsantrag übergeben, damit wir ihn kurz kopieren können.

Friis: Den können Sie in sauberer Schrift haben. Ich muß einen Buchstaben weglöschen.

VL Dr. Schattke: Ja, machen Sie das bitte. Der Antrag wird gleich kopiert. Sie bekommen das Original gleich zurück. Anhand der Kopien wird entschieden.

Friis: Brauchen Sie das Original des Antrages von gestern abend? Brauchen Sie es nicht?

VL Dr. Schattke: Nein, vielen Dank. - Ich kann in der Zwischenzeit schon einmal fragen, ob von Antragstellerseite das Wort zu dem Befangenheitsantrag gewünscht wird. KWU?

(Dr. Hawickhorst: Nein! Wir sind sprachlos!)

- Das ist nicht der Fall. NWK? - Das ist auch nicht der Fall.

Friis: So, das ist das Original!

VL Dr. Schattke: Ich unterbreche die Sitzung solange, bis die Entscheidung darüber verkündet wird.

(Unterbrechung: 10.13 bis 10.17 Uhr)

VL Dr. Schattke: Meine Damen und Herren, es ist 10.17 Uhr. Ich verkünde jetzt folgende Entscheidung über den Befangenheitsantrag X des Einwenders Friis.

Der Befangenheitsantrag X wird als unzulässig zurückgewiesen.

Begründung: 1. Soweit der Einwender den Befangenheitsantrag darauf stützt, daß die Verhandlungsleitung, bestehend aus Dr. Backheuer, meine Person und als Vertreter Oberregierungsrat Gördes, diesen Erörterungstermin durchführt, ist darauf zu verweisen, daß nach § 12 Abs. 1 Satz 2 Atomrechtliche Verfahrensverordnung der Verhandlungsleiter

ein Vertreter der atomrechtlichen Genehmigungsbehörde sein muß. Es ist unzulässig, einen Befangenheitsantrag allein darauf zu stützen, daß der jeweilige Beamte eine klare Rechtsvorschrift angewandt hat, die er anwenden mußte.

2. Soweit der Einwender Friis vorträgt, daß die genannten Beamten zugleich in einem Verwaltungsprozeß später Partei wären oder auch in den vergangenen Verwaltungsprozessen - zum Beispiel Dr. Backheuer und ich - Partei gewesen seien, ist auch dieser Grund unzulässig, weil es verwaltungsprozessualen Vorschriften entspricht, daß diejenigen Beamten, die vorher einungsverfahren durchgeführt haben, hinterher die getroffene Entscheidung vor dem Verwaltungsgericht dann als Prozeßpartei auch zu vertreten haben. Auch das ist eine ganz klare Angelegenheit nach der Verwaltungsgerichtsordnung.

3. Soweit der Einwender Friis vorträgt, daß Sachthemen oberflächlich und unverantwortlich am gestrigen Tage behandelt worden seien, handelt es sich lediglich um eine Wiederholung des Befangenheitsantrages IX, der heute morgen von Ministerialdirigent Bracker bereits als unbegründet abgelehnt worden ist. Es ist unzulässig, einen bereits abgelehnten Befangenheitsantrag mit denselben Gründen erneut zu stellen. Das ist rechtsmißbräuchlich.

4. Soweit der Einwender Friis vorgetragen hat, daß die Redezeitbegrenzung vom gestrigen Tage keine ausreichende Sachdiskussion ermöglicht habe, ist auch dieser Hinweis unzulässig, weil über den Befangenheitsantrag hinsichtlich der Redezeitbegrenzung ebenfalls gestern von Ministerialdirigenten Bracker bereits entschieden worden ist. Es ist unzulässig, Befangenheitsanträge mit denselben Gründen zu wiederholen, obwohl die Befangenheitsanträge schon entschieden worden sind.

Ich glaube, das waren alle Gründe.

(Friis: Nein!)

- Ja, das sind alle Gründe gewesen. Dementsprechend ist der Befangenheitsantrag als unzulässig zurückzuweisen.

Herr Friis, bitte schön!

Friis: Die Informationsschrift war nicht erwähnt.

VL Dr. Schattke: Entschuldigen Sie, richtig! Das hatte ich mir aber notiert gehabt.

Friis: Und Sie haben eines verlesen. Sie haben zuerst Herrn Gördes genannt. Es war sicherlich Herr Dr. Backheuer gemeint. Oder habe ich mich bei der Verlesung geirrt?

VL Dr. Schattke: Ich habe alle drei erwähnt, und zwar in folgender Reihenfolge: Herr Dr. Backheuer, dann habe ich mich erwähnt, und dann habe ich Herrn Oberregierungsrat Gördes erwähnt.

(Friis: Dann habe ich mich verhört!)

Aber ich wiederhole gerne noch einmal, daß ich diese drei Herren ausdrücklich erwähne, und zwar Herrn Dr. Backheuer, mich selbst und Herrn Gördes.

Ich hatte mir das auch notiert. Der fünfte Punkt war, daß die sogenannte Informationsschrift für die Bevölkerung angeblich nicht ausreichend gewesen sei, unzureichend und desinformierend gewesen sei. Insoweit handelt es sich nicht um einen Befangenheitsgrund, der hier vorgetragen worden ist, sondern um eine Sacheinwendung zu der vorgelegten Kurzbeschreibung. Diese Sacheinwendung ist am ersten Tag des Erörterungstermins sehr lang und sehr breit diskutiert worden.

Es ist unzulässig, einen Befangenheitsantrag auf Sacheinwendungen zu stützen, die bereits behandelt worden sind.

Weitere Ausführungen werden dazu nicht gemacht. - Wir fahren jetzt in der Beratung und Verhandlung des Erörterungstermins fort. Ich habe bereits gestern festgestellt, daß die meisten Sachthemen schon abgehandelt worden sind, und zwar insbesondere die Verfahrenseinwendungen, die formaljuristischen Fragen, der geplante Einsatz von höher angereicherten Mischoxid-Brennelementen, das Thema des Kompaktlagers auch im Zusammenhang mit MOX-Brennelementen, das Thema der Entsorgung, die Themen Strahlenschutz und Radiologie, und ich habe gestern bereits auch festgestellt, daß das Thema Reaktorsicherheit bis auf den Unterpunkt "Kernschmelzunfall" voll abgehandelt worden ist. Die Themen sind ausreichend in den beiden vergangenen Tagen diskutiert und erörtert worden. Der Zweck des Erörterungstermins ist insoweit erreicht.

Es fehlt zum Thema Reaktorsicherheit als letztes nur das Thema "Kernschmelzunfall". Dieser Bereich wird jetzt im folgenden unter dem allgemeinen Gesichtspunkt "Katastrophenschutz" erörtert. Der Einwender Friis hatte das gestern ausdrücklich so beantragt.

Deshalb gehen wir jetzt zu den sonstigen Einwendungen. Die sonstigen Einwendungen gliedern sich in drei Oberbereiche: 1. Bereich energiewirtschaftliche Aspekte, 2. Bereich Verschiedenes und 3. Bereich Einwendungen zur Katastrophenschutzplanung. In dieser Reihenfolge wird jetzt vorgegangen, wobei in dem Bereich Katastrophenschutzplanung insbesondere der Gesichtspunkt des Kernschmelzunfalls wieder eine zentrale Rolle spielen wird. Wir fahren jetzt wie folgt fort. Zunächst einmal zu den energiewirtschaftlichen Aspekten. Ich bitte Herrn Gördes, die Einwendung zur Energiewirtschaft vorzutragen.

Stellv. VL Gördes: Das Kernkraftwerk Brokdorf sei energie-wirtschaftlich nicht erforderlich. Da es trotzdem gebaut werde, erhöhten sich die Stromkosten unnötigerweise.

(Friis: Zur Geschäftsordnung!)

VL Dr. Schattke: Danke schön, Herr Gördes. - Herr Friis, Sie hatten sich zur Geschäftsordnung gemeldet? Bitte schön!

Friis: Die Art, wie Sie das von gestern abgehandelt haben, erweckt meinen Widerspruch, und sicherlich nicht nur meinen. Die Einsprechenden, die nicht hier sind, würden sehr heftigen Widerspruch erheben; denn voll abgehandelt worden ist eben nichts. Das ist eine Tatsache. Wenn Sie jetzt die letzten sogenannten Punkte so behandeln wollen, wie Sie das vorgeschlagen haben, dann sehe ich wieder kommen, daß Sie lange über den Bedarf reden, von dem jeder Mensch im Lande weiß, daß er nicht da ist, der sogenannte Strombedarf, und daß Sie nachher ganz zuletzt den sogenannten Katastrophenschutz nicht einmal selbst, sondern die sogenannte Katastrophenschutzplanung vornehmen und das dann auch noch einmal schnell abhandeln. Damit haben Sie das Zentrum des ganzen sogenannten Erörterungs-termins bestimmt nicht getroffen. Dessen bin ich sicher. Ich hätte natürlich fortlaufend einen Antrag nach dem anderen zu stellen, daß Sie befangen sind und mit Ihnen Ihre Mitarbeiter.

VL Dr. Schattke: Danke schön, Herr Friis. Wir haben Ihren Protest gehört. Er ist auch zu Protokoll genommen.

Wir kommen jetzt zu der Erörterung der eben vorgetragenen Einwendung, die Herr Gördes vorgelesen hat. Wünscht jemand von der Antragstellerseite etwas dazu zu sagen? - Die NWK, Herr Dr. Bröcker, bitte schön!

Dr. Bröcker: Die energiewirtschaftlichen Aspekte sind ja eigentlich nicht Genehmigungsvoraussetzung im atomrechtlichen Verfahren. Deshalb sind sie auch im Sicherheitsbericht nicht behandelt. Ich bin aber trotzdem bereit, wenn das hier gewünscht wird, einige Erläuterungen zu geben.

VL Dr. Schattke: Wir hören Ihnen zu, Herr Bröcker.

Dr. Bröcker: Die Firmen Nordwestdeutsche Kraftwerke und Preußenelektra besitzen noch zwei große Gasblöcke, die derzeit in der Leistungsbilanz mitgezählt werden, für die jedoch keine Gasverträge mehr bestehen, weil auch nach den energiewirtschaftlichen Rahmendaten des Bundes Erdgas zur elektrischen Energieerzeugung nicht mehr verwendet werden soll. Wenn man davon ausgeht, daß diese beiden Blöcke nicht mehr zur elektrischen Energieerzeugung verwendet werden, dann entsteht in der Leistungsbilanz für 1986/87, den Zeitpunkt der geplanten Inbetriebsetzung, ein Leistungsdefizit bei diesen beiden Firmen gemeinsam von 447 MW. Das Verhältnis der Kernenergieleistung zur verfügbaren Leistung, also der Anteil der Kernenergie-Leistung an der gesamten installierten Leistung beträgt dann ohne Brokdorf 46 % und mit Brokdorf 51 %. Der geplante Anteil der Energie an der elektrischen Energieerzeugung beträgt 1987 etwa 68 %. Dies entspricht ziemlich genau dem, was nach den energiewirtschaftlichen Vorstellungen der Bundesrepublik langfristig aus Kernenergie erzeugt werden soll.

Sollte in Brokdorf zu dem geplanten Zeitraum, das heißt in der zweiten Jahreshälfte 1986 oder zur Jahreswende 1986/87, das Kernkraftwerk nicht zur Verfügung stehen, so sind die uns entstehenden Zusatzkosten, die natürlich an die Verbraucher weitergegeben werden müßten, etwa in der Höhe von 30 Millionen DM pro Monat.

VL Dr. Schattke: Vielen Dank, Herr Dr. Bröcker. Ich glaube, an dieser Stelle wäre es auch gut, wenn der Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr des Landes

Schleswig-Holstein zu den energiewirtschaftlichen Aspekten etwas sagte. Herr Pätschke, ich wäre dankbar, wenn Sie dazu ein paar Ausführungen machten.

Pätschke: Meine Name ist Pätschke, ich vertrete das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr.

Die dritte Fortschreibung des Energieprogramms des Bundes ist unverändert gültig. Darin wird der Ausbau der Kernenergie im Grundlastbereich und die Zurückdrängung von Öl und Gas in Kraftwerken gefordert. Bestätigt wird die Aktualität dieser Aussage, die aus dem Jahre 1983 stammt, durch den letzten Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung und durch die energiepolitischen Leitlinien des Landes Schleswig-Holstein. Ich will daraus zitieren:

"Die friedliche Nutzung der kostengünstigen Kernenergie im Rahmen des Bedarfs ist für das Land Schleswig-Holstein unabdingbar. Kernenergie und Kohle werden zukünftig die Basis der schleswig-holsteinischen Stromversorgung bilden müssen. Aufgrund seiner Revierferne und vergleichsweise hohen Stromkosten wird Schleswig-Holstein dabei in besonderem Maße auf die friedliche Nutzung der Kernenergie angewiesen sein. Kernenergie muß wegen ihrer niedrigen Brennstoffkosten die Grundlast oder die Mittellast unserer Stromerzeugung übernehmen."

Zur Frage des Kostenvorteils der Kernenergie gegenüber der Kohle wird in der dritten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung ausgeführt:

"Kernkraftwerke haben in der Bundesrepublik Deutschland trotz der stark gestiegenen Investitionskosten und höherer Kosten bei der Entsorgung in der Grundlast einen Kostenvorsprung gegenüber der Steinkohlenverstromung, der nach den vorliegenden Gutachten über die Jahre hin noch wachsen wird. Gesicherter Grundlaststrom aus Kernenergie bietet daher die Chance, steigende Kosten der Öl-, Gas- und Kohlekraftwerke teilweise zu mildern."

Die Landesregierung wird deshalb auch zukünftig darauf bedacht sein, daß zur Verbesserung der Wirtschaftskraft im Lande und im Interesse der Verbraucher dieses Landes im Rahmen des Bedarfs ausreichende kostengünstige und sichere Energie zur Verfügung gestellt wird. Dabei wird der Kostenvorteil der Kernenergie besondere Beachtung finden müssen.

Die Elektrizitätswirtschaft geht, wie Sie eben gehört haben, von etwa rund 50 % Grundlast-Anteil der Kernenergie aus. Das entspricht etwa einem Arbeitsanteil von 65 bis 70 %. Dem trägt das Kernkraftwerk Brokdorf Rechnung. Der Leistungsanteil der Preußenelektra einschließlich NWK wird bei knapp 50 % liegen, der Arbeitsanteil, wie Sie gehört haben, in der Größenordnung bis zu höchstens dreiviertel. Zu den Zuwachsraten gehen nach den uns vorliegenden Erkenntnissen die Preußenelektra von rund 2 % Stromverbrauch pro Jahr aus, die Landesregierung von Schleswig-Holstein von zirka 2 bis 3 %. Insofern ist dort also auch Übereinstimmung zu sehen.

Die Strompreise in Schleswig-Holstein sind zuletzt zum 1. Januar 1983 erhöht worden. Seit dem Ende der siebziger Jahre sind die Disparitäten zu Strompreisen in anderen Gebieten der Bundesrepublik stark abgebaut worden. Dies wird sich voraussichtlich fortsetzen. Folge dieser durch den Einsatz von Strom aus Kernkraftwerken ermöglichten Preisgünstigkeit ist eine erwünschte Stärkung der Wirtschaftskraft in Schleswig-Holstein.

Der Begründung des Bedarfs durch den Vertreter der NWK wird auf der Grundlage der uns vorliegenden Erkenntnisse gefolgt. Auf die Möglichkeit, nach Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Brokdorf Kohlekraftwerke wie zum Beispiel das Kraftwerk Lübeck-Siems mit derzeit 117 MW Leistung aus dem Grundlastbereich herauszunehmen, wird hingewiesen.

VL Dr. Schattke: Vielen Dank, Herr Pättschke. Vielen Dank auch dafür, daß Sie sich an die Redezeit von fünf Minuten gehalten haben. - Wünscht noch jemand das Wort zu dem Energiebedarf? - Herr Friis, bitte schön!

Friis: Vorbehaltlich dessen, daß ich in der Öffentlichkeit natürlich bei meinem Antrag bleibe, denn es ist ja dieser Termin in Wirklichkeit nicht nur nichtöffentlich, sondern es werden verkleidet Nachrichten in die Öffentlichkeit gegeben.-- Ich sage aber vor der Öffentlichkeit und vor den anderen Menschen, die hier angesprochen worden sind, daß ich dabei bleibe. Trotzdem beteilige ich mich noch, weil ich hoffe, daß das, was hier schriftlich festgehalten wird, doch eines Tages an die Öffentlichkeit kommt, und hoffentlich rechtzeitig.

Die beiden Vorträge, die jetzt eben im Widerspruch zum Anfangs Gesagten -- ~~das~~ ist der sogenannte Kernschmelzunfall. Sie meinen doch sicherlich den sonst als "China-Syndrom", gelehrt ausgesprochen, gemeinten Unfall. Daß Sie damit nun nicht angefangen haben, sondern plötzlich wieder bei den Kosten der Kernenergie sind, welches Kapitel wir alle wahrscheinlich hinreichend kennen und worüber wir recht genau aufgeklärt sind, wie sehr es von Propaganda und falschen Werten geführt wird, da möchte ich Sie doch fragen, Herr Versammlungsleiter, wieso Sie dazu kommen, das plötzlich umzustellen.

VL Dr. Schattke: Herr Friis, ich will Ihnen darauf gern eine Antwort geben. Sie hatten gerade gestern verlangt, das Thema Kernschmelzunfall im großen Sachbereich Katastrophenschutzplanung abzuhandeln. Diesem Wunsch habe ich entsprochen. Ich wundere mich etwas, daß Sie sich darüber beklagen, daß ich Ihrem Wunsch entgegengekommen bin.

Friis: Dazu möchte ich berichtigend sagen, daß ich grundsätzlich und viele Male gesagt habe, daß ich die Sache nicht unter dem von der Landesregierung - in diesem Fall von der Sozialministerin oder vom Sozialministerium - so vorgegebenen Plan unter Punkt allerletzt hier behandelt sehen wollte. Das ist allerdings das zweite. Zu allererst sage ich, daß ich es auch unter diesem Thema noch nie gefaßt habe, wohl mitunter unter der Überschrift "Weil es so genommen wird". Aber in meinen Dingen, die ich angesprochen habe, ist niemals dieses Spezialkapitel, sondern über dieses Kapitel teilweise gesagt, was ich anspreche und was ich gegen die ganze Anlage Brokdorf und andere Anlagen habe und weswegen ich das - wie viele Menschen - für unverantwortlich halte, daß Sie auf diesem Gebiet weiterbauen und sogar in Betrieb nehmen, obwohl das zum Beispiel in den Staaten von Amerika schon seit sechs Jahren gar nicht mehr gemacht wird. Dort wird kein einziges neues Werk in Betrieb genommen, und es hat mir niemand der Wissenschaftler darin widersprochen. Es ist mir eben bekannt, daß der sogenannte Unfall von Harrisburg diese ganz klare, allerdings nicht offen ausgesprochene Entscheidung erzeugt und bewirkt hat.

Wenn Sie jetzt einfach sagen, ich wünsche, daß das unter dieses Kapitel "Katastrophenschutz" fällt, dann haben Sie gestern doch sehr offensichtlich sehr vieles überhört und nicht mitbekommen, was ich hier gesprochen habe, Herr Dr. Schattke.

VL Dr. Schattke: Vielen Dank, ich nehme Ihre Kritik zur Kenntnis - Möchten Sie noch etwas zu den energiewirtschaftlichen Aspekte sagen? Das ist das Thema, das wir im Augenblick gerade behandeln - Herr Friis, bitte schön.

Friis: Sie ändern, wie ich höre, nichts. Ich werde trotzdem auch zu diesem Kapitel etwas sagen, obwohl ich wünschte, daß hier Menschen wären, die genauso viel gegen Brokdorf haben wie ich und die auf diesem Gebiet sehr viel genauer Bescheid wissen und die heute dann sogar das Opfer brächten, hierher zu kommen - nicht wie Sie bezahlt - in eine mehr oder minder entfernte Gegend, in eine einsame und eine schöne Gegend, wenn man nicht an das denkt, was alles herum an Industrie ist und die man Gott sei Dank nicht mit Augen sieht - oder nur selten - - Ich hätte mir gewünscht, daß diese Menschen heute Urlaub genommen hätten und hierher gekommen wären und sähen, wie Sie hier operieren, was Sie hier an Tatsachen gebracht haben und gerade eben verschwiegen haben. Es wäre auch ganz gut, wenn ein Mensch dabei wäre, der viel von der deutschen Sprache versteht, wenn es zum Beispiel bei Herrn Dr. Schlosser heißt: "Nach energiewirtschaftlichen Vorstellungen, langfristig aus dem, was aus Kernenergie erzeugt werden soll" - - Das war sein Endsatz.

VL Dr. Schattke: Herr Friis, ich muß Sie herzlich bitten, etwas zu den energiewirtschaftlichen Aspekten zu sagen, wenn Sie etwas dazu sagen möchten. Bitte sagen Sie jetzt aber nichts zu allen anderen Gesichtspunkten, die bereits abgehandelt worden sind oder die noch kommen werden. Im Augenblick behandeln wir das Thema "energiewirtschaftliche Aspekte". Das habe ich vorher angekündigt. Es ist nicht nur mein Recht, sondern bei der Fülle der Sachthemen auch meine Pflicht, die Verhandlung ein bißchen zu strukturieren. Die Einwendung ist Ihnen vorgebracht worden, - -

Friis: Ich bin ja gerade dabei!

VL Dr. Schattke: - und Sie haben jetzt nur das Recht, zu den energiewirtschaftlichen Aspekten etwas zu sagen. Ich bitte Sie sehr herzlich, sich daran zu halten.

Friis: Mit dem Recht ist das allerdings die Frage. Denken Sie an das Recht und das Atomgesetz von Ewald Gaul in "Atomares Dilemma". Ich hatte gerade begonnen. Sie sagen, energiewirtschaftliche Aspekte. Ich hatte nur einen Vorspruch getan.

Ich habe einen Satz von Herrn Dr. Bröcker angesprochen, Vorstellungen - - Das ist zwar nicht genau "Aspekten" gleichzusetzen; Aspekte sind für den Normalbürger auch nicht gerade das gängigste Wort. Aber ich meine, mit diesem Begriff "energiewirtschaftliche Vorstellungen" wieder das packen zu können, was ich Ihnen - nicht nur Ihnen - sagen möchte und was ich auch in der sogenannten Sachdiskussion für wichtig halte. Hier dreht es sich doch darum, daß nicht mehr ein Mensch als Verantwortlicher vorsteht, wie wir das eigentlich bei allen entscheidenden Dingen hoffen - oder auch einige wenige Menschen. Sondern man sagt einfach: Nach energiewirtschaftlichen Vorstellungen. Welche Menschen sind es denn, die diese energiewirtschaftlichen Vorstellungen haben? Sind es vielleicht die Herren von der NWK, die an der Spitze dieses Konzerns sitzen und sagen, so viel Geld muß ich nun daraus machen oder soviel Geld darf ich nicht verlieren, ich muß es eben doch etwas so in dieser Art machen? Dann sagt dieser Herr Dr. Bröcker, und der Herr von dem schleswig-holsteinischen Energiewirtschaftsministerium wiederholt weitgehend dessen Zahlen und Prozentzahlen, sagt dann, ja, so steht es; das sind die tatsächlichen Prozentzahlen. So viel Strom erzeugen wir jetzt. Ich glaube, sie haben hauptsächlich über die gegenwärtige Lage gesprochen. Dann kommen sie zu enormen Prozentzahlen. Sie sagen gleichzeitig, daß Kohle und Öl zurückgedrängt werden. Von der Schädlichkeit reden sie nicht viel, sondern der Herr aus dem Energiewirtschaftsministerium in Kiel bringt sogar Zeitungs- oder sonstige Pressemeldungen - oder was es nun genau war -, in denen eindeutig Propaganda gemacht wird. Dies genauso wie in dieser Schrift hier. Denn er sagt die ganzen alten Vokabeln, die wir schon 1974 und 1971 und schon noch länger gehört haben, daß es kostengünstig und preiswert ist. Er meint, dies mit diesen anderen Zahlen belegen zu können. Ich möchte zum Beispiel diesen Herrn aus dem Wirtschaftsministerium fragen, wie er denn zu diesen Wertungen kommt. - Er selbst wohl nicht, aber er hat ja zitiert. Ich frage, wie denn diese Herren von der Regierung im Lande Schleswig-Holstein und wie auch die Herren der Bundesregierung, die diese Aussagen machen, wirklich zu diesen Zahlen und zu diesen Schlüssen kommen und wie sie zu diesen Wertungen kommen, wenn sie doch außer Acht lassen, daß sie bei der sogenannten Kernenergie, der Atomspaltenergie, zu diesen Prozenten

kommen, ohne zu werten, was denn noch eigentlich an dieser Atomspaltenergie dranhängt. Denn soviel mir bekannt ist, hat noch kein Mensch herausgerechnet, wieviel es kosten wird, eine Atomanlage in Brokdorf - so einen Klotz auf der Wiese mit den Pfählen im Morast und in den Klei hinein - wieder herauszubuddeln. Oder überhaupt zu prüfen, wann man das tun kann und welche Menschen das tun sollen und wie lange das dauern wird und was das wohl alles kostet. Ich habe nur gehört, es soll sehr viel mehr kosten als das ganze Aufbauen. Und das war ja wohl recht schrecklich mit 3 000. Und nicht nur das: Auch die Frage, wo man dann mit diesen Sachen bleibt, wenn es auf der ganzen Welt - -

VL Dr. Schattke: Herr Friis, Sie haben bereits wieder Ihre Redezeit von fünf Minuten überschritten.

Friis: Das ist an sich kein Schaden. Was ich gesagt habe, war alles fundiert, war alles wesentlich.

VL Dr. Schattke: Dementsprechend entziehe ich Ihnen hier nach § 12 Abs. 3 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung das Wort. Sie wissen, daß ich gestern eine Redezeitbegrenzung verkündet habe. Diese Redezeitbegrenzung gilt so lange fort, bis sie aufgehoben wird. Sie gilt für die ganze Dauer des Erörterungstermins.

Friis: Das bedeutet, daß Sie mir für heute das Wort entziehen?

VL Dr. Schattke: Nein, daß ich Ihnen das Wort zu diesem Thema "energiewirtschaftliche Aspekte" entziehe.

Friis: Aus welchem Grunde? Wegen der Zeit oder weil ich etwas gesagt habe, was nicht nötig war?

VL Dr. Schattke: Nein, wegen der Überschreitung der Redezeit.

Friis: Und woher nehmen Sie das Recht, diese Redezeit so einzuschränken, daß ich mich nicht vernünftig zu dem Thema äußern kann?

VL Dr. Schattke: Herr Friis, Sie haben jetzt nicht mehr das Wort. Ich habe Ihnen das Wort zu den "energiewirtschaftlichen Aspekten" entzogen.

Herr Dr. Bröcker, Sie haben Ihre Redezeit noch nicht überschritten. Sie dürfen zu diesem Thema noch etwas sagen.

Dr. Bröcker (NWK): Nur noch ein Hinweis: Die Kosten der Stilllegung und die Frage, ob das überhaupt berechnet worden ist, werden unter Punkt 8.3.6 und 8.3.7 noch behandelt.

Friis: Dann können Sie es jetzt ruhig weglassen, was?

VL Dr. Schattke: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Thema "energiewirtschaftliche Aspekte"? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen jetzt zu sonstigen Einwendungen, die nicht unter ein spezifiziertes Generalthema zusammengefaßt werden können, sondern verschiedene Aspekte betreffen und die deshalb auch unter der Überschrift "Verschiedenes" hier vorgetragen werden. Es sind jeweils bestimmte Einzelpunkte, die Sie gleich von Herrn Gördes vorgetragen bekommen werden. - Herr Gördes, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Einwendungen jetzt vortragen würden.

Gördes (SOZ): "Die Emissionen der Hilfskesselanlage würden nicht der Großfeuerungsverordnung entsprechen."

"Der Kamin der Hilfskesselanlage sei zu niedrig bemessen, um den I 2-Wert einzuhalten. Das TÜV-Gutachten berücksichtige nicht die Verwirbelung am Kraftwerksgebäude."

VL Dr. Schattke: Vielen Dank, Herr Gördes. - Wünscht jemand das Wort zu diesen Einwendungen? - Bitte sehr, Herr Dr. Teichel von der NWK.

Dr. Teichel (NWK): Die Hilfskesselanlage fällt wegen ihrer Feuerungswärmeleistung nicht unter die Großfeuerungsverordnung. Dies zunächst vorausgeschickt. Weiterhin müssen wir feststellen, daß es für die Schornsteinhöhenermittlung Gutachten des TÜV

Norddeutschland gibt. Die dort ermittelten Höhen bewegen sich je nach Abhängigkeit von dem verbrannten Brennstoff bei 13 bzw. 17 m. Der Schornstein ist mit einer Höhe von ca. 40 m ausgeführt. Insofern ist dieser Anwurf gegenstandslos.

VL Dr. Schattke: War das alles, oder möchten Sie noch etwas zum Kamin sagen?

Dr. Teichel (NWK): Die Ermittlung der Emissionskenngrößen E 1 und I 2, die hier angesprochen worden sind, sind nach dem Abschnitt 2.6.1.1 der TA Luft nicht erforderlich, weil die über den Kamin abzuleitenden Schadstoffmengen unter den in der TA Luft angegebenen Mengen von 60 kg pro Stunde für SO_2 und 40 kg pro Stunde für NO_x liegen.

VL Dr. Schattke: Danke sehr, Herr Dr. Teichel. - Weitere Wortmeldungen zu dem Bereich der Hilfskesselanlage? - Herr Friis, bitte sehr.

Friis: Ich möchte nur hinzusetzen, daß hier wieder einmal ganz am Schluß ganz beiläufig kommt, wieviel über dem sogenannten Abluftkamin herauskommt und welche Sachen; also SO_2 von dem Schwefeldioxid, ohne den Namen zu nennen. Wenn hier andere Menschen, die auf dem Lande bäuerlich tätig sind, wären, dann dürften die sich wohl schön bedanken, wenn einfach NO_x oder was da an einer zweiten Verbindung noch so kommt, herausgelassen wird. Dabei weiß ja nicht unbedingt gleich jeder, was das ist; jedenfalls dann nicht, wenn er jünger ist. Also, auch Stickstoff, Stickoxide lassen sie heraus. Dies sind zwei sehr schlimme Stoffe: Schwefeldioxid und Stickoxide sind wahrscheinlich auch noch radioaktiv. Das wurde ja nicht gesagt. Es heißt hier einfach "Abluft". Dieses Wort ist ja auch ein Fachbegriff wie die anderen, die alle zu dem Zweck erfunden sind, das zu tarnen - so würde ich fast sagen -, beziehungsweise das ist auch eine Hilfslosigkeit, die man eventuell verstehen kann, weil es ein so ungeheuerliches Gebiet ist, in bezug auf Auswirkungen, das von keinem Menschen ermessen werden kann. Es ist ein schwacher Trost, wenn auch das unter die alten Vorschriften der TA L fällt, - das wird dann auch noch abgekürzt -, also unter die Luftreinhaltungsvorschrift. In Wirklichkeit sind es nach dem Vortrag des Herrn von eben ja keine

Luftreinhaltungsvorschriften; denn wenn so etwas entlassen wird kann man automatisch als Laie, ohne sämtliche Zahlen und sämtliche Verbindungen zu wissen, schon sagen, daß diese Luft nicht reingehalten wird, sondern daß diese Luft, die dann später über Wacken bei Westwind hinüberzieht -- Sie haben ja in diesem Büchlein auch die Zahlen in Prozenten ausgewiesen, wie dieser und jener Wind weht; auch Tabellen sehr lang und breit. Wenn man aber genau hinsieht, herrscht doch fast die halbe Zeit der Westwind - das wissen wir auch ohne die Tabellen -, und dann kommt also diese Luft durch den sogenannten Abluftkamin verteilt und verdünnt als nicht mehr sichtbares Verbrechen - um das Wort wieder zu gebrauchen - über die Lebewelt in die Biosphäre. Das wird hier aber von den Herren Sachbearbeitern und Sachgutachtern immerzu unterschlagen. Eben auch wieder.

VL Dr. Schattke: Vielen Dank, Herr Friis. - Herr Dr. Teichel, Sie haben das Wort.

Dr. Teichel (NWK): Sie haben es offensichtlich mißverstanden, Herr Friis. Wir unterscheiden in der Anlage Brokdorf zwischen dem Abluftkamin und dem Abgaskamin der Hilfskesselanlage. Der Einwand, der hier gebracht wurde, bezieht sich auf den Abgaskamin der Hilfskesselanlage. Dem gelten unsere Ausführungen. Der Abluftkamin hat eine völlig andere Funktion und hat damit nichts zu tun.

VL Dr. Schattke: Vielen Dank, Herr Dr. Teichel.

Herr Friis, möchten Sie darauf noch erwidern? - Bitte sehr.

Friis: Ich habe eine Nachfrage, ob grundsätzlich aus dem Abgaskamin - Sie haben nicht gesagt, welcher der beiden Kamine es ist; aber ich nehme an, es ist der kleinere und nicht der hohe Schornstein, den man bis nach Krempe und noch weiter sehen kann - auch radioaktive Stoffe entweichen. Wenn ja, in welcher Menge?

Dr. Teichel (NWK): Der Abgaskamin der Hilfskesselanlage läßt keine radioaktiven Stoffe aus der Anlage Brokdorf.

Friis: Gar keine?

Dr. Teichel (NWK): Lediglich die, die im Brennstoff enthalten sind, genau wie aus jedem Kohlekraftwerk.

Friis: Sie sind sicher, daß gar keine radioaktiven Stoffe darin sind? - Aber es bleibt dabei, daß das Schwefeldioxid und daß die Stickoxide eben doch auch zu den ganz gefährlichen Stoffen unserer Luft gehören. Das haben Sie hier nicht erwähnt.

VL Dr. Schattke: Gut. Weitere Wortmeldungen. Weitere Vorträge dazu? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zu den nächsten Einwendungen, die Herr Gördes vortragen wird.

Gördes (SOZ): "In Anbetracht des biologisch bedrohlichen Zustandes der Elbe dürfe kein erwärmtes Wasser in den Fluß geleitet werden."

"Die Auflage, wonach eine funktionierende Fischeichanlage zu erstellen sei, sei nicht erfüllbar."

VL Dr. Schattke: Ich darf Herrn Wihlfahrt vom Sozialministerium bitten, zu diesen Punkten Stellung zu nehmen.

Wihlfahrt (SOZ): Zuständig für die Entnahme und die Wiedereinleitung von Wasser aus der Elbe ist der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Mir liegt eine Stellungnahme dieses Ministeriums vor, aus der ich folgendes vortragen möchte. Zunächst einige grundsätzliche Aussagen. Die mit der Einleitung in die Elbe verbundenen Fragen waren Gegenstand eines wasserrechtlichen Erlaubsverfahrens. Das dazu durchgeführte förmliche Verwaltungsverfahren erstreckte sich auf die Einleitung von erwärmtem Kühlwasser, neutralisiertem Abwasser aus der Vollentsalzungsanlage, radioaktiv kontaminiertem Abwasser aus dem Kontrollbereich, Maschinenhausabwasser, Oberflächenwasser. Die dazu durchgeführten Prüfungen ergaben, daß die Einleitung dieser Abwässer unter Berücksichtigung der in der Erlaubnis genannten Einleitungsbedingungen für das Öko-System und die Nutzungen an der Elbe unbedenklich ist. Die wasserrechtliche Erlaubnis wurde deshalb am 10.03.1983 erteilt. Sie ist rechtskräftig.

Mit der Erlaubnis verbunden ist ein umfangreiches Beweissicherungsprogramm, das sich insbesondere erstreckte auf die Erfassung der ökologischen Auswirkungen der Abwassereinleitungen auf die Elbe und die in dem Einwirkungsbereich der Elbe befindlichen Nebengewässer. Zusätzlich wurden noch umfangreiche Radioaktivitätsmessungen in Wasser, Sediment und Fisch angeordnet, um die Auswirkungen von Aktivitätsabgaben auf die Nahrungskette im System Wasser zu erfassen.

Nun zu den einzelnen Einwendungen. Zunächst zu der Einwendung, daß in Anbetracht des biologisch bedrohlichen Zustandes der Elbe kein erwärmtes Wasser in den Fluß geleitet werden dürfe. Hierzu wird gesagt: Die für das wasserrechtliche Erlaubnisverfahren durchgeführten umfangreichen Voruntersuchungen ergaben, daß die Einleitung von erwärmtem Kühlwasser keine negativen Auswirkungen auf das ökologische System der Elbe, insbesondere hinsichtlich des Sauerstoffhaushalts haben wird. Diese Untersuchungen berücksichtigen auch die Überlagerung der Kühlwassereinleitung aus dem Kernkraftwerk Brokdorf mit anderen Wärme-einleitungen in diesem Gebiet. Gemeint sind Kernkraftwerk Brunsbüttel und Industriebetriebe. Die heute bereits eingetretenen und in der nächsten Zeit noch zu erwartenden Entlastungen des Gewässers, zum Beispiel durch den Klärwerksausbau in Hamburg, wurden dabei nicht berücksichtigt. Vielmehr ist zu erwarten, daß der zeitweilig kritische Sauerstoffgehalt in der Elbe im Auswirkungsbereich der Kühlwassereinleitung, infolge des mit dem erwärmten Kühlwasser eingetragenen Sauerstoffs, durch die hohe Anreicherung, durch eine Tauvorbelüftung zumindest stabilisiert, wenn nicht sogar verbessert wird. Entsprechende Effekte wurden bei der Kühlwassereinleitung aus dem Kernkraftwerk Brunsbüttel festgestellt und sind auch aus anderen Kraftwerkseinleitungen bekannt. - Dies ein Zitat aus dem Bericht der Abwärmekommission.

Nun zu der funktionierenden Fischeicheanlage. Die im Kraftwerk Brokdorf installierte Fischeicheanlage berücksichtigt die aus dem Betrieb anderer Anlagen gewonnenen Erkenntnisse. Dies hat unter anderem zu einer anderen Anordnung der Elektroden und zur Verbesserung der elektrischen Regelungsmöglichkeiten zur Anpassung an wechselnde Randbedingungen im Gewässer geführt. Darüber hinaus wurde eine Rückführungsmöglichkeit ge-

schaffen, über die Fische, die trotz Scheuchanlage in den Einlaufkanal gelangen, wieder in die Elbe zurückgegeben werden können. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß durch die Anordnung des Einlaufbauwerks im großen Abstand vom Rückgabebauwerk und seiner Lage an der Elbe außerhalb des von Fischen bevorzugten Wanderwegs erreicht ist, daß von vornherein wesentlich weniger Fische in den Nahbereich der Kühlwasserleitungen gelangen, als es zum Beispiel beim Kernkraftwerk Brunsbüttel der Fall ist. Die Erfahrungen mit der Scheuchanlage in Brunsbüttel haben im übrigen gezeigt, daß dort überwiegend nur Stinte nach dem Abbläuen in den Einlaufkanal gelangen. Bestandsgefährdungen wurden bisher nicht beobachtet und sind aufgrund des in der Elbe vorhandenen reichen Fischbestandes auch nicht zu erwarten.

VL Dr. Schattke: Vielen Dank, Herr Wihlfahrt. Auch vielen Dank dafür, daß Sie sich in der Redezeit bewegt haben.

Möchten Sie, Herr Friis, oder sonst jemand dazu noch Stellung nehmen? - Das ist offenbar - - Doch, Herr Friis, bitte sehr.

Friis: Diese Darstellung dürfte auch wieder viel zu einfach sein oder danebentreffen. Es ist mir schlecht verständlich, daß der Landwirtschaftsminister zu solchen Schlußfolgerungen kommt; denn ich habe noch in Erinnerung, daß er beim sogenannten wasserrechtlichen Termin für Krümmel in Lübeck - wenn ich recht informiert bin - beziehungsweise schon schriftlich vorher sehr wohl Einwendungen gegen solche Einleitungen von Warmwasser hatte. Hier heißt es einfach, daß das auch bezogen auf das Öko-System unbedenklich sei. So habe ich das gehört. Wenn ich dieses Wort "unbedenklich" höre, dann höre ich die anderen Worte mit. Wenn irgendwo etwas in einem Atomwerk geschieht, immer ist keine Gefahr für die Bevölkerung gegeben. Hier handelt es sich nicht um die Bevölkerung. Aber es handelt sich auch um einen Teil des gesamten Lebens, nämlich um die Fische. Interessant war für mich die Schlußbemerkung, in der dann kam, daß da höchstens einmal ein paar Stinte dort hineingerieten oder umkommen und daß noch keine Bestandsgefährdung beobachtet worden sei. Wissen Sie, da ist der Mensch nicht nur arrogant gegenüber Menschen, sondern auch arrogant gegenüber den Schöpfungen in der Natur. Ich meine, daß da schon zu sehen

ist, daß es sich hier um einen gründlichen Fehlweg handelt, obwohl es eben nur ein Teil dieser ganzen Sache ist. Ich habe schon neulich - glaube ich - von dem sogenannten Informationspavillon gesprochen und von diesem hier, was den Leuten in die Hand gegeben wird. Hier steht ja sogar auf mehreren Seiten, die ich benannt habe, gar nichts, oder es werden schöne Bilder gemalt. Das Hauptthema kommt auf drei Seiten vor. Im Informationspavillon stellt man an der Stelle, wo das Wasser in Brokdorf herauskommt, eine Grünpflanze hin, und man kann dasselbe lesen, was der Herr hier vorgetragen hat, allerdings nicht öffentlich, vom Landwirtschaftsministerium. Nämlich, daß man in Brunsbüttel die Erfahrungen gemacht habe, daß das Wasser eben, wenn es herauskommt, sozusagen für die Natur noch etwas besser ist, weil es angereichert ist.

Der Wärmeeintrag wird für unbedenklich angesehen. Ich möchte gern wissen, welcher Wissenschaftler sich dazu hergibt, wo wir so ausgezeichnete Wissenschaftler - zum Beispiel in Plön; ich komme jetzt nicht auf den Namen; ich glaube, er fängt mit T an; auch den Wassermann meine ich, den Professor in Kiel - haben, die sehr wohl vor der Öffentlichkeit dargelegt haben - genau wie Herr Prof. Grimmel in Hamburg oder Herr Prof. Duphorn aus Kiel in bezug auf die Geologie - vor der Bevölkerung, soweit die Zeitungen ihre Beiträge aufgenommen haben und unverfälscht aufgenommen haben, daß es sehr wohl von einer nicht absehbaren Bedeutung sei, wenn ganz geringe Änderungen in der Temperatur in einem Element, einem alten Element des Lebens vorgenommen werden, und zwar vom Menschen; denn da handelt es sich nicht nur um Fische, sondern es handelt sich eben auch um Lebewelt in der Elbe. Es handelt sich um Pflanzen und sehr, sehr kleine Tiere, von denen ich zum Beispiel als nicht am Wasser wohnender nicht die halbe Ahnung habe wie ein Mensch aus Brokdorf, der hier vielleicht gegenwärtig wäre und darüber sehr wohl berichten könnte. Aber das Landwirtschaftsministerium sagt, es sei unbedenklich, und nennt die eine Fischart, die man offenbar nicht so oft ißt, die also keinen erkenntlichen Nutzen gerade in diesem Sinn für die Menschen hat. Man sagt, diese Fischart werde wohl noch weiterleben. Das ist eine sehr oberflächliche - so kann man sagen - und mangelhafte und arrogante Behandlung dieses Themas.

VL Dr. Schattke: Waren Sie fertig, Herr Friis?

Friis: Nein, nein, ich bin längst nicht fertig.

VL Dr. Schattke: Dann fahren Sie fort, bitte.

Friis: Ja. Sehen Sie, ich bin aus diesem Grund nicht fertig, weil ich ein Mensch vom Lande bin. Ich komme aus einem Dorf, das in Schleswig-Holstein ist. Ich bin an sich ein Mensch zwischen den beiden Meeren. Aber als ich klein war, hatte ich nicht einmal ein Rad. Nicht weil mein Vater ganz arm war, aber weil es eine schreckliche Zeit war. Vielleicht auch, weil mein Vater gewußt hat, es sei nicht gut für mich, sehr weit herauszukommen, weil es eine Zeit unter Hitler war. Mein Vater war vor Hitler gegen ihn aufgetreten, und es war sicherlich nicht ganz einfach, seinem Jungen zu erzählen, was hier nun wohl in der Politik in Deutschland und Schleswig-Holstein gemacht würde. Ich kann mir heute denken, daß er uns aus diesem Grunde auch nicht so gern herausgelassen hat. Sehen Sie, ich war also nicht oft am Wasser. Erst waren wir einmal ganz kurz an der Förde, obwohl ich da zur Schule gegangen bin. Auch das nicht so recht. Dann mußten wir zum Zug und so. Also, Leute in Brokdorf zum Beispiel wissen sehr viel mehr vom Wasser als ich. Später bin ich natürlich mal so an den Deich gegangen, bin gern baden gegangen. Fische fangen war nicht mein Fall. Ich bin dann immer an Albert Schweitzer erinnert, der als kleiner Junge mit seinem Kollegen Fische fangen ging, der das gar nicht schön fand und aufgehört hat. Oder es waren in dem Fall die Vögel. Er hat sofort aufgehört, als das Töten anfang. Wissen Sie, und das ist ein spannender Punkt; denn hier ist nicht gesagt worden, daß die Fische durch die Scheuchanlage - wieder ein Tarnwort - - Man muß ihnen natürlich helfen. Aber man könnte auch Tötungsanlage sagen. Ich habe von Brunsbüttel gehört - vielleicht irre ich mich jetzt -, ich habe von einer solchen Anlage gehört, daß dort eines Tages sehr viele Fische tot herumtrieben. Ich weiß nicht genau, ob es die Scheuchanlage war, aber ich meine doch. Es ist eigentlich eine Tötungsanlage. Die Fische dürfen nicht in das Wasser kommen, weil das Wasser für das Atomwerk gebraucht wird. Sie müssen heraus. Vielleicht werden sie nicht immer getötet, sie werden jedenfalls auch elektrisch angegriffen. Mit welchem Recht greifen wir eigentlich die Tiere, die als Schöpfung

in der Elbe sind, an, bloß, damit wir eventuell unseren Kessel warmmachen, den wir auch mit einer anderen Energie warmmachen könnten, die wir vielleicht auf unsere findige Weise gewinnen könnten? Es gibt ja genügend Professoren, die untergebuttert worden sind - so hätte ich beinahe gesagt. Ich denke zum Beispiel an Professor Justi aus Hannover, der schon vor vielen Jahren die besondere Art der Nutzung der Sonnenenergie gefunden hat, bei der - nicht wie das sonst im Volksmund, nicht vom Volk her erzählt wird - nicht von anderen erzählt wird, daß man nach Afrika gehen müßte. Er hat eine Weise gefunden, daß diese Art auch bei uns nützlich werden kann. Es gibt auch ganz andere Arten, bei denen man vielleicht mit eigener Hilfe, indem man sich vielleicht ein Wollzeug macht und das Zimmer nicht auf 20 Grad elektrisch heizt - -

VL Dr. Schattke: Herr Friis, ich habe Sie jetzt schon erheblich über die Zeit reden lassen.

Friis: Ja, sehen Sie, die Fische sterben eben. Ja, die Fische sterben. Die Fische sterben, und warum sterben die Fische?

VL Dr. Schattke: Die fünf Minuten Redezeit sind schon längst um. Sie sprechen bereits seit sieben Minuten. Ich muß Ihnen hier das Wort entziehen, weil Sie sich wieder nicht an die Redezeit gehalten haben.

Friis: Ich habe keine Uhr, aber das macht nichts.

VL Dr. Schattke: Gibt es weitere Wortmeldungen zu der Biologie der Elbe und zu der Fische-Scheuchanlage? - Das ist offenbar nicht der Fall.

Herr Gördes wird die nächste Einwendung vortragen.

Friis: Sehr praktisch.

Gördes (SOZ): "Die Lärmschutzmessungen am Kernkraftwerk Unterweser seien auf das Kernkraftwerk Brokdorf nicht übertragbar. Ein Lärmschutzgutachten würde fehlen. Geräuschimmissionen seien erst ab 1000 m Entfernung abgeschätzt, obwohl Wohnhäuser schon ab 200 m vom Reaktorgebäude stehen."

VL Dr. Schattke: Vielen Dank, Herr Gördes. Möchte jemand zu diesem Sachbereich etwas vortragen? - Von der Antragstellerseite, Herr Dr. Teichel.

Dr. Teichel (NWK): Es geht um die Anmerkung im Sicherheitsbericht über die Lärmbeeinflussung der Umgebung. Wir haben im Sicherheitsbericht auch die vergleichbare Anlage Unterweser verglichen. Wir sind sehr wohl der Meinung, daß die Anlagen und auch die Umgebung vergleichbar sind, so daß eine Übertragung der Ergebnisse aus Unterweser möglich ist. Es ist falsch, wenn behauptet wird, es gebe keine schallschutztechnischen Gutachten. Es hat bereits im Rahmen der Errichtungsgenehmigung eine schallschutztechnische Prognose gegeben. Diese ist der Behörde vorgelegt und bewertet worden. Zur Betriebsgenehmigung im nächsten Jahr wird erneut eine Schallimmissionsprognose vorgelegt werden, die nachweist, daß die nach der TA Lärm zulässigen Schallimmissionspegel an den bewohnten Häusern nicht überschritten werden.

VL Dr. Schattke: Danke sehr, Herr Dr. Teichel. - Herr Friis, bitte sehr.

Friis: Sie haben das andere einfach abgeschnitten, obwohl ich anfangen wollte. Ich wollte sagen, es wäre doch sehr wünschenswert, daß Menschen von Brokdorf hier Ihnen, die Sie davon offenbar keine Ahnung haben oder jedenfalls nichts davon wissen wollen, erzählen, was mit der Erwärmung des Wassers für Einflüsse auf das Leben ganz dicht bei ihrem Haus, bei ihnen selbst, stattfindet. Nicht nur das, sie werden noch viel mehr darüber wissen. Sie können Ihnen auch erzählen, was das mit den Deichplatten auf sich hat, die gestern von mir natürlich nicht berührt wurden, weil ich kein Deichbau-fachmann bin. Aber es sagt sich ein Laie, wenn ein Deich so unheimlich verletzt wird, wie das in Brokdorf der Fall ist, daß bei einer Hochflut sehr leicht etwas passieren kann.

Jetzt zum anderen: Ich erinnere Sie an das, was Sie für die Bevölkerung hier in bezug auf Lärmschutz - ich habe es angesehen - bei dieser unglücklichen Inhaltsangabe, wo man nicht einmal vorne die Seite findet - - Da ist mir die Seite nicht sofort klar. Vielleicht findet jemand von Ihnen das.

VL Dr. Schattke: Kann jemand von der Antragstellerseite Herrn Friis helfen?

Dr. Teichel: In der Kurzbeschreibung sind meines Wissens keine Ausführungen oder nur ganz kurze Ausführungen - -

Friis: Die wollte ich wissen.

VL Dr. Schattke: Doch, es sind Ausführungen in der Kurzbeschreibung. Ich erinnere mich auch.

Dr. Teichel: Unter Ziffer 1.9 sind Geräuschbeeinflussungen der Umgebung aufgeführt. Das findet sich auf den Seiten 12 und 13.

Friis: Da steht in der Kurzinformation für die Bevölkerung die Überschrift "Geräuschbeeinflussung". Auf deutsch heißt das bei uns eigentlich Krach oder Lärm. Und dann steht "der Umgebung". Sehen Sie, da haben wir es wieder: Es werden nicht die Personen genannt, die hier wohnen, es werden nicht die Kinder, die Menschen, die arbeiten, die Menschen, die frei haben, die alten Menschen, die behinderten Menschen genannt. Es wird einfach "Umgebung" gesagt. Dann wird ganz sachlich erzählt, wie viele Dezibel - - Wird das erklärt? Auf Seite 13 oben steht eine Erklärung zu dB(A). Was bedeutet das (A)? Im Jahre, wohl nicht.

VL Dr. Schattke: Möchte das jemand erläutern?

Friis: Warum wird in der Informationsschrift gar keine Erklärung für dB für normale Bürger gegeben, die in Brokdorf, Wewelsfleth, Wacken, Itzehoe und so weiter wohnen?

VL Dr. Schattke: War das eine Frage, Herr Friis, die Sie gern beantwortet haben möchten?

Friis: Es ist eine rhetorische Frage nicht allein. Es ist nicht nur eine Frage allein, es ist eine Kritik an dieser Art Information, die in Wirklichkeit eben eine Desinformation ist, wie ich in meinem Befangenheitsantrag heute morgen an das Sozialministerium in Kiel mitgeteilt habe. Dort habe ich sogar die Seiten genannt, auf denen die Desinformation ganz schlimm ist. Das ganze Werk, diese Kurzinformation, hat 53 Seiten, wenn ich nicht irre, oder 63, wenn man die letzten beiden leeren Seiten nicht nimmt. 63 Seiten! Ich habe das jetzt gerade nicht hier, aber ich habe die Seiten aufgezählt, die gar nichts enthalten und doch gezählt werden. Seite 2 mit dem kleinen Inhaltsverzeichnis ohne Seitenzahl, und dann leere Seiten, zwei oder drei Seiten mit einem vollen Bild von oben, Luftsicht des Atomkraftwerks mit viel Land dabei, und noch mehrere Seiten mit halbseitigen Abbildungen, wo es interessant

wird, mit der Schleuse, wo die Menschen angeblich nicht mehr verseucht herauskommen und so weiter und so fort. Mit diesem Kapitel auf Seiten 12/13, Lärm und Krach, wird nicht genannt, was das mit dem Leben zu tun hat, mit dem Lebensgefühl, wenn man da wohnt als Kind und dauern kracht etwas.

Ich kam vor einiger Zeit nach Brokdorf und bin sehr erschrocken, weil abends um halb sieben ein unheimlicher Knall stattfand. Ich bin sicher, daß das Werk nicht läuft, aber eine Einwohnerin sagte mir: Das sind wir hier schon gewohnt. Die Vögel fliegen weg. Sie wußte nicht genau, was es war; ich wußte es auch nicht. Es mußte irgendeine Druckprobe oder etwas sein. Es war ein enormer Krach, auf deutsch. Es war kein Knallen. Wieviel Lärm werden die Maschinen geben? Werden sie überhaupt eine stille Minute lassen, wie man sie hier in Wacken noch, wenn man morgens wach wird, erleben kann, daß vielleicht eine kleine Meise noch singt beziehungsweise zirpt, die Enten oder dies oder jenes Lebewesen sich äußern. Das tun sie dann wahrscheinlich auch. Ich habe mich sehr gewundert über die Lebewesen in der Natur bei Krach. Aber eines ist nur mal klar: Wenn der Mensch zum Beispiel ein Instrument spielt - - Ich habe - ich tue es heute nicht mehr - 40 Jahre Geige gespielt, ich habe Unterricht bei einem Professor bekommen. Das Geigespielen hat mir immer sehr viel Spaß gemacht, außer wenn ein Hund, der Nachbar oder ein Fernsehapparat, aber auch wenn Maschinen laufen, wenn Flugzeuge, die modernen Turbo-Flugzeuge, herüberkommen, wenn etwa ein Starfighter ganz tief fliegt, wenn eine Maschine welcher Art auch immer - besonders elektrische Maschinen - läuft, ist das ein Geräusch. Das ist eben kein rhythmischer Geräusch, das ist kein Lebensgeräusch. Im Grunde ist es ein aufreißendes Geräusch. Das gilt auch für diese Maschinen. Einer, der auf diesem Gebiet etwas weiß, kann Ihnen genau erzählen, was das im Hinblick auf den Menschen, im Hinblick auf Familien so ausmacht, wenn die Motoren laufen. In der Entfernung von 200 m stehen Häuser. Von einem weiß ich, daß es verlassen ist. Aber vielleicht sind auch noch einige

Menschen in Brokdorf, zum Beispiel die da noch leben und darüber hier ganz nette Dinge erzählen könnten, die Ihnen doch sehr imponieren würden.

Aber nun läuft das Kraftwerk noch nicht. Sie wollen ja schon vorher sagen, daß das alles nicht so schlimm wird. Sie berechnen das nach Dezibel und schreiben dB und sonst nichts dabei und sagen vom Sozialministerium: Liebe Leute, hier habt Ihr eine Informationsschrift, vorne schön glänzend, mit vielen Bildern drin. Da wird sehr genau erörtert, was Radioaktivität und Strahlenschutz unter Punkt 3 bedeuten, denn das ist das kleinste Kapitel. Wohl sind Flußschemen vorhanden, die muß man mit der Lupe betrachten. Man versteht sie sowieso nicht, weil die wirklich von Fachseite sozusagen gemacht sind. Aber mit welchem Hintergrund? Warum wird die Bevölkerung so - -

VL Dr. Schattke: Herr Friis, ich muß Sie wieder einmal darauf hinweisen, daß die Redezeit schon wieder erheblich überschritten ist.

(Friis: Bei einem Erörterungstermin - -)

Ich bin schon immer bei Ihnen sehr großzügig, und ich gebe immer etwas mehr dazu.

(Friis: Sie wissen ganz genau - -)

Aber wir müssen uns alle an die Spielregeln halten. Jeder hier im Saal hält sich an die Spielregeln. Ich wäre dankbar, wenn auch Sie sich daran halten würden.

Herr Wihlfahrt hatte sich noch zu Wort gemeldet und möchte noch einige ergänzende Bemerkungen vom Sozialministerium zur Geräuschemission beim Kernkraftwerk Brokdorf machen.

Wihlfahrt (SOZ): Ganz kurz nur! Ich möchte hier nur feststellen, daß die atomrechtliche Aufsichtsbehörde in einer etwaigen Betriebsphase die außerhalb des Kraftwerksgeländes wahrnehmbaren Geräuschemissionen prüfen wird, wobei insbesondere die nahe gelegenen Wohnhäuser mit berücksichtigt werden. Aufgrund dieser Messungen eventuell notwendig werdende zusätzliche Lärminderungsmaßnahmen können auch während der Betriebsphase rechtlich durchgesetzt werden.

VL Dr. Schattke: Vielen Dank, Herr Wihlfahrt. - Herr Friis, Sie können zu diesem Punkt der Geräuschemissionen nichts mehr sagen. Ihre Redezeit ist überschritten.

(Friis: Aber zu dem, was Sie gesagt haben! - Eine Einwenderin meldet sich zur Geschäftsordnung)

- Es hatte sich dahinten jemand gemeldet. Kommen Sie bitte ans Mikrophon und sagen Sie Ihren Namen.

Frau Bussler: Mein Name ist Bussler. Ich würde mich gern zu diesem Punkt äußern, wenn ich genug Sachkenntnis hätte. Da ich das nicht habe, möchte ich Herrn Friis als meinen Sachbeistand bitten, an meiner Stelle meine Redezeit auszunutzen und weiterzusprechen.

Friis: Der Fall ist klar, ja?

VL Dr. Schattke: Nein, das wird nicht zugelassen, Frau Bussler.

(Friis: Den Grund werden wir gleich erfahren?)

Herr Friis ist hier Teilnehmer des Erörterungstermins.

(Fortgesetzte Zurufe des Einwenders Friis)

- Darf ich einmal zu Ende reden. - Egal in welcher Eigenschaft, ob er gerade als Einwender oder als Sachbeistand tätig wird -

jeder hat nur bei jedem Thema eine Redezeit von fünf Minuten. Das gilt für jeden Anwesenden im Erörterungstermin. Das gilt auch für alle übrigen Beteiligten. Sie dürfen aber selbstverständlich gern fünf Minuten reden, Frau Bussler. Bitte schön!

Frau Bussler: Nein, ich möchte darauf bestehen, daß Herr Friis an meiner Stelle spricht; denn Herr Friis sagt genau das, was ich und viele andere hier sagen möchten.

VL Dr. Schattke: Sie haben meine Entscheidung gehört.

Frau Bussler: Ich akzeptiere diese Entscheidung nicht.

VL Dr. Schattke: Wir haben Ihren Protest zur Kenntnis genommen.

Frau Bussler: Gut, dann erkläre ich Sie hiermit für befangen.

VL Dr. Schattke: Ja, vielen Dank. - Der Antrag wird zurückgewiesen, weil er unzulässig ist, weil er sich auf eine gerade erfolgte Entscheidung stützt, die sich wiederum auf eine Redezeitbegrenzungsentscheidung vom Vortage stützt, wozu schon Befangenheitsanträge gestellt worden sind, die bereits zurückgewiesen worden sind. Eine Wiederholung von Befangenheitsanträgen zum selben Thema ist nicht zulässig.

Frau Bussler: Dann möchte ich meine Redezeit insofern in Anspruch nehmen, daß ich bitte, fünf Minuten Schweigen einzulegen.

VL Dr. Schattke: Eine Redezeit ist keine Schweigezeit. Aber Sie dürfen selbstverständlich gerne zum Thema etwas sagen.

Frau Bussler: Dann werde ich alle fünf Minuten einmal piep machen.

VL Dr. Schattke: Wir haben das zur Kenntnis genommen, danke schön.

Wünscht noch jemand etwas zu der Frage der Geräuschemissionen zu sagen? - Bitte schön, Herr Dr. Hawickhorst, Sie haben das Wort.

Dr. Hawickhorst: Nur grundsätzlich. Ich möchte noch einmal ganz kurz auf § 12 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung verweisen. Ich glaube, daß wir, die wir schon zwei Tage erörtern, einen Anspruch darauf haben, von Albernheiten verschont zu bleiben.

VL Dr. Schattke: Danke schön, das war ein Geschäftsordnungsbeitrag, wenn ich das richtig verstanden habe, Herr Hawickhorst.

Dr. Hawickhorst: Ohne Entscheidungsbedarf, als Kommentar!

VL Dr. Schattke: Ja, das ist klar. - Weitere Wortmeldungen zu der Frage der Geräuschemissionen? - Das ist offenbar nicht der Fall.

Herr Gördes, bitte tragen Sie die nächste Einwendung vor.

Stellv. VL Gördes:

"Die Art der Stillegung und Beseitigung sei zwingend vorzuschreiben, damit das Leben unserer Kinder nicht von einer Atomruine überschattet werde.

Es müsse sowohl bei Versagung der Betriebsgenehmigung als auch bei Beendigung der ursprünglich geplanten Nutzung ein kompletter Abriß mit Wiederverwendung der Fläche als landwirtschaftliches Nutzland sichergestellt sein.

Die Rücklagen der Betreiber für die Stillegung und Beseitigung der Anlage seien nicht ausreichend."

VL Dr. Schattke: Wer möchte zu diesem Bereich der Stillegung und Beseitigung der Anlage etwas sagen? Der Antragsteller wird

wahrscheinlich dazu gefordert, wenn ich das richtig sehe.
Von der NWK, Herr Dr. Teichel, bitte!

Dr. Teichel: Wie bekannt, ist von den deutschen Kernkraftwerksbetreibern eine Untersuchung zur Frage der Stilllegung von Kernkraftwerken durchgeführt worden. Diese umfassende Studie ist bereits etwas älter, wird aber aufgrund der neueren Erkenntnisse, die bei der Teilstillegung von älteren Kernkraftwerken gewonnen worden sind, derzeit überarbeitet, so daß diese Erfahrungen berücksichtigt werden können. Wir streben an, nach einem gesicherten Einschluß von einigen Jahren, von 20 bis 30 Jahren, einen totalen Abriß der Anlage durchzuführen, so daß unter dem Gesichtspunkt der Radiologie der Standort völlig freigegeben werden kann.

Es ist unrichtig zu sagen, daß die Kosten des Abrisses viel zu hoch und völlig unbekannt seien. Die Studien, die uns bekannt sind und die wir haben anfertigen lassen, geben zur Zeit Größenordnungen von circa 300 Millionen DM an. Dies sind Kosten, die wir ohne weiteres tragen können und die auch im Verhältnis zum Errichtungsaufwand keineswegs jedes vernünftige Maß überschreiten.

VL Dr. Schattke: Danke schön, Herr Dr. Teichel. Wortmeldungen zu der Frage der Stilllegung und Beseitigung? - Bitte schön, Herr Friis!

Friis: Ich muß vorher noch einmal fragen, was Herr Wihlfahrt oder Herr Dr. Wihlfahrt - -

VL Dr. Schattke: Wihlfahrt ohne Doktor.

Friis: Ich muß fragen, was vor Herrn Wihlfahrt war, weil ich doch etwas konsterniert - gelehrt ausgedrückt - war, als Sie einem Menschen, der in der Nähe von Brokdorf hier auf dem Lande wohnt, soviel mir bekannt ist, in Neuenbrook, also gar

nicht so sehr weit davon in der Windrichtung dieses Werkes - -

VL Dr. Schattke: Herr Friis, wir sind jetzt bei einem anderen Thema. Wir sind jetzt beim Thema der Stilllegung und Beseitigung von Kernkraftwerken, nicht bei der Frage der Geräuschemissionen. Dieses Thema ist abgeschlossen.

(Friis: Das Thema Geräuschemissionen war abgeschlossen?)

Ich muß Sie nur darauf hinweisen, wenn Sie jetzt wieder etwas zur Frage der Geräuschemissionen sagen, daß Ihnen das alles von der Redezeit zum Thema Stilllegung und Beseitigung abgeht. Das wissen Sie.

Friis: Für befangen habe ich Sie schon deswegen erklärt. Ich erkläre Sie dauernd für befangen in dieser Art. Aber ich wollte dazu doch noch fragen, wie Sie eigentlich dazu kommen, am dritten Tag dieser sogenannten Erörterungstermine einfach stillschweigend oder öfters auch laut zu sagen, die Redezeit ist auf fünf Minuten begrenzt. Wie soll denn da überhaupt dem Begriff "Erörterungstermin" Genüge getan sein? Entweder, wenn ich allein bin, oder auch wenn andere Menschen etwas sprechen, wie kann man die so einschränken, wenn die Wirkung der Sache, um die es hier geht, nicht um 20 Jahre, wie Herr Wihlfahrt eben sagte, sondern um tausende Jahre und nicht nur um die Zeit, sondern um Schädigung geht? Wie wollen Sie dann am 20. September 1985 die Redezeit der wenigen Menschen, die überhaupt von der Arbeit, von ihrem Zuhause, von ihren Kindern wie vielleicht die Frau, die eben hier war, kommen, begrenzen? Wollen Sie dieser Frau einfach sagen, das war gestern dran? Da ist eine Ablehnung gemacht worden, die Sie selbst gemacht haben, Herr Schattke. Das ist nicht zulässig, sagen Sie zu dieser Frau, obwohl es eine ganz andere Sache, nicht eine ganz andere Sache, aber obwohl sie ein ganz anderer Mensch ist und die Dinge vielleicht ganz anders empfindet als ich. Der darf ich doch einfach nicht sagen - das ist doch unerhört - - Man muß Sie doch aus diesem Grunde absolut für befangen erklären. Gleichzeitig Herrn Wihlfahrt, weil er einen solchen Leichtsinn behauptet, daß die

Stilllegung in 20 Jahren zu regeln sei und die Kosten schon hinkämen und alles lange nicht so schlimm sei. Er bedenkt überhaupt nicht, daß die Sachen auch fortgeschafft werden müssen in Lager wie Gorleben, und dann sind die Leute dort unglücklich. Das sind sie heute schon. Ich kenne genügend Gorlebener, die unglücklich sind, weil bei ihnen so etwas Schreckliches gelagert werden soll. Sie wollen das einfach alles unter den Tisch kehren. Sie sagen: Los, macht den Termin fertig, damit die paar armen Leute hier, Sachbearbeiter, schnell nach Hause kommen und sich nicht mehr quälen müssen, hier zu sitzen und zuzuhören. Da müssen wir den Termin schnell beenden, und wenn Sie sich nicht an die Spielregeln halten - - Sagen Sie einmal, an welches Spiel denken Sie denn überhaupt? Geht es hier um ein Spiel oder geht es um etwas Todernstes, Herr Dr. Schattke? Ich erkläre Sie noch einmal für befangen, aber kurz und knapp. Sie sind so befangen! Stockbefangen sind Sie, und Ihre Mitarbeiter, die das ohne Widerspruch machen, auch, und Herr Wihlfahrt ebenfalls! Diese vier Herren sind befangen. Ich erkläre Sie für befangen und wünsche einen Bescheid, nicht unbedingt von Kiel, weil diese Frau auch befangen ist. Aber suchen Sie doch den, der kompetent über Brokdorf hier urteilen kann, ob man diese Maschinen im nächsten Jahr anlassen kann. Suchen Sie doch einen! Die Menschen hier glauben Ihnen nicht, daß Sie einen finden, der kompetent sagen kann: Wir sind berechtigt, daß diese Menschen leiden, nicht nur durch Lärm, nicht nur durch Radioaktivität, Luftvergiftung, daß ihre Umwelt, die Fische vergiftet werden, daß sie dort nicht mehr am Wasser spaziergehen können bloß wegen des bißchen Stroms, mit dem die NWK Geld verdienen will. Na, schicken Sie den Befangenheitsantrag nach Kiel, sagen Sie, daß alles unzulässig ist. Mit welchem Recht sagen Sie das? Was sind Sie für ein arroganter Mensch gegenüber Ihren Mitmenschen, gegenüber der Natur? Sind Sie überhaupt ein Mensch? Es tut mir leid, das zu sagen, aber jetzt sage ich es.

VL Dr. Schattke: Herr Friis, ich möchte dazu zunächst etwas sagen. Die Redezeitbegrenzung habe ich gestern verkündet, nachdem ich vorher Sie mehrfach ermahnt hatte, doch zu den einzelnen Sachthemen Stellung zu nehmen und nicht immer von Sachthemen zu anderen Bereichen, die nicht aufgerufen waren, abzuschweifen. Dann habe ich angekündigt, daß eine Redezeitbegrenzung nach § 12 Abs. 3 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung möglich und zulässig ist. Dann habe ich jedem im Saal Anwesenden Gelegenheit gegeben, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob eine Redezeit festgesetzt werden sollte. Der Antragsteller hat daraufhin eine Redezeitbegrenzung von drei Minuten beantragt. Sie haben erwidert und gesagt, die Redezeit dürfe nicht begrenzt werden. Ich habe daraufhin von meinem Recht nach § 12 Abs. 3 Atomrechtliche Verfahrensverordnung Gebrauch gemacht und habe die Redezeit auf fünf Minuten, nicht wie der Antragsteller beantragt hatte, auf drei Minuten, sondern auf fünf Minuten festgesetzt. Das ist mein gutes Recht, und ich sehe überhaupt gar nicht, daß dieses Recht in irgendeiner Weise nicht ordnungsgemäß ausgeübt worden sei.

Im übrigen haben Sie daraufhin mehrere Befangenheitsanträge gestellt, die zurückgewiesen worden sind, und zwar, soweit sie zulässig waren, sind sie nicht von mir zurückgewiesen worden - darauf lege ich großen Wert -, sondern von dem zuständigen Beamten, nämlich Ministerialdirigenten Bracker, der nach § 81 a Landesverwaltungsgesetz beauftragt war, über solche Befangenheitsanträge zu entscheiden. Es ist also nicht richtig, daß ich selber die Befangenheitsanträge zurückgewiesen hätte, sondern, soweit Ihre Befangenheitsanträge zulässig waren, sind sie als unbegründet von Herrn Bracker abgelehnt worden.

Über die Befangenheitsanträge, die allerdings unzulässig waren, habe ich selbst entschieden. Das ist nicht nur mein Recht, sondern sogar meine Pflicht, weil ich als Verhandlungsleiter über die Frage der Zulässigkeit der Befangenheitsanträge selbst zu entscheiden habe, nicht aber über die Frage der Begründetheit.

Ihre letzten Befangenheitsanträge waren ebenfalls unzulässig, weil sie lediglich eine Wiederholung des Vorbringens darstellten, das Sie bereits in den früheren Befangenheitsanträgen vorgebracht haben. Es ist nicht zulässig, immer wieder Befangenheitsanträge mit denselben Gründen zu stellen.

Soweit Sie einen Befangenheitsantrag gegen Herrn Wihlfahrt gestellt haben, ist dieser Befangenheitsantrag mindestens unbegründet, wenn nicht sogar unzulässig. Ich will mich zur Frage der Zulässigkeit in diesem Falle nicht äußern. Er ist mindestens unbegründet. Erstmal zu der Frage der Berechtigung, darüber zu entscheiden: Ich bin vom Sozialministerium damit beauftragt worden, über sämtliche Befangenheitsanträge - auch über die Frage der Begründetheit der Befangenheitsanträge - zu entscheiden, soweit es sich nicht um Befangenheitsanträge handelt, die die drei Herren auf dem Podium betreffen, die also mich selbst betreffen, Herrn Dr. Backheuer betreffen oder Herrn Gördes betreffen. Das heißt, ich kann über einen Befangenheitsantrag gegen Herrn Wihlfahrt auch entscheiden, soweit es nicht nur die Zulässigkeit, sondern auch die Frage der Begründetheit betrifft. Dazu entscheide ich, daß Ihr Befangenheitsantrag abgelehnt wird. Ihre Gründe, die Sie vorgebracht haben, sind nicht geeignet, Mißtrauen gegen eine unparteiische Amtsausübung durch Herrn Wihlfahrt zu rechtfertigen. Herr Wihlfahrt hat im übrigen zur Frage der Stilllegung und Beseitigung noch gar nichts gesagt.

Frau Bussler, Sie hatten sich zu Wort gemeldet, bitte schön!

Frau Bussler: Herr Schattke, ich möchte Ihnen und den anderen Herren sagen, wie erbärmlich es doch ist, daß Sie sich nicht einmal die Zeit nehmen können, einem einzigen Einwender hier Rede und Antwort zu stehen, einem einzigen Einwender, der stellvertretend für viele hier sitzt. Sie erlauben ihm allenfalls, ein Statement abzugeben. Dann ist seine Redezeit erschöpft.

Alles, was dann von Ihrer Seite oder von seiten der Betreiber noch erwidert wird, kann von Herrn Friis nicht nochmals kommentiert werden. Es ist doch ein erbärmliches Schauspiel, hier zu sehen, wie Sie Ihre sicherlich in irgendeinem Gesetz verankerten guten Rechte, wie Sie eben sagten, in Anspruch nehmen und nicht einmal eine gewisse Großzügigkeit, zu der Sie ja ohne weiteres die Möglichkeit hätten, walten lassen können, um hier einmal wenigstens den Schein von einem Erörterungstermin und von Recht und Anstand wahren zu lassen.

VL Dr. Schattke: Vielen Dank, ich habe Ihren Protest und Ihren Widerspruch gehört, ich möchte dazu nichts sagen.

Herr Dr. Hawickhorst!

Dr. Hawickhorst: Ich habe aber das dringende Bedürfnis, von seiten der Antragsteller diese Ausführungen zu kommentieren. Ich finde es ebenfalls außerordentlich arrogant und anmaßend, in welcher Weise Sie hier auftreten nach zweieinhalb Verhandlungstagen, um einen Vorgang zu kommentieren, den Sie überhaupt nicht beobachten konnten und folglich auch nicht beurteilen können. Wir haben mit äußerster Geduld und mit äußerster Bereitschaft, über jedes technische Detail zu diskutieren, zweieinhalb Tage hier gesessen. Herr Friis hat seine Redezeit im wesentlichen dazu benutzt, Abseitigkeiten nach unserer Einschätzung vorzutragen, die in den allermeisten Fällen nichts mit der Sache zu tun hatten. Es wäre nach unserer Einschätzung nach § 12 Abs. 4 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung längst fällig und zulässig gewesen, Herrn Friis von der weiteren Verhandlung wegen Störung des Termins auszuschließen. Alles dies ist nicht erfolgt. Ich verbitte mir, nachdem ich hier zweieinhalb Tage ernsthaft mich bemüht habe beizutragen, von jemandem abgekanzelt zu werden, der überhaupt nicht weiß, worum es geht.

VL Dr. Schattke: Bitte, Frau Bussler! - Ich wäre dann aber dankbar, die Geschäftsordnungsdebatte zu beenden, wenn es möglich wäre.

Frau Bussler: Herr Dr. Hawickhorst, ich möchte Sie darauf hinweisen, daß Sie wohl kaum beurteilen können, wie weit ich über diese Vorgänge, die hier in den letzten zweieinhalb Tagen abgelaufen sind, informiert bin.

VL Dr. Schattke: Vielen Dank. Herr Dr. Hawickhorst, wünschen Sie dazu noch das Wort? Ich würde empfehlen, die Geschäftsordnungsdebatte zu beenden. - Danke schön!

Sind weitere Wortbeiträge - -

(Friis: Zur Geschäftsordnung!)

- Zur Geschäftsordnung, bitte schön, Herr Friis!

Friis: Erstens. Herr Dr. Schattke, es tut mir natürlich leid, daß ich vorhin zu hart gefühlsmäßig erregt war. Aber das hat natürlich seine Gründe, und das hat die Frau Bussler eben jetzt auch selbst gesagt. Zu meiner größten Verwunderung haben Sie Frau Bussler ans Mikrophon gelassen, was ich eigentlich vorhin schon für selbstverständlich gehalten hätte, und jetzt haben Sie sie reden lassen. Ich nehme damit aber grundsätzlich von meinen Worten nichts zurück. Ich frage Sie jetzt, nachdem Sie diese Erklärungen abgegeben haben, diese scheinbaren Erklärungen - - Über die Spielregeln haben Sie nicht gesprochen. Das war sicherlich ein ganz grobes Versehen von Ihnen, von Spielregeln zu reden, wo es doch wirklich eine todernde und in der Zeit und im Raum nicht ausrechenbare "Sache" ist. Sie haben wiederholt genau wie Herr Dr. Hawickhorst eben auch Bezug genommen - das habe ich gestern schon gesagt - auf das, was uns vorliegt. Da muß das drin sein. Die Verwaltungs - -, die Atomverfahrensverordnung, ja? Nr. 12.3, das ist hier irgendwo drin, ja?

VL Dr. Schattke: Herr Friis, wenn Sie vielleicht das Ziel Ihres Geschäftsordnungsbeitrages sagen würden, wäre ich Ihnen dankbar. Was wollen Sie damit erreichen?

Friis: Ich frage mich, 12.3, ja? Ich will damit dies erreichen: Das ist ein Abschnitt, ein Kapitel, nein, ein Paragraph aus der Atom - - aus der Verordnungs - -

VL Dr. Schattke: Aus der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung.

Friis: Wie heißt das Ding noch?

VL Dr. Schattke: Atomrechtliche Verfahrensverordnung!

Friis: Das ist nämlich so komisch abgekürzt. Also "Atomrechtliche ...". Das Recht haben Sie nämlich hier ausgelassen in der Abkürzung. Ganz zu Recht, würde ich sagen. Also: Atomrechtliche Verfahrensverordnung. Eben, nicht Ordnung, sondern Verordnung. Diese Atomrechtliche Verfahrensverordnung - das habe ich schon gestern vorgebracht -, von der Sie auch einen Paragraphen gegenüber Frau Bussler anwenden, hat ja eine Sache, die dieser Verfahrensverordnung vorgeht. Das habe ich Ihnen auch gestern gesagt. Sie haben das offenbar nicht aufgenommen. Das ist nämlich das Grundgesetz. Vor dem Grundgesetz - ich meine, es ist Artikel 103 - hat doch jeder - nun ist das allerdings vor Gericht; ich nehme an, auch sonst - das Recht, seine Meinung frei zu äußern, vor allen Dingen doch sicher in so bedeutsamen Sachen. Das würde doch den demokratischen Regeln eines wirklichen freiheitlichen Staates widersprechen, wenn Menschen, die in so ernster Angelegenheit betroffen sind, nicht nur allein, sondern auch mit ihren Kindern, mit allem, was sie haben, auf dem Lande auch mit Tieren und Pflanzen und sogar unübersehbar in die Zukunft, vor allen Dingen wenn sie Eltern sind, abgefertigt werden, daß man sagt, diese Verordnung sagt eben, der Verhandlungsleiter darf das Wort abkürzen, er darf es entziehen, wenn jemand eine von ihm festgesetzte Redezeit für die einzelnen Wortmeldungen überschreitet. Das hört sich ja recht diktatorisch an, muß ich sagen. Ich war unter dem Kommando eines Unteroffiziers und weiß, was Kommando bedeutet.

Wir sind eben nicht in einer Diktatur, Herr Dr. Schattke, wir sind in einer Demokratie. Müssen Sie als Verhandlungsleiter sich nicht auch an demokratische Spielregeln, nicht Spielregeln, sondern Regeln, Ordnungen halten? Das ist eine Frage.

VL Dr. Schattke: Vielen Dank, Herr Friis. Die Redezeitbegrenzung ist gesetzlich vorgesehen. Zu Ihrer allgemeinen Äußerung hinsichtlich der demokratischen Spielregeln: Es entspricht auch demokratischen Gepflogenheiten, eine Redezeitbegrenzung vorzunehmen.

Frau Bussler, bitte!

Frau Bussler: Ich hatte Herrn Dr. Hawickhorst eben noch sagen wollen, daß ich es doch sehr verwunderlich finde, woher er das Recht als Betreiber nimmt, hier laut Überlegungen darüber anzustellen, ob Herr Friis nicht doch vielleicht aufgrund seines Vorgehen hier schon längst von der Verhandlung hätte ausgeschlossen werden müssen. Dies stünde rein von der Logik her meines Erachtens allenfalls wohl der Behördenseite zu. Ich habe von Ihnen, Herr Schattke, nicht gehört, daß Sie dieses Vorgehen von Herrn Dr. Hawickhorst irgendwie gerügt hätten. Das verwundert mich sehr. Ich stelle noch einmal fest, was am ersten Verhandlungstag schon bemerkt worden ist, daß Sie als Behörde doch vieles hier der Betreiberseite überlassen, wo Sie angesprochen und gefordert gewesen wären.

VL Dr. Schattke: Vielen Dank, Frau Bussler.

Frau Bussler: Ich bin aber bereit, zu diesem Punkt zu schließen, wenn Sie sich eines Kommentares enthalten.

VL Dr. Schattke: Dann werde ich dazu auch nichts mehr sagen. - Weitere Geschäftsordnungsbeiträge --

(Einwender Friis meldet sich zu Wort)

- Nein, ich lasse keine weiteren Geschäftsordnungsbeiträge --

(Friis: Es ist aber ein Befangenheitsantrag, Herr Schattke!)

- Bitte sehr!

Friis: Befangenheitsantrag XII: Ich erkläre Sie, Herr Schattke, diesmal allein unter Bezugnahme auf meine früheren Befangenheitsanträge für befangen, weil Sie nicht einschreiten gegen den Vorschlag eines Betreibervertreeters, die Redezeit von dem Einsprechenden Friis nicht nur zu begrenzen, sondern diesen Einsprechenden, der zur Zeit am dritten Tag des sogenannten Erörterungstermins Brokdorf bis jetzt als einziger Einsprechender im Saale war ...

VL Dr. Schattke: Vielen Dank, Herr Friis. Nach Prüfung lehne ich diesen Befangenheitsantrag als unzulässig ab.

1. Sie nehmen auf Ihre früheren Befangenheitsanträge Bezug. Ich habe schon mehrfach geäußert, daß es unzulässig ist, immer wieder Befangenheitsanträge mit denselben Gründen zu stellen, wenn diese Befangenheitsanträge bereits abgelehnt worden sind.

2. Nehmen Sie bezug darauf, daß ich auf den Hinweis von Herrn Dr. Hawickhorst auf § 12 Abs. 4 Atomrechtliche Verfahrensverordnung nicht reagiert habe. Darin ist auch nicht ansatzweise in irgendeiner Weise schlüssig dargelegt, wo da ein Grund zur Besorgnis der Befangenheit liegen könnte, wenn der Verhandlungsleiter auf den Hinweis eines Teilnehmers auf eine Rechtsvorschrift nichts sagt.

Friis: Ich habe eben bei dem Antrag noch etwas vergessen. Es muß beim letzten Wort ein Stern gemacht werden, und dieser Stern bedeutet Hinweis auf folgenden Satz: Unter Hinweis auf das protokollierte Wort von Frau Bussler auch mit Bezug auf Herrn Dr. Hawickhorst.

VL Dr. Schattke: Jawohl. Die Befangenheitsanträge wiederholen sich ständig. Auch das ist unzulässig. Es ist zurückgewiesen.

Wünscht noch jemand zur Stilllegung und zur Beseitigung etwas zu sagen? - Das ist nicht der Fall. Dieser Punkt ist damit abgehandelt. Wir kommen zum nächsten Punkt.

Friis: Ich habe mich gemeldet.

VL Dr. Schattke: Ich habe ausdrücklich gefragt, und es hat sich dazu keiner weiter gemeldet.

(Frau Bussler: Das ist doch ein Skandal, was hier passiert!)

Ich gehe jetzt zum nächsten Punkt über. Herr Gördes, bitte tragen Sie vor.

Friis: Das gibt es nicht!

Gördes (SOZ): Zu 8.3.8: "Die Weiterentwicklung alternativer Energiequellen werde durch den forcierten Ausbau der Atomenergie aus Schleswig-Holstein und Hamburg massiv behindert und diskriminiert."

VL Dr. Schattke: Wer wünscht zu diesem Punkt etwas zu sagen, zur Weiterentwicklung alternativer Energiequellen? - Herr Pättschke vom Wirtschaftsministerium, bitte sehr.

Pättschke (MWV): Ich habe vorhin schon bei einem anderen Punkt auf die Leitlinien der Energiepolitik in Schleswig-Holstein hingewiesen, die Grundlage für unser Handeln in diesem Bereich sind. Ich zitiere einen Leitsatz daraus. Dieser Leitsatz lautet: "Die neuen Energiequellen werden langfristig wichtige Beiträge zur Energieversorgung leisten. Sie können jedoch weder einzeln noch

in ihrer Gesamtheit als Alternativen zu den konventionellen Primärenergieträgern angesehen werden."

Dazu ist zu erläutern, daß auf der Basis der heute zur Verfügung stehenden Technologie die neuen Energiequellen weder in ihrer Gesamtheit noch einzeln in der Lage sind, ähnliche Energieversorgungssysteme aufzubauen, wie sie im Bereich der Elektrizitätswirtschaft vorhanden sind. Die Grenzen der Nutzung der neuen Energiequellen liegen dort, wo die hierfür notwendigen Investitionen trotz steigender Energiepreise und aus volkswirtschaftlichen Überlegungen zu rechtfertigenden Subventionen auch längerfristig keine Wirtschaftlichkeit erwarten lassen.

Unterstrichen wird dieser Leitsatz durch die Ergebnisse einer neueren Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, wonach bis zum Jahr 2000 die additiven Energiequellen einen Anteil von 4 bis 7 % am Primärenergieverbrauch erreichen können. Die additiven und dezentralen Energien wurden und werden weitgehend gefördert. Ich nenne als Beispiel das Fernwärmeausbauprogramm und das Landesprogramm zur Förderung heizenergiesparender Investitionen. Die Weiterentwicklung und Nutzung alternativer Energiequellen wird somit in Schleswig-Holstein weder behindert noch diskriminiert.

VL Dr. Schattke: Vielen Dank, Herr Pätschke. Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Friis, Sie haben das Wort.

Friis: Auch Herr Pätschke gebraucht Wendungen wie: Es wird weitgehend gefördert. Ich erinnere mich an jemanden, der als Ingenieur nicht Windmühlen, aber diese Kraftanlagen durch Windräder zu Teil selbst erfunden und ein Buch darüber geschrieben hat. Ich erinnere mich nicht genau an seinen Namen, aber er beginnt mit Sch. Es ist bekanntgeworden, wie jämmerlich er unterstützt wird, und ich habe auch erfahren, daß die Regierung Projekte unterstützt, die sozusagen von vornherein für vergeblich nicht nur angesehen, sondern gemacht werden - zum Beispiel, wenn ich mich nicht irre, in diesem Fall GROWIAN -, um dann nachher der Bevölkerung in großen Artikeln zu sagen, daß das alles keinen Wert hat und daß das mit dem anderen nicht zu vergleichen ist. Aufgrund des kurzen und unsachlichen Vortrages, den Herr Pätschke - Pätschke? -

VL Dr. Schattke: Pättschke!

Friis: - Pättschke eben im Auftrag des Wirtschaftsministeriums gehalten hat - - Wobei ich daran erinnere, daß bis vor zwei oder drei Jahren dieser Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein selbst in einem Gerichtsverfahren gegen den größten Siedewasserreaktor der Welt, 14 km von der Hamburger Stadtgrenze entfernt, als Prozeßkontrahent - wie sagten Sie vorhin, Herr Dr. Schattke? Sie nennen diese Menschen Prozeßkontrahenten; sehr schön gelehrt - auftrat. Daß aus diesem Ministerium solche Nachrichten hier in einem nicht-öffentlichen Erörterungstermin vorgebracht und dann womöglich über Zeitungen in die Bevölkerung gebracht werden, halte ich für - wie soll ich mich ausdrücken? - verboten - kurz gesagt - und erkläre aus diesem Grunde Herrn Pättschke für befangen, ebenso wie seinen Dienstherrn.

VL Dr. Schattke: Ja, das nehmen wir zur Kenntnis. Ich sehe keinen Entscheidungsbedarf, darüber zu entscheiden, weil sich Herr Pättschke nicht weiter zu Wort gemeldet hat. Wenn er sich wieder zu Wort meldet, werde ich darüber entscheiden.

Gibt es weitere Wortmeldungen zu alternativen Energiequellen?
- Sie haben noch zwei Minuten, Herr Friis. Bitte sehr.

Friis: Verbietet das nicht, daß Sie die Verhandlungen überhaupt weiterführen, wenn ich einen so wichtigen Beitrag, der hier in einer so mangelhaften Weise geschieht, nicht nur kritisieren, sondern auch denjenigen, der ihn veranlaßt, für befangen erkläre? Können Sie dann einfach weiterverhandeln und sagen, das ist nun ein anderer Punkt, den lassen wir jetzt liegen, bis sich dieser Herr wieder einmal meldet, und dann entscheide ich?

VL Dr. Schattke: Ja, Herr Friis, das kann ich deshalb,

(Zuruf von Herrn Friis)

- Darf ich einmal ausreden? Sie haben mich ja gefragt, und ich möchte gern auf Ihre Frage antworten - weil über Befangenheitsanträge nur dann entschieden wird, wenn Entscheidungsbedarf besteht. Entscheidungsbedarf liegt dann vor, wenn der betroffene

Herr, gegen den sich der jeweilige Befangenheitsantrag richtet, im Erörterungstermin zum Beispiel wieder etwas sagen möchte. Dann muß ich über diesen Befangenheitsantrag entscheiden, weil er dann ja wieder aktiv daran teilnehmen will. Solange sich Herr Pätschke nicht meldet, brauche ich darüber nicht zu entscheiden.

Friis: Das ist eine Vorschrift aus der Verwaltungsrechtlichen Verfahrensverordnung oder wie das Ding nun heißt? Das ist eine Vorschrift daraus? Woher haben Sie denn die Begründung? Das haben Sie nämlich vorhin auch nicht gesagt.

VL Dr. Schattke: Das ergibt sich aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen. Das ist selbstverständlich.

Friis: Das ist für mich keine Auskunft, Herr Dr. Schattke. Sie als Jurist müssen mir doch sagen, wo das steht, wenn Sie zum Beispiel Herrn Wihlfahrt nicht für befangen erklären. Wenn das nicht zulässig ist, müssen Sie mir doch sagen, wo dieser Punkt steht, in welchem Gesetzbuch. Das Anrecht habe ich doch hier als Einsprechender.

VL Dr. Schattke: Ich habe meine Auskünfte gegeben. Weitere Auskünfte kann ich darüber nicht geben.

Friis: Sie haben gesagt, allgemein ist das so.

VL Dr. Schattke: Weitere Auskünfte kann ich darüber nicht geben. Das geht alles von Ihrer Redezeit ab, Herr Friis.

Friis: Die Redezeit kann lange dauern. Das Werk wird auch lange stehen und hoffentlich nie in Gang gebracht. Ich erkläre Sie wiederum für befangen, weil Sie keine Auskunft geben, aufgrund welcher Gesetzesregelung Sie einfach sagen, daß Sie die Befangenheitsanträge gegen Herrn Wihlfahrt und Herrn Pätschke - -, wo Sie hier unsachliche Vorträge zur wirtschaftlichen Nutzung des Stroms durch Atomspaltanlagen und zu sogenannten Alternativenergien innerhalb von fünf Minuten unmögliche Dinge erzählen, sagen Sie können sich auf allgemeine Sachen berufen und können diese Befangenheitsanträge wegerklären. Dann muß ich aber eine genaue Auskunft haben, wo das im Gesetz steht.

VL Dr. Schattke: Herr Friis, ich habe es Ihnen vorhin ausdrücklich gesagt, daß ich beauftragt und ermächtigt worden bin, über Befangenheitsanträge gegen solche Personen zu entscheiden, die nicht zur Verhandlungsleitung gehören. Herr Wihlfahrt gehört nicht zur Verhandlungsleitung. Dementsprechend konnte ich über den Befangenheitsantrag gegen Herrn Wihlfahrt entscheiden. Das habe ich getan. Sie haben die Gründe gehört, und Sie haben auch gehört, daß ich dazu aufgrund des § 81 a des Landesverwaltungsgesetzes ermächtigt bin.

Friis: § 81?

VL Dr. Schattke: - Darf ich einmal zu Ende reden? - Wenn ich ermächtigt worden bin, über diese Befangenheitsanträge zu entscheiden, dann kann ich insbesondere auch entscheiden, ob es notwendig ist, in einer bestimmten Situation sofort über einen Befangenheitsantrag zu entscheiden. Und ich sehe keinen Entscheidungsbedarf, was die Person von Herrn Pättschke angeht.

Friis: Sie haben eben die Nummer des Verwaltungsgesetzes genannt, des Paragraphen. Ich habe aber den Absatz nicht verstanden.

VL Dr. Schattke: § 81 a Abs. 1.

Friis: Ja, und das ist nicht in der Informationsschrift des Sozialministers abgedruckt. Diesen Paragraphen möchte ich gern sehen.

Dr. Hawickhorst (KWU): Das ist seit vorgestern bekannt!

VL Dr. Schattke: Das ist auch nicht notwendig.

Friis: Für mich ist es aber sehr notwendig.

VL Dr. Schattke: Ja, das mag ja gern sein. Daß wir Ihnen in dem Informationsblatt überhaupt die Vorschriften der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung abgedruckt haben, die einschlägigen Vorschriften, und den Paragraphen 7 des Atomgesetzes, war schon ein besonderer Service, der an sich nicht vorgeschrieben ist.

Friis: Nicht für mich als Menschen, sondern für alle Einsprechenden, meinen Sie. Aber dann wäre es doch gerade wichtig, auch diesen § 81 mit aufzuschreiben, weil er doch jetzt gerade sehr bedeutsam wird bei einem so bedeutsamen Kapitel wie der Alternativenenergie, weil man doch schon als Laie weiß, daß heute auf der Welt und überhaupt die einzige Hoffnung in dieser Beziehung liegt.

VL Dr. Schattke: Ich erkläre die Geschäftsordnungsdebatte für beendet.

Wir kommen jetzt, wenn keine Sachbeiträge zu alternativen Energiequellen mehr gewünscht werden, zum nächsten Punkt. Herr Gördes, ich bitte Sie, den nächsten Punkt vorzutragen.

Friis: Sind noch Sachbeiträge erlaubt?

VL Dr. Schattke: Nein, Sie haben Ihre Redezeit voll ausgeschöpft, Herr Friis.

Friis: Zur Geschäftsordnung!

VL Dr. Schattke: Nein, Sie haben Ihre Redezeit voll ausgeschöpft. Sie haben auch zu den alternativen Energiequellen gesprochen. Bitte sehr, Herr Gördes, tragen Sie vor.

Gördes (SOZ): "Die Ausführung der Pfahlgründung sei unsachgemäß."

VL Dr. Schattke: Wer möchte dazu etwas sagen? Ich glaube, das ist die Sache des Antragstellers KWU, wenn ich das richtig sehe - Herr Dr. Hawickhorst, bitte sehr.

Dr. Hawickhorst (KWU): Wir können diesem pauschalen Einwand nicht entnehmen, warum die Ausführung der Pfahlgründung unsachgemäß sein sollte. Wie der Behörde ja bekannt ist, ist das Thema Pfahlgründung in den Verwaltungsgerichtsverfahren vor dem OVG Lüneburg zur 1. TEG umfänglich behandelt worden; es ist eine umfangreiche Sachverständigenanhörung durchgeführt worden, die keinen Hinweis darauf ergeben hat, daß die Pfahlgründung nicht in Ordnung sein könnte. Im übrigen muß man sagen, heute sind wir auch schon viel schlauer, als wir zur Zeit der 1. TEG waren.

dies insoweit, als Probieren über Studieren geht. Die Gebäude stehen bereits. Die Gebäudelasten sind also auf die Gründung aufgebracht. Der Vergleich der theoretisch vorausgesagten Setzungen mit den tatsächlich eingetretenen Setzungen läßt ebenfalls keinen Anhaltspunkt dafür erkennen, daß die Gründung nicht in Ordnung sein könnte. Im übrigen ist bei der Ausführung der Pfähle sorgfältig vorgegangen worden. Eine repräsentative Auswahl von Pfählen ist nach einem Schallverfahren auf konstruktive Ausführung getestet worden. Ich vermag nicht zu sehen, warum die Pfahlgründung nicht in Ordnung sein könnte.

VL Dr. Schattke: Danke sehr, Herr Dr. Hawickhorst. Möchte noch jemand ergänzen? - Bitte sehr, Herr Wihlfahrt vom Sozialministerium.

Wihlfahrt (SOZ): Ich möchte das noch etwas ergänzen, weil sich der Einwender auf Probleme bezieht, die bei einer Autobahnbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal entstanden sind.

Friis: Mein Befangenheitsantrag kommt jetzt dran! Er meldet sich.

VL Dr. Schattke: Was möchten Sie, Herr Friis? Ich habe das eben nicht verstanden.

Friis: Sie müssen doch jetzt erst einmal über meinen Befangenheitsantrag entscheiden.

VL Dr. Schattke: Den Befangenheitsantrag gegen Herrn Wihlfahrt habe ich schon entschieden. Ich habe nur noch nicht den Befangenheitsantrag gegen Herrn Pätschke entschieden. - Herr Wihlfahrt, Sie haben das Wort.

Wihlfahrt (SOZ): Für die Gründung der Pfeiler der Brücke über den Nord-Ostsee-Kanal wurde die Anordnung von Schrägpfählen in einem kleinen Abstand voneinander vorgesehen. Beim Herstellen dieser Schrägpfähle war eine Kleidecke von ca. 17 bis 19 m zu durchstoßen, um dann anschließend in dem tragfähigen Sand den Pfahlfuß auszurammen. Da die Kleidecke wenig verdichtungsfähig ist, werden die Nachbarpfähle durch die Rammerschütterungen horizontal beansprucht und müssen zusätzlich auch den auf den

Pfahlmantel primär horizontal wirkenden Druck aufnehmen, der im Falle eines sehr kleinen Pfahlabstandes an diesem Bauwerk zu Pfahleinschnürungen geführt hat. Diese Erfahrungen waren beim Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf bekannt und wurden auch entsprechend berücksichtigt. Schrägpfähle wie bei dieser Brücke sind beim Kernkraftwerk Brokdorf nur in ganz begrenztem Rahmen verwendet worden. Man hat dort - wie ich eben schon sagte - diese Erfahrungen berücksichtigt und hat vor Ausführung der Pfähle mittels eines Bohrgerätes den Kleiboden entnommen, der sonst von dem Betonrammpfahl aufgrund seines Volumens verdrängt worden wäre. Durch diese Maßnahme, die auch vor Ort überwacht wurde, sind Pfahleinschnürungen bei den Pfählen des Kernkraftwerkes Brokdorf mit Sicherheit ausgeschlossen worden.

VL Dr. Schattke: Vielen Dank, Herr Wihlfahrt. Möchte noch jemand etwas zur Pfahlgründung sagen? - Bitte, Herr Friis, Sie haben das Wort.

Friis: Wiederum sehe ich, daß das genau wie vorher abläuft. Der sogenannte Sachbearbeiter gibt eine kurze Rede ab, frisch und fröhlich, und der Herr des Ministeriums nimmt alles auf und erweitert es noch um ein paar Kleinigkeiten, und die Sache stimmt. In Wirklichkeit gibt es doch Fachleute, die früh genug festgestellt haben, daß da Schlump gemacht wird. Es kommt sowohl auf die Jahreszeit an, in der diese Pfähle eingerammt werden, und es kommt auf das Material an sowie auf unglaublich sorgfältige Arbeit der Menschen an. Es gibt keinen so sorgfältigen Menschen, der sorgfältig genug sein könnte, wenn es um eine Atomspaltanlage geht. Es gibt ihn besonders dann nicht, wenn natürliche Gründe wie in Brokdorf - nämlich ein nicht fester Untergrund; soviel mir bekannt ist, ein nicht leicht erreichbarer Sandgrund - vorhanden sind beziehungsweise sehr, sehr tief da sind. Ohne weiteres, schon allein durch besondere Einflüsse meteorologischer Art, können dort später bei diesen unendlichen Zeiträumen, die wir doch haben, bei einer Nichtabräumung innerhalb von 20 Jahren Dinge passieren. Diese Dinge können aber eben auch sehr viel früher passieren. Es können dann Sachen eintreten die hier kein Mensch beurteilen und bewerten kann, obwohl das Ministerium das wiederum kühn tut.

Aufgrund einer solchen Verfahrensweise - auch hier -, mich, wenn ich allein hier bin, zwar in der Redezeit so zu beschränken, daß man sagen kann, es ist überhaupt nichts gründlich auszurichten, gleichzeitig dann aber verschiedenen Parteien - so möchte ich fast sagen - immer schön die fünf Minuten einzuräumen, so daß es dort das Doppelte wird, obwohl hier auf dieser Seite überhaupt nur ein Mensch - vielleicht noch ein paar Zuhörer - sitzt. Das ist eine unerhörte Sache. Aber nicht nur von daher. Aber doch menschlich, daß das allein geduldet wird, möchte ich jetzt ganz besonders den Befangenheitsantrag gegen Herrn Dr. Hawickhorst stellen; das kommt nicht von jetzt, sondern kommt von allen drei Tagen, weil ich sehe, wie auch die andere Person, die hier war, endlich eine Frau, die als Mensch hier Einspruch gegen das Vorhaben Atomspaltanlage Brokdorf einlegt, fast mit unmöglichen Worten von diesem Herrn abgefertigt wird, der gar nicht zur Verhandlungsleitung gehört. Also, weil Herr Dr. Hawickhorst tagelang als Vertreter des Betreibers KWU - wenn ich mich richtig erinnere - hier Vorträge in einer Weise hält, wie sie einem solchen gar nicht zustehen, von der anderen Frau, von dem anderen Menschen hier vorgebracht, und nicht nur von ihm, sondern jetzt auch von mir, und sicherlich im Sinne sehr vieler Einsprechender hier. Denn Herr Hawickhorst hat immer wieder mit allgemeinen Redewendungen, mit lateinischen Worten sehr frisch-fröhlich unter Unterschlagung wirklicher Tatsachen im Hinblick auf Schädigung, Krankheit und Tod von Menschen, auf Betrübnis von Menschen - darauf ist überhaupt noch nie ein Sachverständiger zu sprechen gekommen - über diese Dinge, über die man nicht lachen kann, die man sehr ernst nehmen muß und die im Grunde kein Mensch ermessen kann, die immer dazu führen können, daß Brokdorf stillgelegt wird, dazu überhaupt keinen Bezug genommen. Er setzt voll seine Redegabe und sein technisches Wissen, sein Behalten von Zahlen und seine sehr große Begabung in dieser Beziehung ein. Aus diesem Grunde muß ich diesen Menschen absolut für befangen halten. Ich stelle jetzt den Befangenheitsantrag gegen Dr. Hawickhorst.

VL Dr. Schattke: Ja, danke sehr, Herr Friis. Möchte jemand von der Antragstellerseite darauf antworten? - Das ist nicht der Fall. Ich weise diesen Befangenheitsantrag als unzulässig zurück, und zwar deshalb, weil es nach den Vorschriften des Landesverwaltungsgesetzes, das hier einschlägig ist, nicht zu-

lässig ist, gegen Personen einen Befangenheitsantrag zu stellen, die nicht einer Behörde angehören. Herr Dr. Hawickhorst gehört keiner Behörde an. Herr Dr. Hawickhorst ist Angestellter der Kraftwerkunion, und dementsprechend ist es nicht möglich, gegen seine Person einen Befangenheitsantrag zu stellen. Befangenheitsanträge sind immer nur gegen Behördenmitarbeiter möglich, die in einem Verwaltungsverfahren mitwirken.

Ich merke, daß keine weiteren Ausführungen zur Frage der Pfahlgründung gewünscht werden. - Ich rufe diesen Punkt noch einmal auf. Nein, keine Fragen und keine Beiträge mehr zur Pfahlgründung.

Wir kommen damit zum nächsten Punkt. Der nächste Punkt - -

Friis: Zur Geschäftsordnung!

VL Dr. Schattke: Wortmeldungen zur Geschäftsordnung werden jetzt nicht mehr zugelassen, Herr Friis. Es sind schon so viele Geschäftsordnungsbeiträge - -

Friis: Die Verhandlungsleitung hat nicht dafür gesorgt, daß der Tisch der KWU mit dem Zeichen "KWU" besetzt ist. Warum ist dafür nicht gesorgt worden?

VL Dr. Schattke: Wir gehen weiter. Herr Dr. Backheuer wird jetzt die letzte Einwendung zu dem Punkt "Verschiedenes" vortragen.

Dr. Backheuer (SOZ): "In den USA würde PU als Brennstoff in Leichtwasserreaktoren nicht zugelassen."

VL Dr. Schattke: Wer möchte zu der Frage des Plutoniums als Brennstoff in Leichtwasserreaktoren etwas sagen? - Herr Dr. Teichel von der NWK, bitte sehr.

Dr. Teichel (NWK): Bei der Frage des Einsatzes von Plutonium als Brennstoff in Leichtwasserreaktoren und dazu, inwieweit dies in den USA zugelassen wird oder nicht, möchten wir darauf hinweisen, daß die Beurteilung der Plutoniumrückführung in Leichtwasserreaktoren in den USA mit der sicherheitstechnischen Ein-

schätzung dieser Plutoniumrückführung nichts zu tun hat. Wie sich aus dem sogenannten GESMO-Bericht ergibt, haben die Untersuchungen in Amerika gezeigt, daß die Sicherheit der Reaktoren und der Anlagen des Brennstoffkreislaufs durch die Rückführung von spaltbarem Material nicht berührt wird. Entsprechend dieser sicherheitstechnischen Einschätzung ist es nicht verwunderlich, daß die Amerikaner die Rückführung von Plutonium in Leichtwasserreaktoren ebenfalls in großem Umfang praktisch erprobt haben; dies sowohl in ihren eigenen Anlagen als auch in ihren Exportanlagen wie zum Beispiel bei Anlagen in der Schweiz und in Italien.

Wenn die Carter-Administration Mitte der siebziger Jahre gleichwohl aus politischen Gründen, nämlich der Nicht-Weiterverbreitung von Kernwaffen, von einer kommerziellen Einführung der Plutoniumrückführung Abstand nahm, so ist in diesem Zusammenhang auch die besondere Situation der Amerikaner zu würdigen, welche über praktisch unbegrenzte eigene Natururanreserven verfügen. Anders dagegen ist die Situation in den europäischen Industrieländern und in Japan. In Europa wird nach wie vor die kommerzielle Plutoniumrückführung aus Gründen der Ressourcenschonung und der Entsorgung für unverzichtbar gehalten. Die Japaner bereiten ebenfalls ein Programm zur Plutoniumrückführung in Leichtwasserreaktoren vor. Eine gewisse Abkehr von Entscheidungen der Carter-Administration ist darin zu sehen, daß die USA vor kurzem der Rückführung von Plutonium in Schweizer Reaktoren zugestimmt haben, welches in französischen Wiederaufarbeitungsanlagen aus abgebrannten Brennelementen, die ursprünglich aus Amerika stammten, zurückgewonnen wurde. Daß die Reagan-Administration bis heute noch keine formelle Aufhebung des Carter-Beschlusses vorgenommen hat, ist wohl ebenfalls so zu erklären, daß eine Dringlichkeit wegen der großen Natururanreserven der USA derzeit nicht besteht.

VL Dr. Schattke: Danke sehr, Herr Dr. Teichel. Möchte noch jemand etwas dazu ergänzend sagen? - Herr Dr. Hawickhorst, bitte sehr.

Dr. Hawickhorst (KWU): Ich möchte gern einen Satz ergänzen, selbst auf die Gefahr hin, daß es schon gesagt worden ist: Die Einschätzung der Carter-Administration, damals von der Rückführung von Plutonium absehen zu wollen, hat nichts mit sicherheitstech-

nischer Einschätzung zu tun. Die USA haben ebenfalls die Rückführung von Plutonium entwickelt, technisch erprobt und auch sicherheitstechnisch analysiert. Es gibt diese GESMO-Studie der USNRC von 1976, in der steht: Die Sicherheit von Reaktoren und Anlagen des Brennstoffkreislaufs wird durch das Rezyclieren von Spaltmaterial nicht berührt. - Das ist also nicht eine Frage der technischen Sicherheit.

VL Dr. Schattke: Danke sehr, Herr Dr. Hawickhorst. Gibt es weitere Beiträge? - Herr Friis, bitte sehr.

Friis: Wiederum soll dieser Beitrag beruhigen; sowohl der von Herrn Dr. Teichel von der NWK als auch der von Herrn Dr. Hawickhorst. Aber wir sind nicht zu beruhigen; denn wir wissen, daß in Amerika enorme Mengen von Bombenplutonium gewonnen wurden, um Tausende von Atomwaffen herzustellen. Wir wissen auch, daß selbst die Bundesrepublik - ich weiß nicht, ob jetzt schon, aber jedenfalls ist es vorgesehen - Plutonium nach Frankreich für Malville, einen Atombombenreaktor, hinübergeben will. Wir wissen vieles nicht, weil es geheim geschieht. Wir haben aber gehört, daß Plutonium auch verkauft werden kann, daß es einen bedeutenden Posten ausmacht und daß es eben in Wirklichkeit wieder dazu benutzt wird, drohende Waffen - wenn man dieses Wort eigentlich auch nicht gebrauchen darf -, drohende Bomben - "Bomben" ist auch das falsche Wort -, diese furchtbaren Vernichtungsmittel für alles Leben, die mit einem Kriegsmittel nicht mehr vergleichbar sind, herzustellen. Ich möchte wissen, ob die beiden Herren, der Herr von der NWK und der Herr von der KWU - Herr Dr. Teichel und Herr Dr. Hawickhorst -, wirklich keine Ahnung haben, daß gerade auch Carter wohl bestrebt war, diese Dinge zurückzuführen und nicht mehr daraus zu machen, weil ihm bewußt geworden war - sicherlich nach Kennedy -, was das für die Welt bedeuten kann, nämlich etwas mehr als für die Welt, eben für die Erdenwelt, etwas mehr als den Untergang der Menschen allein.

VL Dr. Schattke: Danke sehr, Herr Friis. Gibt es weitere Beiträge zur Frage des Plutoniums in Leichtwasserreaktoren? - Das ist nicht der Fall. Damit stelle ich fest, daß das Thema "Verschiedenes" abgehandelt worden ist.

Der Zweck des Erörterungstermins, die Einwendungen auch zu diesem Punkt zu erörtern, ist damit erreicht. Wir kommen jetzt zur weiteren großen Gruppe "Katastrophenschutzplanung".

Friis: Zur Geschäftsordnung!

VL Dr. Schattke: Ja, aber wir kommen jetzt nur zum Thema Katastrophenschutzplanung.

Friis: Nein, eben nicht, Herr Dr. Schattke.

VL Dr. Schattke: Bitte, Herr Friis, Sie haben das Wort.

Friis: Aufgrund der eben am 20.09.1985 um 12.00 Uhr gemachten Äußerungen des Verhandlungsleiters Schattke zu diesem Thema - - Wie hatten Sie das Thema genau bezeichnet?

VL Dr. Schattke: Plutonium in Leichtwasserreaktoren.

Friis: - in bezug auf Plutonium und Leichtwasserreaktoren - - Ich hatte damit begonnen: Ich stelle den Befangenheitsantrag, 12.00 Uhr und so weiter. Aufgrund der Äußerungen des Verhandlungsleiters Dr. Schattke in bezug auf Plutonium und Leichtwasserreaktoren, nämlich, daß dieses Thema hiermit dem Zweck des Erörterungstermins entsprechend abgehandelt sei, muß ich als einziger anwesender Einsprecher nicht nur Protest erheben, sondern erkläre ihn für befangen; denn er bezieht sich lediglich auf die Verwaltungsordnung. Der Verwaltungsordnung ist aber das Grundgesetz vorgeordnet. Das Grundgesetz - Art. 2 Abs. 2 - verbietet eine solche Abfertigung des Themas.

VL Dr. Schattke: Ja, danke sehr, Herr Friis. Das war Ihr Befangenheitsantrag?

Friis: Ja.

VL Dr. Schattke: Der Befangenheitsantrag wird von mir als unzulässig abgelehnt. Er ist offensichtlich rechtsmißbräuchlich. Es werden stets dieselben Gründe vorgetragen, die schon einmal zurückgewiesen worden sind. Wenn auch wieder kritisiert wird, daß sich der Verhandlungsleiter an Rechtsvorschriften hält, so ist das ein offensichtlich unzulässiger Befangenheitsantrag.

Wir kommen jetzt zur Frage der Katastrophenschutzplanung. Dazu sollten wir jetzt mit dem Bereich des Kernschmelzunfalls beginnen. Ich würde vorschlagen, Herr Dr. Backheuer, daß Sie noch einmal die Einwendungen zu diesem Sachbereich Kernschmelzunfall vortragen.

Dr. Backheuer (SOZ): Wir hatten das gestern bereits soweit abgehandelt, daß die Antragsteller zu dieser Thematik, die ich jetzt noch einmal aufrufen möchte, bereits ihre Ausführungen gemacht hatten. Ich glaube aber, auch Herr Friis hatte gestern das Bedürfnis geäußert, sich noch einmal dezidiert dazu zu äußern. Es hieß zusammengefaßt: Im gemeinsamen Einwirkungsbereich der Kernkraftwerke Brunsbüttel, Stade und Brokdorf betrage die Eintrittswahrscheinlichkeit für einen Kernschmelzunfall bei angenommenen 30 Reaktor-Betriebsjahren pro Anlage nach den Zahlenwerten der Rasmussen-Studie 1 : 222. Die Folgen eines Kernschmelzunfalls seien im Sicherheitsbericht nicht erwähnt.

VL Dr. Schattke: Vielen Dank, Herr Dr. Backheuer. Wer möchte dazu etwas sagen? - Herr Friis, bitte sehr. Sie haben das Wort.

Friis: Ich würde erst gern hören, was Herr Dr. Hawickhorst dazu erzählt.

VL Dr. Schattke: Herr Friis, Herr Dr. Hawickhorst hat das gestern alles sehr deutlich und ausführlich vorgetragen. Aber, Herr Dr. Hawickhorst, wenn Herr Friis das ausdrücklich wünscht, vielleicht sagen Sie etwas dazu.

Dr. Hawickhorst: Ich wollte mich eigentlich nur auf meine gestern gemachten Ausführungen zu diesem Thema beziehen. Aber wenn Herr Friis es wünscht, werde ich sie wiederholen.

VL Dr. Schattke: Wünschen Sie das, Herr Friis?

Friis: Ja, weil inzwischen soviel gewesen ist.

VL Dr. Schattke: Dann wird Herr Dr. Hawickhorst das wiederholen. Bitte schön, Herr Dr. Hawickhorst!

Dr. Hawickhorst: Dieser Einwand hatte zwei Teile. Einmal war gerügt worden, daß die Auswirkungen von Kernschmelzunfällen nicht im Sicherheitsbericht dargestellt worden seien. Ich hatte darauf hingewiesen, daß es die Funktion des Sicherheitsberichtes ist, das Schutzkonzept und die getroffene Vorsorge darzustellen. Dieses Schutzkonzept besteht aus zwei Ebenen: 1. Störfallvermeidung durch Qualitätssicherung im weitesten Sinne und 2. Störfallbeherrschung durch Auslegung der Anlage gegen ein repräsentatives Störfallspektrum. Mit diesem Sicherheitskonzept ist gewährleistet, daß Kernschmelzunfälle nicht eintreten. Deshalb sind sie auch im Sicherheitsbericht nicht darzustellen. Ich verweise auf § 3 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung, in dem steht, daß die Auswirkungen und die Beherrschbarkeit von Auslegungsstörfällen im Sicherheitsbericht darzustellen seien.

Die Auswirkungen von Kernschmelzunfällen und deren Ablauf werden woanders diskutiert. In Risikostudien findet so etwas statt. Zum Beispiel ist die Deutsche Risikostudie allgemein zugänglich. Dort kann das nachgelesen werden. Dabei ist hinzuzufügen, daß aufgrund der neueren Erkenntnisse gesichert erscheint, daß die Häufigkeiten und Auswirkungen, wie sie dort angegeben sind, in Größenordnungen überschätzt worden sind.

Der zweite Teil des Einwandes bezog sich darauf, daß im gemeinsamen Einwirkungsbereich die Wahrscheinlichkeit 1 : 222 sei. Da habe ich gesagt, daß eine Häufigkeitsangabe allein nichts aussagt. Man muß wissen, unter welchen Randbedingungen sie ermittelt worden ist und welches Ereignis folglich damit korreliert. Man kann das in der Deutschen Risikostudie nachlesen, die dieselben Annahmen verwendet wie die Rasmussen-Studie auf Seite 140, daß mit dieser Zahl nicht physikalisch tatsächlich Kernschmelzen korreliert, sondern in Wahrheit nur die Unterschreitung formaler Mindestwirksamkeitsbedingungen im Genehmigungsverfahren. Wir wissen heute, daß selbst, wenn diese über längere Zeit unterschritten werden - dafür ist auch Harrisburg ein Beispiel - physikalisches Kernschmelzen noch lange nicht eintritt. Deshalb ist diese Zahl von 1 : 222 nicht geeignet, um sozusagen zur Beschreibung eines nuklearen Unfalls mit Auswirkungen nach außen zu dienen.

Im übrigen glaube ich, daß es aufgrund der neueren Erkenntnisse, wonach die Auswirkungen viel begrenzter sind, als wir früher gedacht haben, einen gemeinsamen Einwirkungsbereich eigentlich gar nicht gibt; denn die Anlagen sind doch sehr weit voneinander entfernt. Zumindest Stade ist ja über 20 km entfernt.

VL Dr. Schattke: Herzlichen Dank, Herr Dr. Hawickhorst.

- Herr Friis, möchten Sie dazu etwas sagen? - Bitte schön!

Friis: Nicht etwa nur dazu, sondern zu diesem ganzen.

Ich möchte vor allen Dingen sagen: Es ist ein Trauerspiel, daß eine so furchtbare Sache in der sogenannten Informationsschrift nach den Worten von Herrn Hawickhorst, soviel ich eben aufgenommen habe, wohl gar nicht vorkommt. Da kommen dann nur die sogenannten Auslegungsstörfälle, die auch schon schlimm sind, sehr frisiert vor. Aber auch in der Rede von Dr. Hawickhorst eben wird doch das ausgelassen, was entscheidend ist, nämlich daß eine solche Sache, die Gott sei Dank auf der Welt noch nicht in großem Stil eingetreten ist -- Ich denke an Harrisburg. Das weiß man offenbar erst hinterher. Herr Hawickhorst sagte: Wir wissen. Aber ich möchte doch betonen, daß da fehlt, daß wir es erst hinterher wissen; denn die Wissenschaftler waren restlos ratlos, als es soweit war. Das läßt sich nicht leugnen. Hier wird wieder überspielt, hier wird ausgelassen, wie wir das von Herrn Dr. Hawickhorst gewohnt sind, auch ohne einen von Herrn Dr. Schattke für geltend erklärten Befangenheitsantrag.

Besonders stört mich, daß ein sogenannter Sachbearbeiter sagt, daß ein Konzept gewährleistet. Ein Konzept gewährleistet gar nicht. Es ist immer wieder vorgekommen, daß trotz der Berechnungen, trotz der Planungen und trotz des Ausrechnens vieler Fachleute etwas vorkommt, was diese gar nicht gewußt haben. Es ist durchaus im Bereich der Möglichkeiten, daß ein solcher Unfall eintritt. Man hat es bei Brunsbüttel gesehen, das nicht weit weg ist von hier. Man hat es in Amerika gesehen. Herr Strohm hat es beschrieben auf der Seite 351 seines Buches. Es wäre sofort möglich, wenn Kühlwasserverlust eintritt. Wenn wir an Brokdorf denken, kann es uns schlecht trösten, daß man sagt, daß doch dort die Decke bei der Kuppel 1,60 m stark macht. Man vergißt dann zu sagen, daß die Rohre nicht überall durch eine solche Sache geschützt sind, und die Flieger

fliegen doch genau darüber hinweg. Wenn geschehen würde, was hier kein Mensch hofft und annimmt, daß Sie jemals dieses Werk anstellen, dann ist die Möglichkeit da, daß ein Flugzeug auf eines dieser Rohre fällt und der sogenannte Kühlmittelverlust eintritt, von dem womöglich gar nicht viele Leute etwas erfahren, und daraufhin die sogenannten Brennstäbe offen- und trockenliegen und diese furchtbare Hitze sich erst langsam, aber dann in unheimlich kurzer Zeit ausbreitet, worüber Herr Hawickhorst kein Wort verliert, weil er das wahrscheinlich für unter der Bevölkerung bekannt hält, genau wie er dafürhält, daß die Bevölkerung sich die Risikostudie ins Haus kommen lassen kann. Die Bauern in der Marsch können mal schnell in der Risikostudie unter 1.7.8 oder, wie Herr Hawickhorst sagt, unter 1.7.6.9 nachsehen, was wohl mit den Auswirkungen los ist. Dort werden sie nicht so leicht finden, was mit den Menschen los ist. Es kann sein, daß es ganz kurz bemerkt ist. Aber was ist denn wirklich mit den Menschen los? Darüber haben sich Herr Strohm und auch andere schon ausgelassen. Ich möchte an Shelder Norwick erinnern, sehr viel früher. Ich möchte Sie an das Literaturverzeichnis erinnern, das ich zu Dragahn aufgeschrieben habe. Sie können sehr viele Menschen, die sehr viel davon verstehen, hören, wenn Sie diese ihre Erzeugnisse in Buchform einmal vornähmen. Ich würde an Ihrer Stelle davon Abstand nehmen, in die schäbige Rasmussen-Studie hineinzusehen, die bei uns sehr schnell und sehr mangelhaft gemacht wurde und grundsätzlich das Entscheidende gar nicht sieht, so wenig wie die nachgemachte Risikostudie, die, nur etwas frisiert, besser sein sollte. Trotzdem kommt man hier auf die Rasmussen-Studie, wo es ganz andere und bessere Sachen gibt. Das dazu!

Das wesentliche ist doch: Weder Herr Dr. Hawickhorst von der KWU noch Herr Dr. Bröcker von der NWK noch Sie vom Wirtschaftsministerium noch Sie, Herr Dr. Schattke, Herr Dr. Backheuer, noch andere wie die Ministerin für Soziales, Frau Gräfin von Brockdorff, können verhindern, daß ein solcher Unfall, der nicht mehr mit Unfall zu

bezeichnen ist, eintritt. Niemand hier hat davon gesprochen, welche Krankheiten die Lebewesen um uns herum und uns selbst betreffen werden. Niemand hat an einem der drei Tage davon gesprochen, was in Japan geschah und womit die Menschen dort befallen wurden. Die Menschen dort haben manchmal gemeint, sie seien Versuchskaninchen; denn kurz nach der sogenannten Bombe - Sie haben wohl gemeint, es sei eine Bombe, weil ein Flugzeug flog -- Sie waren so vor dem Kopf geschlagen, daß Sie überhaupt nicht wußten, was war. Es wurde Ihnen zunächst auch nicht gesagt. Wer wußte schon das Wort? Es hieß nicht Bombe, es hieß nicht Atombombe, es hieß - Sie wissen es wahrscheinlich alle - "pikadon", das heißt der Donnerblitz. Wenn ein solcher Unfall passiert wie diese ungeheuere Hitze mit den Sprengwirkungen, dem Wegplatzen der Betonhüllen wie Eierschalen, dann wissen die Menschen, daß es zu spät ist, dann wird eine Rede von Herrn Hawickhorst, daß 20 km recht weit seien, überhaupt nichts mehr nützen; denn wir als Menschen, die auf dem Lande leben, wissen, daß der Wind mit einer Geschwindigkeit weht, die an 80 - das ist sehr viel -, die aber 30 km in der Stunde schafft. Wenn er nicht so stark ist bei Stärke 3 - 15 km, wie es im Katastrophenplan zu Geesthacht ausgeführt worden war. Dann erreicht das innerhalb von einer Stunde Hamburg. Die Radioaktivität verbleibt über Hunderte von Kilometern in derselben Stärke; das hat man in Amerika bei den sogenannten Versuchen gesehen, als plötzlich in der Stadt ... nur aufgrund der Versuche ein Fall-out in großer Stärke herunterkam.

VL Dr. Schattke: Herr Friis, ich muß Sie bereits wieder unterbrechen. Sie haben Ihre Redezeit erheblich überschritten.

(Friis: Ich fange das Thema erst an!)

Ich --

(Friis: Ich erkläre Sie für befangen!)

- Das haben Sie mir schon häufiger gesagt. - Sie haben jetzt insgesamt über sechs Minuten gesprochen. Ich habe sogar noch etwas zugegeben und gesagt, Sie dürfen etwas länger als fünf Minuten sprechen. Ich bin großzügig gewesen.

(Friis: Woher nehmen Sie das Recht, Herr Schattke, einen Menschen, der noch hier ist --)

- Die Rechtsgrundlage für die Redezeitbegrenzung habe ich Ihnen schon mehrfach mitgeteilt. Es ist § 12 Absatz 3 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung.

(Friis: Die ist doch hinfällig aufgrund Artikel 2 Absatz 2 Grundgesetz!)

- Nein, diese Rechtsgrundlage existiert.

(Weitere Zurufe des Einwenders Friis)

- Herr Friis, ich entziehe Ihnen jetzt das Wort. Sie haben nicht mehr das Wort.

(Friis: Warum denn? Für Sie gilt doch auch das Grundgesetz!)

- Ich habe Ihnen das Wort entzogen.

Wünscht noch jemand außer Herrn Friis zu der Frage des Kernschmelzunfalls etwas zu sagen? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen damit zu weiteren Themen der Katastrophenschutzplanung. - Herr Gördes, bitte tragen Sie die nächsten Einwendungen vor.

Gördes (SOZ):

"Katastrophenschutzpläne könnten die Katastrophe nicht verhindern, sie würden nur einen scheinbaren Schutz bieten.

Versorgungsmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung während der risikoreichen Inbetriebnahmephase seien nicht angegeben.

In Brokdorf fehlten Schutzbauten gegen radioaktive Verseuchung."

VL Dr. Schattke: Wer möchte zu diesen Bereichen etwas sagen? - Herr Dr. Hawickhorst, bitte!

Dr. Hawickhorst (KWU): Zu den Katastrophenschutzplänen können wir selber nichts sagen. Die werden ja auch nicht von uns gemacht. Ich möchte doch folgendes auch im Sinne einer Grundsatzerklärung am Ende doch noch eben sagen.

Nach unserem Verständnis haben wir dafür zu sorgen, daß die Sicherheit der Anlage und der Umgebungsbevölkerung technisch gewährleistet ist. Wir sind nicht der Auffassung, daß die Wirksamkeit von Katastrophenschutzplänen sozusagen tragendes Element der Sicherheit mit sein könnte. Das ist nach unserem Verständnis eine sinnvolle Back-up-Maßnahme, die man nicht nur bei Kernkraftwerken, sondern auch bei anderen Aktivitäten trifft. Unser Selbstverständnis ist es, daß die Katastrophe ausgeschlossen sein muß. So muß die Anlage ausgelegt und betrieben werden.

Ich möchte auch noch etwas Persönliches dazu sagen. Wir leben in derselben Welt wie Herr Friis und alle anderen Einwender auch. Schon von daher sind wir natürlich daran interessiert, daß es Katastrophen nie geben darf. Aber ich glaube auch, daß man, wenn man vorurteilsfrei die Technik und die vorliegenden Betriebserfahrungen betrachtet, sagen kann, daß wir alles Menschenmögliche getan haben, um diese Katastrophe ausschließen zu können. Das ist auch von der Rechtsprechung bis hin zu den obersten Gerichten immer wieder bestätigt worden.

Dann möchte ich noch etwas sagen. Soweit wir die Einwendungen gesichtet haben - sie sind uns ja, wie es in der Verfahrensverordnung vorgesehen ist, zugestellt worden -, sind alle unsere Argumente, die wir vortragen wollten, vorgetragen worden. Zu den Themen, die jetzt noch nicht behandelt worden sind, können wir nichts sagen. Wir sehen die Erörterung aus unserer Sicht, was die Wahrnehmung unserer Interessen in dieser Erörterung anbetrifft, für erledigt an. Ich möchte das gern im Protokoll haben. Sie können davon ausgehen, daß wir davon den Eindruck gewonnen haben, daß alle unsere Argumente gesagt werden konnten und insofern aus unserer Sicht der Erörterungstermin seinen Sinn erfüllt hat.

VL Dr. Schattke: Danke schön, Herr Dr. Hawickhorst.
- Gilt die letztgenannte Erklärung auch für die NWK?

Alwes (NWK): Ja, die Erklärung gilt auch für uns.

VL Dr. Schattke: Danke schön. - Aber die Behörde möchte noch etwas sagen, nehme ich an. Herr Dr. Wirth, bitte!

Dr. Wirth (SOZ): Für die atomrechtliche Genehmigungsbehörde möchte ich sagen, daß selbstverständlich nach dem § 7 des Atomgesetzes im Rahmen des Genehmigungsverfahrens geprüft wird, daß die Sicherheit der Umgebungsbevölkerung allein durch die technische Auslegung der Anlage und den qualifizierten Betrieb gewährleistet werden muß und daß wir die Auffassung haben, daß auf diese Weise nukleare Katastrophen ausgeschlossen sind. Daher wird auch von der Wirksamkeit von Katastrophenschutzplänen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens kein Kredit genommen. Das schließt jedoch nicht aus, daß Katastrophenschutzpläne ausgearbeitet werden, wie man dies sinnvoll für andere Bereiche auch tut, und zwar zur Minderung der Auswirkungen im Bereich des Restrisikos.

Über das Risiko im Rahmen der Inbetriebnahmephase ist bereits gestern im Rahmen der Themenbereiche "Reaktorsicherheit" ausführlich gesprochen worden. Danach ist die Inbetriebnahmephase auch nach unserer Auffassung keine besonders risikoreiche Betriebsphase, für die besondere Vorsorgemaßnahmen ergriffen werden müßten. Im übrigen erstreckt sich die Katastrophenabwehrplanung auch auf alle Unglücksfälle mit katastrophalen Auswirkungen unabhängig von der jeweiligen Betriebsphase. Sie schließt also auch die Inbetriebnahmephase mit ein, sobald hier ein nukleares Risiko vorliegt.

Ein letztes Wort zur Erforderlichkeit von Schutzbauten! Schutzräume oder Schutzbauten sind für die Notfallschutzvorsorge im Rahmen eines kerntechnischen Unfalls nicht erforderlich. Es gibt vielmehr andere Möglichkeiten wie zum Beispiel Verbleiben in Häusern, die Einnahme von Jodtabletten oder auch die Evakuierung, die einen gleichwertigen oder sogar besseren Schutz der Bevölkerung in der Umgebung eines Kernkraftwerkes gewährleisten, und zwar dies insbesondere darum, weil die Auswirkungen bei einem schweren kerntechnischen Unfall räumlich immer begrenzter sein werden als beispielsweise für den nuklearen Kriegsfall, wo man dann keine derartigen Ausweichmöglichkeiten mehr hat, bei dem also Schutzräume eher angebracht sind.

VL Dr. Schattke: Danke schön, Herr Dr. Wirth! - Herr Dr. Backheuer wollte dazu noch etwas ergänzen. Sie kommen dann anschließend dran, Herr Friis.

Dr. Backheuer (SOZ): Ich möchte auf die Erklärung von Herrn Dr. Hawickhorst und Herrn Dr. Bröcker eingehen, die aus Ihrer Sicht der Meinung waren, daß zu den jetzt kommenden Tagesordnungspunkten Beiträge nicht mehr erforderlich seien. Das mag rein formal so sein. Ich muß an dieser Stelle aber darauf hinweisen, daß nach §§ 36 und 38 der Strahlenschutzverordnung den Betreibern kerntechnischer Anlagen durchaus sehr wesentliche Aufgaben im Rahmen

des Katastrophenschutzes zukommen. Ich möchte es bei diesem Hinweis bewenden lassen.

VL Dr. Schattke: Danke schön. - Möchten Sie darauf erwidern, Herr Dr. Hawickhorst?

Dr. Hawickhorst (KWU): Nicht, daß das falsch verstanden wird! Ich wollte nur sagen: Wir wollten positiv feststellen, daß wir Gelegenheit hatten, alles das zu sagen, was wir von uns aus sagen wollten, nichts weiter.

VL Dr. Schattke: Danke schön. - Möchte jemand von der NWK etwas dazu sagen?

Dr. Schmanz (NWK): Selbstverständlich ist das nicht so zu verstehen, daß wir den Erörterungstermin jetzt für erledigt ansehen. Wir werden selbstverständlich hierbleiben und zur Verfügung stehen.

VL Dr. Schattke: Danke schön. - Jetzt hatte sich seit längerer Zeit schon Herr Friis gemeldet. Bitte schön, Herr Friis, Sie haben das Wort.

Friis: Einmal zur Geschäftsordnung! Aufgrund der gestrigen und heutigen Äußerungen erkläre ich ebenfalls Herrn Dr. Bröcker, Herr Sziffert und Herrn Dr. Schmanz für befangen.

(Dr. Hawickhorst (KWU): Die sind nicht mehr da!)

- Dann kann man das nicht mehr?

VL Dr. Schattke: Herr Friis, Herr Dr. Schmanz ist noch da, aber --

Friis: Ihn erkläre ich für befangen, ebenfalls Herrn Dr. Bröcker.

VL Dr. Schattke: Das ist Herr Alwes.

Friis: Ist von Ihnen kein Wortbeitrag gekommen?

VL Dr. Schattke: Herr Alwes hat nur das Wort "Ja" gesagt. Da ist es etwas schwierig.

Friis: Also Herrn Dr. Schmanz erkläre ich für befangen. Außerdem folgende Herren: Herrn Knoll vom Ministerium für?

VL Dr. Schattke: Herr Knoll ist nicht Angehöriger des Ministeriums, Herr Knoll ist Sachverständiger.

Friis: Aufgrund seiner gestrigen Referate. Insbesondere erkläre ich für befangen Herrn Dr. Wirth aufgrund der eben vorgetragenen Sachen zum sogenannten Katastrophenschutz, die, wenn man sie genau betrachtet, ebenso schizophren sind wie die, die Herr Dr. Hawickhorst vorher vorgebracht hat.

VL Dr. Schattke: Das wär's? - Herr Friis, der eben gestellte Befangenheitsantrag gegen mehrere Teilnehmer des Erörterungstermins wird als unzulässig abgewiesen.

1. Soweit der Befangenheitsantrag sich auf die Personen bezieht, die Angehörige von Unternehmen sind wie zum Beispiel Herr Dr. Schmanz oder Herr Alwes, der Angehöriger der NWK ist, ist der Antrag unzulässig, weil diese Herren nicht Mitarbeiter oder Beamte oder Angestellte einer Behörde sind, sondern eines freien Unternehmens sind. Befangenheitsanträge gegen Unternehmen können nicht gestellt werden, sondern immer nur gegen Behördenmitarbeiter, die in einem Verwaltungsverfahren mitwirken und dort Entscheidungen zu fällen haben.

Soweit der Befangenheitsantrag gegen Herrn Dr. Wirth gestellt wird, ist auch dieser Befangenheitsantrag mindestens unbegründet, wenn nicht sogar unzulässig. Ich lasse offen, ob er unzulässig oder unbegründet ist; denn was Herr

Dr. Wirth getan hat, ist lediglich, daß er eine Stellungnahme zu den Einwendungen zur Katastrophenschutzplanung vorgetragen hat. Seine Äußerungen waren sachlich und lassen keinen Grund erkennen, daß er in irgendeiner Weise parteiisch sein Amt als Beamter ausführen könnte. - Bitte schön!

Friis: Jetzt kommt gleichzeitig etwas zur Geschäftsordnung und zu dem sogenannten Thema von vorhin. Ich möchte das, was ich jetzt zum sogenannten Thema sage, als Zusatz zu diesem Antrag in bezug auf Herrn Dr. Wirth verstanden wissen und aufgrund Ihrer eben gemachten Entscheidung im letzten Teil, der also wertend zu dem Vortrag von Herrn Dr. Wirth Stellung nimmt, auch auf Sie **beziehen**, Herr Dr. Schattke.

Jetzt geht es los.

VL Dr. Schattke: Ja, bitte schön, Sie haben das Wort.

Friis: Ich fange allerdings mit Herrn Hawickhorst an, der sich auf Entscheidungen von höchsten deutschen Gerichten bezog; das hat Herr Dr. Wirth auch getan. Blättern Sie vielleicht nach. Die Sache vom 7. Senat in Lüneburg --

VL Dr. Schattke: Entschuldigen Sie, Herr Friis. Geschäftsordnungsanträge gehen immer vor. Sie haben selbst von diesem Recht immer ausgiebig Gebrauch gemacht. Herr Dr. Schmanz möchte einen Geschäftsordnungsantrag stellen. - Bitte schön, Herr Dr. Schmanz, Sie haben das Wort.

Dr. Schmanz (NWK): Ich beantrage, Herrn Friis das Wort zu entziehen, da er ständig mit gleicher Begründung seine Anträge hier stellt, obwohl er darauf hingewiesen ist, daß er gegen Angehörige der Antragsteller sowieso keinen Befangenheitsantrag stellen kann. Das wäre das gleiche, als wenn ich gegenüber Herrn Friis einen Befangenheitsantrag stellte. Herr Friis ist mehrfach darauf hingewiesen worden,

daß das nicht geht, und zieht hier nur die Debatte in die Länge und stellt den geordneten Ablauf des Erörterungstermins in Frage. Ich beantrage, Herrn Friis das Wort zu entziehen.

VL Dr. Schattke: Der Fairneß halber muß ich zu diesem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Schmanz Herrn Friis das Wort geben. Herr Friis, möchten Sie darauf etwas erwidern? - Bitte schön!

Friis: Ich halte diesen Antrag für absolut unzutreffend. Sie sehen, es ist hier nur einer, der aus der Gegend in seiner Anwesenheit einspricht gegen das, was hier gemacht wird. Sie wollen diesem Menschen nicht die Möglichkeit geben, daß er, in welcher Art immer, seinen Protest gegen ein unsagbares Unrecht, das nicht nur etwa ihm allein zugefügt wird, sondern auch den Menschen, die hier wohnen, ausdrücken kann. Das würde bedeuten, daß ich nicht reden dürfte.

Ich sage jetzt zur Sache, zu Seite 118 meines Einspruchs --

VL Dr. Schattke: Entschuldigen Sie, Herr Friis. Ich muß Geschäftsordnungsanträge erst einmal bescheiden. Ich bitte um Verständnis dafür. Ich überlege ein bißchen und unterbreche deshalb kurz die Verhandlung. - Aufgrund des von Herrn Dr. Schmanz (NWK) vorgetragenen Geschäftsordnungsantrages entziehe ich Herrn Friis das Wort, soweit es um Geschäftsordnungsbeiträge geht.

Begründung: Herr Friis hat im Laufe dieses Vormittags mehrfach immer wieder Geschäftsordnungsbeiträge vorgebracht, die sich sinngemäß, wenn auch mit teilweise unterschiedlichen Formulierungen, wiederholten. Die ständige Wiederholung von Geschäftsordnungsbeiträgen und Geschäftsordnungsanträgen, die sich sehr stark ähneln oder oft sogar gleichen, ist rechtsmißbräuchlich, da dies offensichtlich nur dazu dient, das Verfahren zu verschleppen.

Aber ich weise den Antrag von Herrn Dr. Schmanz zurück, soweit es darum geht, Herrn Friis etwa auch das Wort zu Sachbeiträgen zu entziehen. Deshalb hat Herr Friis das Wort zu Sachbeiträgen nach wie vor.

Herr Friis, Sie dürfen sachlich Stellung nehmen.

Friis: Ich hoffe, daß Sie jetzt auch noch eine Ausnahme darin machen, daß etwa diese Zeit auf fünf Minuten begrenzt sein soll, obwohl Sie wissen, daß ich sieben Jahre schriftlich - mündlich noch länger - an meinem Einspruch gegen die Atomspaltanlage Brokdorf arbeite und für diese Arbeit allein von meinem Lohn weit über 6000, 7000 DM ausgegeben habe. Ich hoffe, daß Sie Verständnis haben, weil es sich nicht nur um mich und meine Wenigkeit drehte, sondern in diesen Schriften, die ich nicht einfach so losgeschrieben habe, sondern die sich geschichtlich entwickelt haben, wenn die Geschichte auch nicht länger als sieben, acht Jahre dauert -- Ich hoffe, daß ich Gelegenheit habe, darüber ausführlich zu sprechen und vorzutragen, so daß auch Zeitungen das in der Öffentlichkeit bringen können und daß nicht nur da steht, daß hier nur ein Einwender war und daß die alle rausgegangen sind, sondern daß so etwas auch einmal hineinkommt, weil es nicht nur zu diesem speziellen Thema, sondern zur Sache im allgemeinen sehr viel und vielleicht das allermeiste zu sagen gibt.

VL Dr. Schattke: Sie beantragen also eine Verlängerung der Redezeit, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Friis. Ist das richtig?

Friis: Ich halte sie für selbstverständlich.

VL Dr. Schattke: Eine Aufhebung der Redezeitbegrenzung oder eine Verlängerung der Redezeit, was wünschen Sie?

Friis: Verlängerung! Beliebig lange!

VL Dr. Schattke: Herr Dr. Hawickhorst, Sie hatten sich dazu gemeldet. Sie wollten etwas dazu sagen. Bitte schön! - Sie ziehen zurück. - Herr Dr. Schmanz hat sich dazu noch gemeldet. Bitte schön, Herr Dr. Schmanz, Sie haben das Wort zu diesem Antrag.

Dr. Schmanz (NWK): Herr Verhandlungsleiter, ich wollte nicht zu diesem Antrag das Wort nehmen, sondern zu meinem letzten Antrag, und richtigstellen, daß es keineswegs meine Absicht war, Herrn Friis das Wort entziehen zu lassen, soweit er zur Sache spricht. Das habe ich nicht beantragt.

VL Dr. Schattke: Gut, dann habe ich Sie mißverstanden. Es bleibt bei meiner Entscheidung: Geschäftsordnungsbeiträge nicht, aber zur Sache darf er reden.

Dr. Schmanz (NWK): Dessen ungeachtet bitte ich die Verhandlungsleitung, darauf zu achten, daß Herr Friis auch zur Sache spricht.

VL Dr. Schattke: Ja, selbstverständlich. - Herr Dr. Hawickhorst, Sie hatten auch noch etwas dazu zu bemerken?

Dr. Hawickhorst (KWU): Ich bitte darum, die Verhandlung um fünf Minuten zu unterbrechen. Wir möchten uns eben beraten. Herr Friis hat den Antrag gestellt - so verstehen wir das -, zu seinem Kerneinspruch im Zusammenhang vorzutragen zu dürfen. Wir möchten gern uns einige Minuten beraten, ob man dem nicht stattgeben sollte.

VL Dr. Schattke: Da ich gestern auch auf Wunsch von Herrn Friis Verhandlungspausen eingelegt habe, gewähre ich auch jetzt eine Verhandlungspause, und zwar in der beantragten Länge von fünf Minuten.

(Unterbrechung von 12.30 bis 12.36 Uhr)

VL Dr. Schattke: Meine Damen und Herren, die fünf Minuten sind abgelaufen. Wir setzen die Erörterung fort.

Wir haben von der Verhandlungsleitung die Verhandlungspause auch genutzt, um kurz über das weitere Vorgehen zu beraten. Wir sind der Meinung, daß wir wie folgt verfahren sollten; das lege ich dementsprechend auch so fest. Ich will dazu aber ein paar Vorbemerkungen machen. Wir wissen, daß die Katastrophenschutzplanung für Herrn Friis eine sehr bedeutsame Angelegenheit ist. Er hat es eben gerade auch noch einmal betont. Wir wissen, daß er sich jahrelang zu diesem Thema häufig geäußert hat und auch dazu entsprechende Einwendungen immer wieder vorgetragen hat, so daß wir sehen, daß für Herrn Friis dies ein sehr bedeutungsvolles Thema ist. Dementsprechend muß die Redezeit anders aufgeteilt werden. Daher werden wir jetzt wie folgt verfahren.

Herr Gördes liest jetzt alle Einwendungen zum Thema Katastrophenschutzplanung insgesamt vor. Dann werden die Behördenvertreter dazu Stellung nehmen. Dann, Herr Friis, haben Sie Gelegenheit, wie Sie es eben gewünscht haben, zusammenhängend zu all diesen Themen vorzutragen. Sie bekommen eine Redezeit von einer Stunde.

(Friis: Zur Geschäftsordnung!)

- Zu Geschäftsordnungsbeiträgen habe ich Ihnen vorhin das Wort entzogen.

(Friis: Es handelt sich nur um die Mittagspause!)

- Zur Mittagspause, ja! Das ist ein neuer Gesichtspunkt.

Friis: Wollen Sie eine Mittagspause machen?

VL Dr. Schattke: Wir wollen jetzt weitermachen.

(Friis: Es ist doch an sich jetzt Mittagszeit. Wir sind doch jetzt schon drei Tage hier. Es ist schon halb eins!)

- Es ist halbein Uhr. Aber --

(Friis: Die Sonne scheint, es ist Mittagszeit, und ich möchte etwas essen!)

- Nein, im Informationsblatt haben wir auch nur geschrieben: "etwa 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr".

(Friis: Um 13.00 Uhr hört bei einem Arbeitnehmer schon die Arbeitszeit auf!)

- Wir machen keine Mittagspause. Wir haben heute auch erst relativ spät angefangen. Wir haben erst um 10.00 Uhr oder etwas nach 10.00 Uhr angefangen, und dementsprechend ist es nicht erforderlich, eine Mittagspause zu machen, sondern wir fahren so fort, wie eben verkündet worden ist.

(Friis: Aus welchem Grund eine Stunde? Können Sie das einmal erklären?)

- Um Ihrem Wunsch entgegenzukommen. Deswegen habe ich die Redezeitbegrenzung von fünf Minuten in Ihrem Sinne aufgehoben, weil ich weiß, daß die Katastrophenschutzplanung für Sie ein sehr wichtiges Thema ist. Deshalb bekommen Sie eine Stunde Redezeit.

Friis: Dabei haben Sie nur übersehen, daß das keineswegs nur für mich so bedeutsam ist, sondern daß gerade der Sinn meines ganzen Einspruchs darin liegt, daß es nicht nur für mich allein, sondern auch für meine Mitmenschen - das habe ich auch sehr oft gesagt -, für meine Mittiere sozusagen und Mitpflanzen, also alles, was auf der Erde lebt, tatsächlich geschrieben ist. Deswegen ist es nicht für mich allein. Und eine Stunde empfinde ich als etwas wenig, wenn ich alles beachten will. Alles kann ich sowieso nicht beachten. Aber ich müßte schon bis heute abend um 23.00 Uhr reden.

VL Dr. Schattke: Nein, das ist entschieden, Herr Friis. Das ist rechtsmißbräuchlich.

Friis: Das ist zu kurz. Ich müßte morgen wieder von vorn anfangen; denn Sie haben ja noch gar nichts begriffen, gar nichts.

VL Dr. Schattke: Ja, das mag aus Ihrer Sicht ja so sein. Aber wenn jemand von zirka 12.45 Uhr bis 23.00 Uhr, über 8 oder 9 Stunden lang -

Friis: Das sind 40 DIN A4-Seiten.

VL Dr. Schattke: - zu einem Thema reden will, dann ist das ganz eindeutig rechtsmißbräuchlich. Das ist nicht machbar.

Friis: Nein, nein, das betrifft alle Menschen, alle Tiere, alle Pflanzen - -

VL Dr. Schattke: Das ist nicht machbar. Herr Friis, Sie haben die Entscheidung gehört. Es bleibt bei dieser Entscheidung. Sie können ja daraus später irgendwelche Rechte herleiten. Aber zunächst einmal wird so vorgegangen.

Herr Gördes, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie jetzt sämtliche Einwendungen, auch die vorhin bereits vorgetragenen Einwendungen zur Katastrophenschutzplanung noch einmal im Zusammenhang vortragen würden und dann doch auch die vorformulierten, damit wir jetzt insgesamt zur Katastrophenschutzplanung eine Gesamtschau auch anhand der Gesamtzahl der Einwendungen bekommen. Herr Gördes bitte sehr.

Friis: Kommt danach die Mittagspause?

Gördes (SOZ): "Katastrophenschutzpläne könnten die Katastrophe nicht verhindern, sie würden nur einen scheinbaren Schutz bieten."

"Versorgungsmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung während der risikoreichen Inbetriebnahmephase seien nicht angegeben."

"In **Brokdorf** fehlten Schutzbauten gegen radioaktive Verseuchung."

"Es bestünden keine erprobten Katastrophenschutzpläne."

"Eine Evakuierung mit privaten Verkehrsmitteln sei wirkungsvoller als eine Evakuierung mittels bereitgestellten Bussen."

"Katastrophenschutzpläne würden in den Haushalten nicht sichtbar aushängen."

"Die Vorhaltung der in der Broschüre 'Notfallschutzmaßnahmen in der Umgebung von kerntechnischen Anlagen' der Landesregierung genannten Geräte, Nahrungs- und Futtermittel müsse vom Betreiber des KBR finanziert werden."

"Es sei nicht geklärt, in welchem Krankenhaus im Katastrophenfall Hilfe geleistet werde."

"In Anbetracht der hohen Bevölkerungszahl (z. B. in Richtung Itzehoe 50.000 Menschen) könne die ärztliche Versorgung im Katastrophenfall nicht sichergestellt werden."

"Die medizinische Aufklärung bezüglich der evtl. Gesundheitsschädigung im Katastrophenfall sei unzulänglich."

"Es gebe keinen Schutz für schilddrüsenkranke Menschen."

"Aufgrund organisatorischer Schwierigkeiten könne im Katastrophenschutzfall die Ausgabe von Jodtabletten nicht rechtzeitig erfolgen."

"Der Katastrophenabwehrstab könne die Reaktorfernüberwachung nicht selbst interpretieren. Er sei auf Anweisung bzw. Entsendung eines Experten aus Kiel angewiesen und damit nicht rechtzeitig handlungsfähig."

Damit sind alle Einwendungen zur Katastrophenschutzplanung vorgelesen worden.

VL Dr. Schattke: Danke sehr, Herr Gördes. Wer möchte von der Behördenseite dazu Stellung nehmen, weil es sich hauptsächlich um Aufgaben der Behörden handelt? Aus diesem Grunde möchte ich zunächst das Wort der Behördenseite geben. - Herr Dr. Wirth vom Sozialministerium, bitte sehr.

Dr. Wirth (SOZ): Zu den ersten drei Fragen habe ich bereits vor der Verhandlungsunterbrechung Stellung genommen. Ich möchte deswegen mit dem zuletzt genannten Punkt fortfahren, der sich darauf bezog, daß der Katastrophenabwehrstab die Reaktorfernüberwachung nicht selbst interpretieren könne und insoweit auf die Entsendung eines Experten aus Kiel angewiesen sei. Ich möchte dazu einige kurze Ausführungen grundsätzlicher Art zur Organisation der Katastrophenabwehr in Schleswig-Holstein machen, damit hier ein etwa besseres Verständnis geweckt wird. Nach dem Gesetz über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein sind unter anderem die Minister im Rahmen ihrer Geschäftsbereiche oberste Katastrophenschutzbehörden und die Landräte oder die Bürgermeister der kreisfreien Städte als Kreisordnungsbehörden untere Katastrophenschutzbehörden. In diesem Gesetz ist ebenfalls geregelt, daß die untere Katastrophenschutzbehörde, also die Landräte in unserem Fall, die einheitliche Lenkung der Abwehrmaßnahmen einschließlich des Einsatzes der im Katastrophenschutz mitwirkenden Einheiten und Einrichtungen wahrnimmt. Unbeschadet der ebenfalls geregelten Möglichkeiten, daß die oberste Katastrophenschutzbehörde die einheitliche Lenkung der Katastrophenabwehrmaßnahmen übernehmen kann, erfolgt in jedem Fall im Zusammenhang mit Vorkommnissen in kerntechnischen Anlagen die fachliche Beratung der Katastrophenschutzbehörde durch die Aufsichtsbehörde.

In Schleswig-Holstein haben wir deshalb zur bestmöglichen Gewährleistung der fachtechnischen Unterstützung der Katastrophenschutzbehörde eine Organisation geschaffen, die ich im wesentlichen wie folgt charakterisieren möchte: Zur Beratung der im Regelfall für die Abwehrmaßnahmen zuständigen unteren Katastrophenschutzbehörde werden in die dort zu bildende Katastrophenschutzleitung ein Verbindungsmann des Betreibers der Anlage sowie ein Sachverständiger der Aufsichtsbehörde integriert. Im Sozialministerium, also bei der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde wird aus eigenen Fachleuten sowie aus einem ausgewählten Personalkreis aus der Nähe befindlicher Gutachterorganisationen ein

Arbeitsstab gebildet, der die Belange der fachtechnischen Beratung im Zusammenhang mit der Katastrophenabwehr erfüllen kann. Dieser Personenkreis nutzt gemeinsam alle zur Verfügung stehenden Einrichtungen, zu denen auch das KFÜ gehört, hinsichtlich der Informationsgewinnung und des Informationsaustausches und stellt somit die größtmögliche Effizienz, insbesondere eine schnelle und verlässliche Schadensfeststellung und -einschätzung sicher. Die Anordnung und Durchführung von Maßnahmen selbst obliegt dann wieder dem zuständigen Katastrophenabwehrleiter beziehungsweise der Katastrophenschutzleitung. Die untere Katastrophenschutzbehörde verfügt genauso wie die atomrechtliche Aufsichtsbehörde über eigene Kernreaktorfernüberwachungsanschlüsse und sie ist damit in der Lage, sich mit Hilfe von einfachen Kommandos direkt und verzögerungsfrei Informationen über die aktuellen Emissionsdaten sowie über die aktuellen Immissionsdaten in der Umgebung der Anlage zu verschaffen. Weiterhin hat die untere Katastrophenschutzbehörde die Möglichkeit, die Ergebnisse der automatisch ablaufenden Kurzzeitausbreitungsrechnungen auf der Basis von aktuellen Emissions- und Immissionsdaten auf ihrem Terminal zu erreichen, so daß alle für die Feststellung der bislang eingetretenen Schäden erforderlichen Informationen in einfacher und verständlicher Form für die direkte Weiterverarbeitung zur Verfügung stehen.

Auch die Fachleute in der Aufsichtsbehörde, verstärkt durch den von mir vorhin genannten externen Beraterstab, haben einen Terminalanschluß und können ebenfalls die gleichen Informationen abrufen. Darüber hinaus können aber hier auch im Rahmen der nicht automatisch ablaufenden Programmteile Kurzzeitausbreitungsrechnungen durchgeführt werden, so daß im Zusammenhang mit diesen Rechnungen auch Prognoseaussagen in bezug auf den zukünftigen Ablauf möglich sind. Diese Besonderheiten wie zum Beispiel die Prognoserechnung werden in der Arbeitsgruppe von diesen Fachleuten durchgeführt, überprüft und bewertet. Wenn sie sich für den weiteren Verlauf der Katastrophenabwehr als wesentlich erweisen, werden sie sofort ohne zeitlichen Verzug direkt an die Terminalanschlüsse der unteren Katastrophenschutzbehörde zur Verfügung gestellt.

Ich möchte jetzt Herrn Renk bitten, als Vertreter des Kreises Steinburg doch einige Worte dazu zu sagen, wie dieses Konzept

dann in der Praxis umgesetzt wird und abläuft.

Friis: Ist das der Landrat?

Renk (IZ): Ich bin als Vertreter des Kreises Steinburg anwesend.

VL Dr. Schattke: Bitte sehr, Herr Renk vom Kreis Steinburg. Es ist nicht der Landrat persönlich, aber der Vertreter des Kreises

Friis: Als Vertreter des Landrats?

VL Dr. Schattke: Auch als Vertreter des Landrats; in diesem Fall nicht als Vertreter, sondern als Beauftragter des Landrats. Ist das richtig?

Renk (IZ): Das ist richtig, jawohl.

VL Dr. Schattke: Bitte, Herr Renk, Sie haben das Wort.

Renk (IZ): Zu der Möglichkeit, dieses Reaktorfernüberwachungsgerät zu interpretieren, möchte ich einmal zu der Praxis im Kreis Steinburg etwas sagen; "zur Praxis" jetzt bezogen darauf, wie wir es in Form von Übungen handhaben. Ich kann das also nicht praktisch sagen, wenn ich von einem kerntechnischen Unfall rede.

Bei einem kerntechnischen Unfall werden der Kreis als untere Katastrophenschutzbehörde und die atomrechtliche Aufsichtsbehörde, bei der eine ständige Rufbereitschaft besteht, sofort vom Betreiber der Anlage alarmiert. Gemäß Sonderkatastrophenabwehrkalender kerntechnischer Unfall tritt dann unverzüglich die Katastrophenschutzleitung des Kreises zusammen. Der Katastrophenschutzleitung gehören Personen an, die in der Lage sind, die im KFÜ enthaltenen Informationen selbst zu interpretieren und erste Aussagen über die Gefährdungslage und zum Beispiel zur Steuerung der Erkundungstrupps Reaktor zu machen. Daneben sind Mitarbeiter des Kreises in der Bedienung des KFÜ geschult und in der Lage, die direkten Informationen aus dem KFÜ, die keiner besonderen Interpretation bedürfen, abzufragen.

Nach unserer Meinung sind alle notwendigen Schritte unternommen, um eine unverzügliche Auswertung der KFÜ-Daten zu erreichen und wirksame Katastrophenabwehrmaßnahmen einzuleiten. Von der gleichzeitig alarmierten Aufsichtsbehörde wird sofort ein geeigneter Strahlenschutzfachberater zur Katastrophenschutzleitung delegiert, der gemeinsam mit dem vom Betreiber zu entsendenden Verbindungsmann die Katastrophenschutzleitung fachlich unterstützt. Zusätzlich ist dazu zu sagen, daß vom Eintritt einer Katastrophe in diesem Falle außerdem eine ständige fernmündliche Verbindung besteht.

Dr. Wirth (SOZ): Ich darf jetzt gleich fortfahren, und zwar mit der Fragestellung, daß keine erprobten Katastrophenschutzpläne bestünden. Hierzu ist zu sagen, daß Katastrophenabwehrpläne so, wie sie für kerntechnische Anlagen entwickelt werden, also die sogenannten Sonderkatastrophenabwehrkalender kerntechnischer Unfall, durchaus geübt und erprobt werden. Wir haben bei uns im Land in den vergangenen Jahren 2 Übungen durchgeführt, eine Stabsrahmenübung im Jahre 1982 und eine Übung Notfallstation im Jahre 1984 in dem Kreis Herzogtum Lauenburg. Diese Übungserfahrungen, genauso wie die Übungserfahrungen in anderen Bundesländern - und da gibt es eine ganze Reihe -, werden bei der obersten Katastrophenschutzbehörde ausgewertet, und die Ergebnisse, einschließlich der Übungsberichte, werden den unteren Katastrophenschutzbehörden zur Verfügung gestellt, um auf diese Art und Weise Eingang und Berücksichtigung in der jeweiligen Planung zu finden. Darüber hinaus verfügen die Kreise aber auch auf anderen Gebieten über Erfahrungen, über die jetzt vielleicht ebenfalls wieder Herr Renk einige Ausführungen machen sollte.

Renk (IZ): Unsere Erfahrungen, die wir mit den vorliegenden Katastrophenschutzplänen haben, beziehen sich insbesondere auf die Maßnahmen, die wir im Rahmen der schweren Sturmfluten ergreifen mußten. Die letzte sehr große Jahrhundertsturmflut von 1976 darf ich in diesem Zusammenhang erwähnen sowie **die Schneenotlage**, die wir hier in Schleswig-Holstein besonders in unserem Kreisgebiet sehr stark gespürt haben. Wir haben jede Gelegenheit genutzt, auch überregionale Übungsmaßnahmen anhand des Katastrophenschutzplanes, der beim Kreis besteht, durchzuziehen. Das betrifft insbesondere Einsatz und Lenkung der Einsatzeinheiten, die Alarmierungswege. Wir müssen hier also - das kann ich nur voll bestätigen - sagen, daß die bei uns bestehenden Katastrophenschutz-

pläne - und das ist ja nicht nur der Sonderkalender kerntechnischer Unfall, sondern wir haben verschiedene Pläne - durchaus erprobt sind und sich bewährt haben.

VL Dr. Schattke: Weitere Wortmeldungen von der Behördenseite?
- Herr Renk, bitte sehr.

Renk (IZ): Ich könnte dann gleich noch im Rahmen dieses Katastrophenplanes etwas zu der Evakuierung sagen; das wäre der Punkt 8.2.11. Wir sind genau wie die Einwender der Auffassung, daß eine Evakuierung mit privaten Verkehrsmitteln wirkungsvoller ist als eine Evakuierung mittels bereitgestellter Busse. Das ist auch in unserer Planung so vollauf vorgesehen. Wenn dazu aufgerufen wird, ein bestimmtes Gebiet zu räumen, geht unsere Aufforderung in erster Linie dahin: Verlassen Sie bitte das Gebiet mit Ihren Ihnen zur Verfügung stehenden Fahrzeugen; benachrichtigen Sie Ihre Nachbarn und nehmen Sie Personen mit, die keine Fahrmöglichkeiten haben. Die Vorsorgemaßnahmen, die wir zu treffen haben, ist doch selbstverständlich für die Leute gedacht, die keine Fahrmöglichkeit haben. Aus dem Grunde - so müssen wir sagen - ist dieser Personenkreis - er ist sicherlich in der Anzahl sehr viel kleiner, als er im allgemeinen angegeben wird - von uns zu befördern.

Wenn hier weiterhin in dem Punkt 8.2.3 angebracht wird, daß die Katastrophenschutzpläne in den Haushalten nicht sichtbar aushängen würden, dann kann ich hierzu eindeutig sagen: Es ist auch nicht beabsichtigt, die Katastrophenschutzpläne in den Haushalten auszuhängen. Das begründe ich auch. Katastrophenschutzpläne sind Dienstanweisungen für die Mitglieder der Katastrophenschutzleitung und enthalten daher im wesentlichen behördeninterne Informationen, die für eine wirksame Katastrophenabwehr erforderlich sind. Mit Zustimmung der Innenministerkonferenz vom 27. Juni 1980 wird jedoch der für die Bevölkerung wesentliche Maßnahmenteil bei der zuständigen unteren Katastrophenschutzbehörde, das heißt beim Landrat, offengelegt und kann dort von jedem Bürger eingesehen werden. Darüber hinaus hat die Landesregierung die Bevölkerung mit der Broschüre "Selbsthilfe und Vorsorge - ein Ratgeber für Not- und Unglücksfälle" darüber informiert, welche persönliche Vorsorge für den betroffenen Bürger, unabhängig von staatlichen Maßnahmen, möglich und sinnvoll ist.

Dr. Wirth (SOZ): In Einwendungen wird darauf eingegangen, daß nach dieser eben von Herrn Renk zitierten Broschüre Geräte, Nahrungs- und Futtermittel vorgehalten werden sollten und daß diese vom Betreiber des Kernkraftwerkes Brokdorf zu finanzieren seien. Dazu ist auszuführen, daß alle in dieser Broschüre genannten Vorsorgemaßnahmen im privaten Bereich, die durchaus zumutbar sind, ja nicht nur und ausschließlich für den kerntechnischen Unfall gedacht sind oder auch erforderlich sind. Es handelt sich hier also ganz eindeutig um Vorsorgemaßnahmen, die für alle denkbaren allgemeinen Notfall-Lagen, in die die Bevölkerung oder eine größere Gruppe der Bevölkerung hineinkommen kann, sinnvoll und hilfreich sind. Eine Finanzierung durch das Kernkraftwerk Brokdorf ist schon deshalb nicht möglich, weil - wie eingangs dargelegt wurde - der Betreiber bereits im Rahmen der Errichtung die erforderlichen Schutzmaßnahmen zur Verhinderung von kerntechnischen Unfällen zu ergreifen hatte und daß nicht der Katastrophenschutz oder die Katastrophenabwehr ein Instrument zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung darstellen.

Ich möchte nun zu einem anderen angesprochenen Komplex überleiten, der sich im wesentlichen mit der medizinischen Versorgung befaßt. Es wird eingewandt, daß nicht geklärt sei, in welchen Krankenhäusern im Katastrophenfall Hilfe geleistet werden könnte. Dazu ist zunächst einmal grundsätzlich festzustellen, daß die medizinische Versorgung im Katastrophenfall sichergestellt werden kann. Unfälle in Kernkraftwerken, bei denen Menschen außerhalb der Reaktoranlage durch Strahlung so getroffen wurden, daß eine Behandlung in einem Krankenhaus oder in Krankenhäusern erforderlich wurden, sind in der Bundesrepublik und auch in der übrigen westlichen Welt bisher nicht aufgetreten. Auch bei einem sehr schweren Unfall ist nach den Ergebnissen von Risikostudien - ich beziehe mich da nicht allein auf die deutsche Risikostudie - davon auszugehen, daß die Strahlenbelastung der Bevölkerung in der Umgebung so ist, daß die Mehrzahl der betroffenen Personen nach einer Dekontamination in einer im Rahmen des Katastrophenschutzes vorgesehenen Notfallstation ambulant behandelt werden kann. Auch die Strahlenverletzten, die wegen einer höheren Strahlenbelastung zu einer stationären Beobachtung und Behandlung geführt werden müßten, werden dekontaminiert, so daß bezüglich der räumlichen Unterbringung keine besonderen Vorkehrungen getroffen werden müssen. Diese Patienten können in der Regel auf Normal-

pflegestationen untergebracht werden. Eine Gefährdung des Personals - gemeint ist das Krankenhauspersonal - durch Kontamination ist nicht zu befürchten. Die gleichen Voraussetzungen für Erwachsene gelten hier ebenso wie für Kinder.

In Schleswig-Holstein stehen zur Behandlung eine Reihe von Krankenhäusern zur Verfügung, deren einzelne Aufzählung in diesem Rahmen vielleicht zu weit führen würde. Hierzu darf ich allerdings auf eine Landtagsdrucksache verweisen, in der dies im einzelnen geschehen ist. Daneben stehen für die Behandlung von hochstrahlenbelasteten Personen 330 Intensivbetten im Lande Schleswig-Holstein zur Verfügung. Entscheidend jedoch ist die Bettenkapazität auf Bundesebene. Auch diese reicht aus; auch schon deshalb, weil Strahlenerkrankungen nicht unbedingt sofort nach einer Strahlenexposition - wie jeder Mediziner weiß - behandelt werden müssen, sondern weil bekanntlich ein Zeitraum zwischen Exposition und spezieller Behandlung zur Verfügung steht. Schon deshalb ist die Entfernung zu Krankenhäusern aus medizinischer Sicht von untergeordneter Bedeutung.

Es wird in diesem Zusammenhang weiter ausgeführt, daß in Anbetracht der hohen Bevölkerungszahl, die in der Umgebung der Anlage des Kernkraftwerkes Brokdorf lebt, eine ärztliche Versorgung nicht sichergestellt werden könne. Hierzu gilt an und für sich das, was ich eingangs eben auch schon sagte, daß nämlich die Bevölkerung aufgrund von anderen Vorsorgemaßnahmen nur in einem sehr geringen Umfang mit höheren Strahlenbelastungen zu rechnen hat, daß durch Evakuierungsmaßnahmen und ähnliche Dinge dafür Sorge getragen werden soll, daß es in einem solchen Fall erst gar nicht zu der Notwendigkeit einer medizinischen Versorgung kommt. Im Übrigen sind die in der Einwendung angegebenen Zahlen durchaus zu hoch. Ich habe mir dazu die Aufstellung aus dem Sonderkatastrophenabwehrkalender des Kreises Steinburg herausgezogen, und es ist festzustellen, daß in der Zentralzone und in den Sektoren der Mittelzone, die überhaupt nur im Rahmen einer solchen Planung entsprechend den Rahmenempfehlungen zu berücksichtigen sind, erheblich weniger Personen leben. In der Zentralzone leben zirka 900 Einwohner, und selbst im bevölkerungsreichsten Sektor - das ist der Sektor VII, der die Stadt Glückstadt umfaßt - leben etwa 12 000 Personen.

Ich komme zu einem weiteren Punkt. --

Friis: Ist Herr Wirth Mediziner?

Dr. Wirth (SOZ): Ich bin nicht Mediziner, darf ich gleich darauf antworten, Herr Friis. Ich habe vielleicht versäumt, hier in meinen Ausführungen darauf hinzuweisen, daß meine Stellungnahme hier auf der Grundlage entsprechender Mitteilungen unserer Gesundheitsabteilung basiert.

Friis: Im Innenministerium?

Dr. Wirth (SOZ): Im Sozialministerium.

Ich komme zur Frage der medizinischen Aufklärung über eventuelle Gesundheitsschäden. Hierzu ist zunächst einmal zu sagen, daß bezüglich der medizinischen Aufklärung natürlich die Ärzte angesprochen sind. Mir liegt ebenfalls von der Gesundheitsabteilung eine Aufstellung vor, aus der hervorgeht, daß insbesondere bereits in den Jahren 1975 bis 1980 eine Reihe von Veranstaltungen gerade in diesem Raum hier gelaufen sind, und zwar im wesentlichen Veranstaltungen des Ärztevereins, aber auch vom Kreisgesundheitsamt veranstaltete Fortbildungsmaßnahmen, die allesamt das Thema "Notfallschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen" hatten. Sie sind damals hier durchgeführt worden auch für die Inbetriebnahme von Brunsbüttel. Daran hat sich bis heute grundsätzlich nichts geändert.

Darüber hinaus sind zwischenzeitlich weitere Veranstaltungen auch auf Landesebene durchgeführt worden sowie auf Bundesebene. Daneben gibt es - auch dies ist den Ärzten an die Hand gegeben worden - eine ganze Reihe von deutschsprachigen Veröffentlichungen zum Thema "Versorgung und Behandlung bei Strahlenunfällen". Ich möchte die hier jetzt nicht im einzelnen alle auflisten, aber es sind - wie sie mir hier im Moment vorliegen - circa 12 einschlägige Veröffentlichungen, herausgegeben von der Landesärztekammer, von der Bundesärztekammer und von Fachleuten aus nuklearmedizinischen Kliniken.

Jetzt bleibt noch einiges zu dem Thema "Schutz für schilddrüsen-erkrankte Personen" zu sagen. Da wird eingewandt, daß es keinen

Schutz für schilddrüsenkranke Menschen gibt. Angesprochen wird da offensichtlich die Möglichkeit der Prophylaxe mit den sogenannten Kaliumjodid-Tabletten. Hierzu ist zu sagen, daß es eine Reihe von Merkblättern gibt, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen. Es gibt das Merkblatt, das vom Bundesminister des Inneren veröffentlicht wurde, das ebenfalls Gegenstand der vorhin genannten Fortbildungsveranstaltungen mit war. Ich erwähne hier eigentlich stellvertretend nur das Merkblatt C; es handelt sich dabei um eine Arztinformation. Ich zitiere daraus wörtlich: "Kontraindikationen gegen die Jodblockade der Schilddrüse: In der Literatur gelegentlich genannt, jedoch unbegründete Kontraindikationen sind Herzinsuffizienz und die verschiedenen Formen der Tuberkulose. Auch Schwangerschaft und Stillzeit sowie Hyperthyreosen und Thyreotiden werden genannt, stellen jedoch keine Kontraindikationen dar."

Soviel vielleicht dazu. Selbst bei diesen befürchteten Problemen bei schilddrüsenerkrankten Personen werden den Ärzten Anweisungen oder Hinweise gegeben, wie hier eine entsprechende Behandlung vorzunehmen ist.

Ich komme zum letzten Punkt, und zwar der Abhebung auf die organisatorischen Schwierigkeiten, die im Katastrophenfall mit der Ausgabe von Jodtabletten verbunden sein können. Es ist bekannt, daß wir hier in Schleswig-Holstein die Jodtabletten nicht zuvor oder zu dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme eines Kernkraftwerkes an die Bevölkerung verteilt haben. Die hier im Lande Schleswig-Holstein für derartige Fälle vorhandenen Jodtabletten werden dezentral bei den Landräten beziehungsweise bei den Bürgermeistern der kreisfreien Städte gelagert und können so in sehr kurzer Zeit der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Bei einer zu frühen Verteilung der Jodtabletten wäre die Möglichkeit einer gewissen mißbräuchlichen Anwendung gegeben und Personen, die vielleicht vor fünf Jahren ihre Tabletten bekommen haben, stünden diese im Notfall unter Umständen gar nicht mehr zur Verfügung.

Die Ablaufzeiten bei einem kerntechnischen Unfall sind auch nach der Risikostudie normalerweise derart gestaltet, daß eine rechtzeitige Verteilung nach Auslösung des Katastrophenfalles durchaus gewährleistet werden kann. Vielleicht kann Herr Renk noch einige ergänzende Sätze dazu sagen, wie das auf der Kreisebene gehandhabt wird.

Renk (IZ): Vielleicht nur einen Satz: Wir haben in unserer Planung vorgesehen, daß wir eine dezentrale Lagerung der Jodtabletten vornehmen. Es ist auch vorgesehen, daß aus dieser dezentralen Lagerstätte verbracht wird, wenn der Einwohner keine Möglichkeit hat, diese dezentrale Lagerstätte anzulaufen.

Dr. Wirth (SOZ): Ja, damit wären wir aus unserer Sicht am Ende.

VL Dr. Schattke: Ich bedanke mich bei den Herren Dr. Wirth und Renk. - Herr Friis, jetzt haben Sie insgesamt eine Stunde Gelegenheit, zur Katastrophenschutzplanung vorzutragen. Sie haben das Wort, Herr Friis.

Friis: Vorher zur Geschäftsordnung! Ich wundere mich, daß Herr Dr. Wirth als Nicht-Arzt - das gehört nicht zur Stunde - hier über diese Dinge, auch ärztliche, zum ersten Mal am dritten Tag des Erörterungstermins um 13.00 Uhr beim letzten Punkt etwas erzählt und kein Professor der Medizin aus Kiel oder Hamburg hier erscheint.

Aus diesem Grunde möchte ich diesen Vortrag von Herrn Dr. Wirth - speziell aus diesem Grund, aber auch aus den anderen Gründen, die Herr Renk unterstützt hat - für befangen erklären, weil es einfach für jeden Zuhörer, der hier wohnt, einleuchtend ist, daß das Blödsinn ist. Sowohl Herrn Dr. Wirth als auch Herrn Renk erkläre ich für befangen, denn wir wissen ja hier, daß,

wenn ein Schmelzunfall oder dergleichen schnell passiert, die Menschen auch mit dem eigenen Auto nicht fortkommen. Wir wissen, daß es keine Hilfe ist, wenn sie Jodtabletten bekommen, weil das nur eine sehr spezifische Hilfe bei den vielen Radionukliden wäre. Wir wissen außerdem, daß es gar nicht möglich ist, sie in der Zeit zu verteilen, weil wir auch wissen, daß sich keine Menschen dafür bereitfinden, weil sie selbst in der größten Gefahr sind. Außerdem wissen wir, daß die Betten nichts nützen, wenn uns genau bekannt ist, daß kein einziger Arzt einem wirklich Atomkranken helfen kann. Das wissen wir bereits seit 1945; wir wissen um die Krankenhäuser um Hiroshima. Wir haben davon gelesen und gehört und glauben auch nicht, daß weder Herr Wirth selbst noch Herr Renk selbst so dumm sind, das zu glauben, was sie uns hier nicht etwa vortragen, sondern nur vorgelesen haben, wobei sie sogar noch Schwierigkeiten mit den medizinischen Ausdrücken hatten. Die beiden Herren sind befangen, und ich stelle den Antrag auf Befangenheit von Herrn Wirth und von Herrn Renk.

VL Dr. Schattke: Danke schön, Herr Friis. Wir haben den Antrag zur Kenntnis genommen. Ich werde über den Antrag dann entscheiden, wenn Entscheidungsbedarf besteht. Zur Zeit sehe ich keinen Entscheidungsbedarf, da die beiden Herren sich bisher nicht weiter zu Wort gemeldet haben. Wenn sich einer der Herren zu Wort meldet, werde ich vorher über Ihren Befangenheitsantrag zu entscheiden haben.

Sie haben jetzt das Wort für Ihre einstündige Rede zur Katastrophenschutzplanung. Bitte schön, Herr Friis!

Friis: Es fängt noch nicht an. Im übrigen möchte ich erfahren, wie es kommt, daß Herr Hawickhorst und die anderen Herren nicht hier sind, wie es kommt, daß Herr Hawickhorst mich in der Pause, die Sie ihm zur Beratung gegeben haben, fragte, ob ich einverstanden sei, daß erst die Einwendungen, also die

Sachen, die man Einwendungen nennt, behördlicherseits vorge-
tragen würden und dann erst ich dran käme, und daß Sie als Ver-
handlungsleiter so verfahren sind. Das ist doch ein deut-
liches Zeichen - ich muß es dafür nehmen, oder es wäre ein
sehr seltsamer Zufall -, daß Sie von Ihrer Ordnung abgehen,
wo Sie mir vorhin gesagt hatten, daß ich nach Herrn Hawick-
horst und noch jemandem, die ein kurzes Referat gehalten
hatten - der zweite ist mir jetzt entfallen -, das Wort
hätte. Plötzlich war es so, daß Herr Wirth das Wort hatte.
Er gab es abwechselnd an Herrn Renk herüber. Es kam die
Menge dessen, die mir seit sieben Jahren bekannt ist, einige
wenige Sachen auch nicht. Sie waren leider nicht öffentlich.
Das gehörte hier wirklich in die Öffentlichkeit, was die
beiden Herren erzählen, damit die Öffentlichkeit auch weiß,
wie sie betrogen wird.

Aus diesem Grunde erkläre ich Sie, Herr Dr. Schattke, wiederum
und zum letzten Mal für befangen. Das gehört noch nicht zur
Stunde.

VL Dr. Schattke: Möchten Sie dazu etwas sagen, weil Sie zum
Mikrofon gingen? - Nein.

Der Befangenheitsantrag gegen mich wird von mir als unzu-
lässig abgelehnt.

Gründe: Er ist rechtsmißbräuchlich. Zum wiederholten Male
wird wiederum nur ein Befangenheitsantrag deshalb gestellt,
weil ich eine Verfahrensentscheidung getroffen habe, die nach
der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung ausdrücklich vorge-
sehen ist und außerdem sogar weitestgehend den Wünschen des
Einwenders Friis entgegengekommen ist, nämlich ihm eine län-
gere Redezeit zu gewähren.

Friis: Ich muß noch ergänzen, daß Sie den ersten Vortrag von
Herrn Dr. Wirth als sachlich bezeichnet haben, obwohl es je-
dem Menschen klar ist, daß dieser Vortrag nicht sachlich war.
Das ist noch ergänzend an diesen Antrag anzufügen.

VL Dr. Schattke: Es ist mein gutes Recht, in einer Entscheidung zu einem Befangenheitsantrag, den Sie, Herr Friis, gegen Herrn Dr. Wirth gestellt haben, zu formulieren, ob jemand sachlich oder unsachlich Stellung genommen hat; denn der Grund für eine Besorgnis der Befangenheit könnte allenfalls dann existieren, wenn jemand zu einem Sachthema unsachlich und unsachgemäß Stellung nimmt. Deshalb mußte ich zu dieser Sachfrage, ob die Stellungnahme sachlich oder nicht sachlich war, eine Bewertung vornehmen. Das alles geschah in einer Entscheidung zu Ihrem Befangenheitsantrag gegen Herrn Dr. Wirth. Insofern ist das nicht zu beanstanden.

Friis: Wann beginnt die Stunde?

VL Dr. Schattke: Wenn Sie endlich zum Sachthema kommen, dann beginnt die Stunde jetzt. Sie haben das Wort, Herr Friis.

Friis: Es wäre mir am liebsten, fünf Minuten zu schweigen, und zwar in großer Enttäuschung darüber, daß Menschen, die meinen, nicht nur für das Leben der Menschen hier, sondern für alles, was hier in diesem **Land** lebt, verantwortlich zeichnen zu können, solche Dinge vorlesen und mit ihrer Person bestätigen wollen. Das ist eben geschehen. Da ich aber sehe, daß Sie mich nur eine Stunde reden lassen wollen, empfehle ich Ihnen und auch den Menschen, die an diese Dinge herankommen können, nachzulesen, was ich in der Turnhalle von Geesthacht am 22. und 23. März 1983 nicht etwa nur zum Thema Katastrophenschutz, sondern eben zum Thema Leben **ohne** Atomkatastrophe gesprochen habe. Gleichzeitig möchte ich diese Menschen auch bitten, ein niedersächsisches Regierungsschreiben anzufordern, aus dem hervorgeht, was ich in Hitzacker in dem Hotel oben am Elbhang zum gleichen Thema an mehreren Tagen im dortigen sogenannten Erörterungstermin gesagt habe.

Nun möchte ich anfangen. In dem Jahr, das vor dem ersten Brief liegt, gab es eine öffentliche Gerichtsverhandlung in Lüneburg.

Das war im November 1978. Es war zufällig der 16. November. Es war einige Tage vor diesem Gericht in einem Saal, in den allerdings die Sonne schien. Ich glaube, es war auch kein einziges lebendes Wesen außer Menschen. Aber man sah doch Bäume und Gras. Hier sieht man nicht einmal eine Blume. Hier sieht man kein Tier. Dort war ich wegen des Tages an einen Menschen erinnert, der sich in Hamburg das Leben genommen hat. Dieser Mensch hat viele Dinge, die ich in diesen Tagen sehr laienhaft, aber manchmal doch sehr treffend und vielleicht sehr viel treffender als die sogenannten Sachbearbeiter und Ministeriumsvertreter hier vorgetragen haben, nicht nur gesagt, sondern auch in sehr klarer Form aufgeschrieben. Dieser Mensch hatte sich gerade vor einem Jahr das Leben genommen, wie gesagt, es war Hartmut Gründler, auf den ich neulich auch kam, als ich über diese **widerliche** Informationsschrift gesprochen habe, die hier den Leuten, nicht etwa allen Leuten, gegeben wurde, nur den Leuten, die so kühn waren, eine Postkarte hinzuschreiben, und die sich nicht gescheut haben, wenn sie hereingingen, eine Nummer zu bekommen oder mit dem Namen aufgeschrieben zu werden. Im Zusammenhang mit dieser Schrift habe ich das neulich gesagt.

Hartmut Gründler hat in einer dieser Schriften auch gesagt, daß die ganze Atomgeschichte sofort zusammenfallen würde - das ist frei zitiert -, daß man sofort anfangen müßte, das Atomwerk Brokdorf abubrechen, wenn jeder Mensch informiert würde, wirklich informiert würde und nicht desinformiert würde, wie es geschieht und wie es leider auch durch Regierungsvertreter wie Herrn Dr. Wirth geschieht, der hier nicht ehrlich zugibt, daß es keine ärztliche Hilfe im wahren Sinne für Menschen gibt, die durch ein schweres Atomunglück - das ist das falsche Wort -, durch ein schweres Atomverbrechen, wie es eben eines ist, wenn in Brokdorf der große Unfall passiert, der über dem sogenannten Auslegungsunfall liegt, zu Schaden kommen. Denn dann sieht es mit uns genauso aus, wie man das bei Derflinger nachlesen kann, einem von

drei Pastoren, die dicht bei Hiroshima 1945 das furchtbare Ereignis miterlebten. Er hat das genau aufgezeichnet. Einer seiner Kollegen ist noch 1982 in der Nähe von Frankfurt gestorben. Ich kann mich vielleicht im Namen irren. Ich weiß den Verlag des Buches nicht; es ist ein Taschenbuch.

Er hat auch wie andere über die Menschen geschrieben, die nicht gleich tot waren. Hier sprechen wir in der sogenannten Kernphysik von Soforttoten. Ich tue es nicht, aber jetzt nenne ich diesen Begriff auch. Außerdem wird von Spätersterbenden gesprochen. In Japan hatten sie "hibakusha" gesagt. Leider kann ich es nicht genau übersetzen. Vielleicht kann einer von den Sachverständigen das. Es sind nicht mehr viele Sachverständige da. Jedenfalls, das sind diese Menschen, die so schwer getroffen sind, daß sie jeden Tag mit Verzweiflung aufstehen. Sie werden ihr ganzes Leben nicht von der Bombe loskommen, genau - jetzt mache ich scheinbar einen Sprung - wie die Menschen in Harrisburg. Ich empfehle Ihnen doch sehr, das Buch "Die Frauen von Harrisburg" zu lesen, denn da steht es geschrieben, daß sie sich wehren werden bis zum letzten. Ich wünschte, daß es hier nicht anders wäre. Ich wünschte es auch aufgrund dessen, was ich nach dem Vortrag diesem Gericht ein Jahr später zur Erinnerung an Hartmut Gründler, einem Freund nicht eigentlich - - Ein Freund faßte es so auf und sagte mir, ich hätte da eine sehr gute Rede gehalten. Da erfuhr ich nachher - Sie wissen, bei einer öffentlichen Sitzung kann man erwarten, daß ein Protokoll gemacht wird - - Ich las das Protokoll nach. In diesem Protokoll stand: Tonband gelöscht, nicht übertragen. Was steht hier, wenn ich hier das Informationsblatt der Ministerin lese, wo das Grundgesetz nicht angeführt ist, nicht der Artikel, daß jeder Menschen frei vortragen muß und daß er nicht behindert wird, wo das Recht auf eigenes Leben, auf Unversehrtheit steht. Das Grundgesetz ist insofern natürlich mangelhaft, weil es nicht diese Dinge berücksichtigt. Wir leben ja seit 1945 in einer anderen Zeit, was viele noch nicht richtig wissen. Der Atombomben-Fall hat eine andere Zeit

erzeugt. Es ist möglich, daß die Menschheit untergeht. Es ist in einem Sinne möglich, daß einfach alles weg ist. Praktisch sind die Toten mit untergegangen. Die Zukunft ist mit untergegangen. Das hat mit Atomanlagen auch etwas zu tun. Dieses Grundgesetz ist insofern etwas unvollständig, aber nicht einmal darauf nimmt das Blatt der Ministerin Rücksicht. Es stößt gar nicht an das Grundgesetz. Es kommt gar nicht darauf zu sprechen, die Desinformationsschrift auch nicht. Es steht aber doch darin, daß ein Tonband aufgenommen wird. Es steht aber dann darin, daß das Tonband gelöscht wird. Ich verbitte mir das; denn ich weiß, daß ich auch im Sinne der Menschen sonst, die hier wohnen, spreche. Das weiß ich deshalb, weil ich vom ersten Tage an nicht eigentlich nur in meinem Interesse geschrieben habe, sondern im Interesse des Lebens, das um mich herum war. Das hängt damit zusammen, daß ich Gärtner bin, vielleicht einfach, daß ich auf dem Dorf geboren bin, daß meine Eltern kein eigenes Haus hatten, aber einen großen Garten, daß mein Vater ein großer Blumenfreund war, meine Mutter auch, und daß ich sehr oft in diesem Garten war, nicht nur um gerade zu arbeiten, aber ich sah dann die schönen Dinge. Ich freue mich hier in Wacken auch, wenn ich die Malve blühen sehe. Mich betrübt, wenn an einem Haus zwar eine schöne Windmühle steht - -

VL Dr. Schattke: Herr Friis, ich darf Sie mal ganz kurz unterbrechen.

(Friis: Sie haben gesagt, ich hätte eine Stunde!)

- Moment! Ich möchte Sie nur unterbrechen und Sie darauf hinweisen, daß Sie bisher nicht zum Sachthema Katastrophenschutz vorgetragen haben, sondern allgemeine Gesichtspunkte erwähnt haben.

(Friis: Sie irren sich!)

Sie nehmen sich selbst die Gelegenheit weg, zu Ihrem wichtigen Thema Katastrophenschutz vorzutragen, wenn Sie nur andere Gesichtspunkte erwähnen. Ich wollte Sie nur darauf hinweisen.

Friis: Sie irren sich. Sagen Sie mir lieber, wie viele Minuten ich jetzt gesprochen habe.

VL Dr. Schattke: Sie haben insgesamt neun Minuten gesprochen.

Friis: Das geht ja noch. - Vielleicht kann man auch einmal schweigen und das alles überlegen, was in drei Tagen gesprochen worden ist. Vielleicht haben wir das große Glück, daß hier so gute Stenographen sind, daß sie sogar die schnelle Rede des Herrn Dr. Hawickhorst säuberlich mitgeschrieben haben und ganz genau geschrieben haben, und daß wir erwarten dürfen, daß die Beamten des Ministeriums dafür sorgen, daß uns kein Wort entgeht, auch nicht diejenigen, die von dieser Seite kamen. Allerdings können nicht alle mitkommen, weil am ersten Tage hier sehr viel Empörung in genauer Weise geäußert wurde, die von mehreren Menschen gleichzeitig aufzunehmen selbst der beste Stenograph nicht schaffen kann.

Mein Buch, das sich innerhalb dieser Jahre entwickelt hat, beginnt mit der Basisinformation Stade und nicht etwa mit Steinburg, um damit anzufangen. Diese Basisinformation ist mir zuerst gar nicht bekannt geworden; denn wie immer, wie auch hier, wurden die Hefte nicht im weiteren Umkreis verteilt. Kein Hamburger hat sie gesehen. Aber seltsamerweise kamen kleine Notizen in die Zeitung, in Pinneberg auch ein winziger Abschnitt. Diesen Abschnitt habe ich, weil ich in dieser Woche etwas Besonderes erlebt hatte, sehr genau gelesen. Ich war nämlich zu Hause gewesen, und zu Hause war etwas geschehen, was noch nie in der Natur geschehen war: Es lagen Schneedünen auf vier Meter Höhe. Die Leute konnten nicht heraus. Es kam ein Hubschrauber ins Dorf. Es geschah dies und jenes. Es geschah vor allen Dingen, daß es keinen Strom gab. Das ist nun keine Reklame für Atomspaltanlagen, sondern es ist eine schlichte Erzählung, wie meine alte Mutter, die 80 Jahre war, und ich dann ohne Strom uns beholfen haben. Wir haben uns dick angezogen. Mutter hat die Kerzen gesucht. Wir haben uns in einen Raum zurückgezogen. Es ging eine ganze Weile. Es ging bis Neujahr. Dann mußten wir zum Nachbarn. Der nahm uns aber gern auf. Er hatte noch einen alten Ofen. Es gibt auch noch diese Möglichkeit, mit Kohle oder mit Holz, das im Garten abfällt, zu heizen. Das ist dann auch eine Art Alternativenergie, die hier allerdings sehr kurz zur Sprache kommt.

Aber immerhin kam dann diese Nachricht in der Zeitung. Es wurde später auch auf diese Sache, die ich eben erzählt habe, in einer sehr merkwürdigen Weise hingewiesen, die auch eben gerade wieder zur Sprache kam. Ich möchte aber zuerst auf diese Basisinformation doch kommen, die ich schließlich bekam, nachdem ich mich nämlich aufgrund der Zeitungsmeldung direkt an den Herrn in Buxtehude gewandt hatte, der diese Nachricht nach Zeitungsmeldung herausgegeben hatte. Da stand das drin, was zum Teil der Herr Dr. Wirth und zum Teil der Herr Renk hier erzählt haben, nämlich daß da Jodtabletten zu bekommen seien, wenn in Stade etwas geschehe, daß man in den Keller gehen müsse. Vom Fenster- und Türeenschließen habe ich weder von Herrn Renk noch von Herrn Dr. Wirth etwas gehört, auch daß die Leute sich in den Keller begeben sollen. Ich habe allerdings von Herrn Wirth mehrmals gehört, daß die Leute evakuiert werden sollen. Dieses Wort "Evakuieren" hat mich gereizt, weil ich als Junge, wie ich gestern schon erzählte, im Krieg war und auch sozusagen evakuiert wurde. Ich mußte nämlich vor den Tommies weglaufen. Da wurde man dann jeden Tag evakuiert. Man ging zu Fuß 20 km weiter. Man legte sich, wenn man Glück hatte, in einen Schweine- oder Kuhstall, sonst auf ein gefrorenes Feld. Man hatte als Kissen einen Stahlhelm.

Wenn diese Leute hier evakuiert werden - das sagen die beiden Herren -, haben sie es natürlich besser. Wahrscheinlich geht es dann nicht so schnell wie bei uns. Ich lief 600 km, manchmal auch kreuz und quer, alles zu Fuß und mit Gepäck. Aber ich bin froh, daß ich mit dem Leben davongekommen bin. Ich bin sehr froh, daß ich nicht habe gezielt auf Menschen schießen müssen, obwohl mehrmals auf mich geschossen wurde. - Da war also die Sache mit dem Leben und dem Strom. Da habe ich eben gemerkt, als geschossen wurde, daß das Leben doch wohl das Wichtigste ist; denn an sich wollte ich ganz gern leben. An einem der ersten Tage sah ich, wie ein Mensch erschossen war. Er lag im Graben. Ich muß es hier erzählen. Ich sah auch,

wie ein Pferd erschossen war. Deswegen vielleicht meine Liebe zu den Tieren; die hatte ich aber schon immer. Aber mein Schreck, daß ein Tier ermordet war, und zwar von einem Tiefflieger! Man hat hier auf mich geschossen. Das ist wirklich schlimm, wenn man so ein erschossenes Tier sieht und wenn man weglaufen muß, wenn man Angst hat.

Als ich nun nach so vielen Jahren diese Zeitungsmeldung sah, doch vorher schon erlebt hatte, wie die Menschen in Brokdorf behandelt wurden, da habe ich Herzklopfen bekommen. Das habe ich hier auch in dem Brief an meinen Amtsvorsteher geschildert. In der Gemeinde habe ich wegen der Sachen, die Herr Wirth vorgetragen hat, sechs Jahre lang gefragt, wie die Vertreter das dort wohl machen wollen, daß sie die Gemeinde vor diesem eventuell eintretenden Atomunfall schützen. Weil man so merkwürdig antwortete - so in der Art: Das ist Ihre Sache -, habe ich immer sehr genau zurückgeschrieben. Das läßt sich sehr genau nachlesen. Ich kann es hier in der kurzen Zeit leider nicht berichten. Aber unter anderem habe ich dann ihnen einen Offenen Brief geschrieben. In ihm steht, wie das beim erstenmal in Brokdorf war. Ich erzähle es aber vielleicht besser frei. Aber dann kommt es nicht ganz so hin. - Ich muß mal eben sehen; wir haben ja Zeit. -

Das Land Schleswig-Holstein an mich; da habe ich eine Antwort bekommen. Der erste Herr hat mir ja nicht geantwortet. Ich habe am ersten Tag die Freude gehabt, als Herr Dr. Backheuer Verhandlungsleiter war, die ich noch nie hatte - das muß ich sagen, obwohl ich Herrn Dr. Backheuer natürlich auch für befangen erkläre, jetzt auch noch -, daß mir gestattet wurde, Ihnen diesen Brief, obwohl es nicht öffentlich ist, doch vorzulesen. Ich kann diesen Brief, wenn ich hier hinausgehe, öffentlich verteilen, weil es ein Offener Brief ist und ihn bei einer Zeitung hinterlegt habe. Ursprünglich hatte ich das ja gar nicht vor.

Weil dieser Herr mir nicht geantwortet hatte, bin ich in die nächste Stadt gegangen. Ich habe dann natürlich an den Wind gedacht, weniger an die in der Informations-schrift abgebildete Windrose. Ich habe gedacht, das kommt von Westen; das muß dann zu uns hinkommen. Dann habe ich nach Pinneberg geschrieben, und zwar an sich dasselbe. Das fiel mir so ein. Ich habe mir gedacht, warum sollst Du etwas soviel anderes schreiben. Das war genau dasselbe. Ich mußte ja nur die Orte ändern. Das war nicht nur eine Plansache, sondern das ist ja in der Tat so: Wenn die Sache eintritt von einem anderen Zentrum aus und in gleicher Entfernung, sind natürlich andere Orte betroffen. So habe ich dann den zweiten Brief -- Es war der allererste, es stimmt doch. Es war ein Leserbrief in Pinneberg. Nein, ein Offener Brief -- Ja, ein Leserbrief in Pinneberg, dann ein Offener Brief in Stade und dann ein Offener Brief in Pinneberg, und der kam in die Zeitung. Dieser Brief hat denselben Inhalt wie das, was ich, allerdings von Herrn Dr. Backheuer einmal unterbrochen, am ersten Tage vorgelesen habe und was viele Menschen in dieser Gegend kennen. Es ist nämlich in Zeitungen veröffentlicht worden, und zwar vor sechs Jahren. Aber mancher behält ja doch, wenn ihn wirklich etwas interessiert, etwas über sechs Jahre, nicht nur, daß, na ja, sechs Jahre entsorgt wird. Er behält es doch einmal, wenn es besonders interessant ist. So haben manche auch behalten, was dieser Herr aus Pinneberg geantwortet hat. Das war zunächst der Leitende Kreisdirektor. Den hatte ich angeschrieben, weil er die Abteilung hat. Das wird so eine Art unterer Behörde sein, untere Schutzbehörde, oder wie es da hieß. In Wirklichkeit sieht es ja anders aus. Er hat mir geantwortet; die Antwort erschien mit seiner Einwilligung auch in der Zeitung. Da stand es so. An mich hieß es am 1. Februar 1979 - wir sind jetzt also beim Anfang angekommen - auf mein Schreiben vom 14. Januar: Das Land Schleswig-Holstein beziehungsweise die vier reaktorgefährdeten Kreise - dazu gehört nach Ansicht der Ministerien auch Steinburg - sind zur Zeit dabei, ein Merkblatt ähnlich wie im Kreis Steinburg zu erarbeiten. Sehen Sie, das war 1979.

Da war Brokdorf schon im Gange. Da waren die Demonstrationen zum Teil gewesen. - Ein solches Merkblatt wird an alle Haushalte im 10-km-Bereich um das KKW Stade verteilt werden. So stand es amtlich. Die Verteilung der Merkblätter zum jetzigen Zeitpunkt ist mit Sicherheit nicht auf eine sich stark erhöhende Gefahr durch das Atomkraftwerk zurückzuführen.

Dann habe ich den zweiten Offenen Brief geschrieben, der auch veröffentlicht wurde. Es waren viermal 60 Zeilen, daran würde ich ungefähr eine halbe Stunde lesen. Er ist äußerst interessant. Man hat die Güte gehabt, ihn bis an den Punkt zu veröffentlichen, wo eigentlich die Hauptsache gesagt ist, was mich sehr gefreut hat. Dann hat man mich hinausgeworfen. Am nächsten Tage kam der Innenminister der Bundesrepublik nach Pinneberg, und am übernächsten Tag erschien nicht mehr der fünfte Teil dieses Briefes, sondern erschien ein Artikel des Innenministers der Bundesrepublik, wie gut die Kernenergie sei.

Diese Merkblätter - ich fahre fort - werden bis heute nicht verteilt. Das war am 9. September 1979. Jetzt bin ich schon in der Zeit weiter. Handelt es sich nun neun Monate später in dem mit gleichen Worten bezeichneten Plan - Katastrophenschutzsonderplan Kerntechnischer Unfall, wie der Herr eben sagte, ein schöner Begriff; wer behält es wohl? - um denselben oder ist ein neuer, aus dem zugrunde liegenden, immer noch nicht veröffentlichten 350 Seiten starken Katastrophenschutzplan zu Stade, Brunsbüttel, Geesthacht, Krümmel - und Brokdorf; das müssen wir beifügen, das habe ich 1979 in Klammern geschrieben - durch den Herrn Innenminister unseres Landes - das war damals Herr Barschel, wenn ich mich nicht irre - mehr auf die sprachliche Fassung oder ausschließlich auf den Inhalt? War derselbe Herr Innenminister unter anderem in Brokdorf mitverantwortlich - das war also der heutige Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, wenn ich nicht irre -

war dieser selbige Herr Innenminister unter anderem in Brokdorf mitverantwortlich - siehe Polizeibericht - für den Flächenabwurf von Tränengas und Nebelbomben aus Hubschraubern auf Demonstranten weit außerhalb der abgeäunten Wiesen? Kann man sich behördlicherseits, nachdem damals Bürger und Bürgerzusammenschlüsse harte Bestrafung und seinen sofortigen Rücktritt forderten, noch auf seine Zuständigkeit diesbezüglich verlassen? Wer nimmt die laufende letzte Überarbeitung für einen Druck vor? - Das ist die erste Seite dieses Briefes, nur einmal so auszugsweise. Sie sehen, damals hat mich das schon sehr beschäftigt. Das ist nicht eigentlich - das merken Sie auch - der Katastrophenschutz, sondern dieses Erlebnis einer ungeheueren Macht, die zum erstenmal - das muß ich ehrlich sagen -, als das mit den Nebelbomben geschah, auf die Menschen, eben nicht nur Männer, die recht lustig auf etwas losgehen, vielleicht als junge Leute oder so, lustig auch wieder nicht, die als junge Leute total sehen, was da mit ihnen gemacht werden soll. Sie sehen, daß Ihre Gegend verschandelt wird, auf deutsch. Sie sehen das als eine ungeheuerere Gefahr, die niemand ermessen kann. Die jungen Leute wagen vielleicht einmal etwas. Die sagen: Das können wir nicht dulden. Da wollen wir wirklich versuchen, mit unseren Kräften das zu verhindern. Wir reißen diesen Zaun durch. Wir gehen hinein. Wir besetzen das. Das war ja schon einmal geschehen. Das war ja schon einmal in Wyhl geschehen. Da war auch Hartmut Gründler dabei. Er war allerdings ein Mann, der Gandhi nachstrebte. Er ist aber auch mit hinaufgegangen.

Das war so, was mich bewegte, diese Gewalt, weil ich wußte um die Atomsache. Es war eines der größten Erlebnisse für mich, kurz nach dem Kriege zu hören, daß in Japan eine Atombombe gefallen sei. Sie wissen selbst, daß die Nachrichten dann im September gesperrt worden sind. Ich habe in der Zeit wenig erfahren. Die eigentlichen Nachrichten haben mich sehr viel später erreicht, und zwar hauptsächlich durch das Buch von Robert Jungk. Sie wissen, daß dieser

Mann auch nicht gutheißt, was auf dem Felde der sogenannten friedlichen Kernenergie passiert. Aus eben diesen Gründen: nicht nur weil er Professor ist, sondern weil er auch als Mensch dafür sich einsetzt, daß Menschen Menschen bleiben sollen und nicht andere Menschen in eine so furchtbare Lage bringen, wie es Herrn Dr. Wirth scheinbar gar nicht offenbar ist, wenn er hier von geringen Bevölkerungszahlen im Raum Brokdorf spricht, in der sogenannten Zentralzone, wie er es offenbar unbesehen übernimmt. 900 Menschen, wenn ich aus seinem Vortrag recht erinnere. Es ist ja nicht die Erfindung von Herrn Dr. Wirth, sondern diese Broschüre spricht auch - das werden die Leser, die dort wohnen, sicherlich bemerken - von dieser Zahl, indem sie sagt, in dem Gebiet um das Werk herum gebe es nicht so viele Menschen. Eine ganz unerhörte Sache, die eigentlich schon völlig genügt, diesen Termin als unglaubwürdig und als gänzlich unmöglich ausgewiesen zu sehen.

Man kann ja doch schlecht sagen, daß es nur 900 Menschen sind, die da mal etwas abkriegen. Das wäre aber nur die Zentralzone. Und selbst das ist ja alles verkehrt. Das habe ich auch neulich gesagt. Ich halte es auch wichtig für diese Geschichte, leben ohne Atomkatastrophe. Wenn man schon informieren will, dann müßte man wahr informieren. Dann müßte man ja diese Kreise, obwohl sie auch schrecklich viel Ähnlichkeit -- Als ich einem Laien das mal gezeigt habe von Geesthacht und ihn fragte, was das hier sei, sagte er, das ist ja eine Bombe. Ich frage: Was ist das für eine Stadt? - Ja, das war Hamburg. Das kann ja wohl nicht angehen.

Also, wenn Sie dies sehen, dann ist das durchaus so wie ein Zielobjekt auf Brokdorf. Das ist absolut inkorrekt. Denn man weiß, wenn eben das passiert, was man den Super-GAU oder den GAU nennt, also daß die Auswirkungen der Radioaktivität - wie ich vorhin schon sagte - über Hunderte von Kilometern gehen. Es ist kein schwacher Trost, nun zu sagen, Ihr seid in diesem oder jenem Kreis.

Zwischendurch möchte ich eben noch einmal ein Bild herumgehen lassen. Ich wollte es an sich gestern schon herumreichen, um es nicht ganz in Vergessenheit geraten zu lassen. Es ist aus der Zeitung der Stadt, in deren Nähe ich geboren bin und wo ich lange zur Schule ging. Man kann sagen, es hat überhaupt nichts damit zu tun, aber es hat doch etwas damit zu tun. Sie wissen, daß es Erscheinungen im Leben gibt, die man bei Lebewesen teratogene Erscheinungen nennt; Sie können durch vielerlei Dinge erzeugt werden. Ich möchte Ihnen nicht das schrecklichste Bild zeigen, aber ich möchte Ihnen ein Bild von einer Ente zeigen, die drei Beine hat. Sie ist abgebildet worden am 14. Juli 1981, also zwei Jahre nach diesen Vorgängen, in Flensburg. Es ist ein Zeichen dafür, was bei solch einem Unfall in der Tat geschehen kann und wovon der Mediziner, der nicht hier ist, nicht geredet hat und was Herr Wirth auch mit keinem Wort erwähnt hat. Herr Wirth hat auch nicht mit einem Wort das erwähnt, was geschieht, wenn eine hohe Strahlendosis - durch welche Ursache auch immer - aus diesem Werk durch Explosion oder ohne Explosion herauskommt, daß dann Nachkommen jeder lebenden Generation so - das Wort "geschädigt" ist eben falsch - entstellt und verstümmelt werden, daß es ein Schrecken ist. Nur das einzige Beispiel oder wenige Beispiele auf der Welt haben wir - bei uns Gott sei Dank noch wenige; in Italien mehr - bei fürchterlichen Chemiegiften und bei Contergan, wie Sie wissen.

VL Dr. Schattke: Sie haben weiterhin das Wort, Herr Friis. Ich wollte Sie nur darauf hinweisen, daß Sie bereits 25 Minuten gesprochen haben.

Friis: Das macht nichts. Wir haben ja Zeit, Herr Dr. Schattke. Am liebsten würde ich natürlich bis 23.00 Uhr reden. Aber aus dem Grunde, daß Sie mir - - Sie sicherlich nicht allein. Sie sind auch nur geschickt worden. Das Empfinden habe ich nach drei

Tagen deutlich. Hinter Ihnen stehen andere Menschen. Das ist die Schwierigkeit bei solchen Terminen überhaupt. Wir sind unter uns als Menschen. Wenn man hier am Tisch sitzt und hinter sich keinen sieht, kann man sogar denken, der Saal ist voll. Aber man hat es mit Menschen zu tun, und man hat im Gegensatz zu dem, was ich vorhin einmal in der Erregung gesagt habe - - Man kann sehr leicht vergessen, daß es um etwas geht, was nicht mich und Dich, was nicht Sie und mich - oder man kann es sehr leicht vergessen -, sondern was alles Leben hier betrifft. Ich habe jetzt das Tier herumgegeben. Ich müßte an sich auch eine Pflanze herumgeben, die krank ist. Eine Pflanze, die krank ist, ist auch nicht schön anzusehen. Es ist eigentlich ein großes Leid, wenn eine Pflanze krank wird.

Der Herr aus Pinneberg schrieb weiter an mich, in welchem Umfang auch Futtermittel - von denen war ja bei Herrn Dr. Wirth die Rede - im Freien und unter Folien lagern, kann Ihnen vielleicht der Kreisbauernverband beantworten. Sie sehen, von daher ist natürlich eine Empörung in mir aufgewacht. Und ich habe weiter gefragt: Jod-Tabletten - - Das war nur der Anfang. Es steht dann dort weiter: Es wird sich wohl nicht verhindern lassen, daß Tiere hungern oder sogar verenden. Stellen Sie sich das vor: Da schreibt ein Kreisdirektor. Sie werden - damit meint er mich - aber mit mir sicherlich übereinstimmen - das ist wieder die persönliche Beziehung, die hier überhaupt nicht stimmt -, daß die Sicherheit und Rettung von Menschen in jedem Fall Vorrang hat. - Sehr einfach. - Jod-Tabletten sind nur für Personen gedacht. Herr Wirth hat nur von Personen gesprochen, er hat nicht ein einziges Tier genannt. Die Verteilung - er hat auch nur selten auf die Junglebewesen zurückgegriffen - erfolgt je nach Lage des Einzelfalles, entsprechend den Planungen des Sonderplanes - Das soll ein Mensch verstehen. Ich habe natürlich nachgefragt, und ich habe vor vielen Jahren die Antwort gekriegt, daß 30 000 oder soviel Tabletten da sind. Das war eine viel zu kleine Zahl. Ich habe nachgefragt; mitunter habe ich Antworten bekommen. Inwieweit Keller mit Anschlüssen für Fernsehen und Radio und mit Öl versehen werden - danach hatte ich gefragt - bleibt der privaten Vorsorge jedes einzelnen überlassen. Jod-Tabletten stehen in ausreichender Zahl zur Verfügung. Die Tabletten dienen zur Vorbeugung gegen Gefährdung durch Radio-Jod. - Das kam ja hier etwa genauer. - Das vom Körper aufgenommene Radio-Jod kann bei mit

Kaliumjodid gesättigter Schilddrüse schnell ausgeschieden werden. Da steht "kann". Das hat mich natürlich zu neuen Fragen veranlaßt. Die Versorgung der eventuell betroffenen Bevölkerung ist durch die behördliche Planung sichergestellt. - Das ist sehr kühn. Da kann man bei Herrn Dr. Wirth eine sehr seltsame Sache hören, daß etwas nicht gewährleistet sei. Ich kann es nicht genau erinnern.

Die Mitnahme von entsprechender Kleidung und Papieren ist zeitlich möglich. - Ich hatte gefragt, ob die Leute denn so schnell fertig sein können, zu Hause so schnell packen werden. Das Wort "evakuieren" dürfte ja nun völlig fehl am Platze sein. Herr Dr. Wirth, Herr Dr. Renk, Herr Dr. Schattke, ich kann alle ihre Namen nennen; auch Herrn Dr. Hawickhorst. Herr Dr. Hawickhorst hatte einige sehr kühne Formulierungen in seinem kurzen Vortrag vorher. Es kam ja nun eine Menge dazwischen, so daß man das ungefähr vergessen kann, aber ich habe es mir aufgeschrieben. Es werden die Leute lesen, die dieses Protokoll bekommen, was Sie hier für kühne Formulierungen gebraucht haben.

Also: Das war die Sache mit dem Evakuieren. Das ist kein Evakuieren. Die Leute in **Hiroshima** sind auch nicht evakuiert worden. Sie sind geflohen. Dort allerdings manchmal ohne Haut. Sie mußten ins Wasser. Sie ertranken. Sie hatten alle großen Durst. Trotzdem sind erst große Scharen gegangen. Sie mußten nicht sehr schnell, aber sehr qualvoll sterben. Dieser letzte Punkt ist dann bei einem solchen Unfall doch nachweislich. Es ist nicht möglich, innerhalb kürzester Zeit, wenn eben dieser Unfall wirklich schnell passiert. Das ist ja durchaus möglich. Das weiß jeder, der von dem sogenannten Kernschmelzunfall einmal etwas gesehen oder gelesen hat, der weiß, wie nah' es daran gewesen ist. Dann weiß jeder, daß es nicht möglich ist, in so kurzer Zeit per Auto irgendwo hinzukommen. Es ist auch nicht möglich, der Strahlung auszuweichen, weil sie nämlich durchdringt, weil sie sehr stark ist. Sehr viele Menschen wissen nicht, daß die mechanische Menge, einen Menschen zu töten, enorm klein ist. Ich habe es nicht genau im Sinn, aber ich meine, ich habe einmal gelesen, es ist nicht mehr nötig als die mechanische Energie, einen Teelöffel voll Wasser von 0 auf 5 Grad zu erwärmen, umgesetzt in Radioenergie sozusagen, in radioaktive Strahlenenergie, um einen Menschen zu töten. Das mögen dann

600 rad oder so sein. Jetzt rechnet man das wieder mit Joule oder was weiß ich aus, so daß es am besten kein Mensch versteht. Aber es ist eine enorm geringe Menge, die einen Menschen schon tötet, und zwar sofort oder innerhalb kurzer Zeit. Was es bedeutet, über Jahre an Krebs, an Blutkrebs zu sterben, kann ich nicht ermessen. Nur, ich habe es angesehen zum Beispiel bei meiner Schwester, die an Leukämie gestorben ist. Ich habe sie viele Male besucht.

So, die Versorgung wird sichergestellt. Die Mitnahme von entsprechender Kleidung - - Das hatten wir schon. Lautsprecherwagen sind nur eine von vielen Informationsmitteln. Die Festlegung der drei Gefahrenzonen und so weiter und so fort - - Das ist zum Teil das, was wir vorhin gehört haben und ist insofern uninteressant. Nicht uninteressant, aber die Menschen wissen es hier ja, und sie glauben nicht daran. Ich habe hier gestern einigen Menschen im Dorf Zettel gezeigt, die amtlich verteilt werden. Nicht gerade dieses, wovon auch die Sprache war, nämlich den Ratgeber für Not- und Unglücksfälle, das Heft der Landesregierung Schleswig-Holstein, Nr. 43, das dann später kam und wo ich natürlich aufgefordert war zu fragen, weil es auch mit einem Vorwort des ehemaligen - nicht Bundespräsidenten -, des jetzigen Finanzministers, also des ehemaligen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein anfängt, der da schön die sogenannte Schneekatastrophe mit der ähnlich nötigen Evakuierung in solchen Fällen vergleicht. Das ist eben ein Betrug. Man kann es nicht anders als Betrug bezeichnen; denn auch das Wort Evakuierung ist ein glatter Betrug. Es kann hier vor der Öffentlichkeit nicht genannt werden; denn die Menschen werden es nicht glauben, daß dieses Wort stimmt. Sie werden es vielleicht, wenn sie ganz schlecht und flüchtig denken, es im ersten Augenblick aufnehmen. Aber was bedeutet es denn, wenn eine Gegend durch einen großen Unfall verseucht ist, die Menschen noch leben und nicht gleich ganz furchtbar krank sind, vielleicht später? Dann bedeutet es doch, daß diese Menschen schnell fortgehen müssen. Und wenn sie viel Glück haben, bekommen sie vielleicht nicht so viel Strahlung ab. Das wird wohl nur in äußerst seltenen Fällen, wenn ein Unfall nicht so verheerend ist, der Fall sein. Also, verheerend sind sie alle. Aber sie müssen weg. Und wie lange müssen sie weg? Da wird ihnen etwas vorgelogen. Sie sagen, am besten abschließen, Tiere mitnehmen. Das ist ein

schlimmer Trost. Sie kommen nicht wieder dahin. Das Land ist vergiftet, es kann noch nach Hunderten von Jahren vergiftet sein. Sie haben hier sehr spärlich oder überhaupt nicht von der unheimlichen Wirkung der Aktivierung und der schweren Radioisotope - zum Beispiel Plutonium - gesprochen. Das haben einige wenige Menschen, die sehr gründlich eingesprochen haben, erkannt. Ich erinnere nochmals an den Herrn Sauermilch. Der hat mir einmal bekanntgemacht, was er hier so eingesprochen hat. Ich habe eine Kopie bekommen. Da steht, wie langlebig auch diese Sachen sind, besonders Plutonium. Das habe ich auch getan. Gerade solche Dinge machen es doch unmöglich, daß die Menschen wieder hinkommen. Zum anderen gibt es da dann so viele Fragen, die zum Teil in meinem zweiten Brief standen und die veröffentlicht worden sind und hier nicht nur so in einer nicht-öffentlichen Versammlung bekanntgegeben werden, weil das Tonband nachher wieder gelöscht wird und ein Protokoll gemacht wird, das man sogar noch selbst anfordern muß, wenn der Verhandlungsleiter nicht so freundlich ist, es selbst zu schicken; wenigstens in diesem Fall. Also, das kann ich ja ruhig einmal vorlesen, damit Sie es in der Nichtöffentlichkeit auch erfahren, da Sie es noch niemals richtig aufgenommen haben. Den Eindruck habe ich allerdings doch.

Darin steht nun zum Beispiel: Wenn die Katastrophenpläne unter II. nur für den Dienstgebrauch da sind und nach Ihrer Angabe deswegen auch nur wenig informativ für die Öffentlichkeit sein sollen: Könnten Sie dann nicht wenigstens - - Der Herr hat vorherhin gesagt, die Katastrophenpläne lägen aus. Das stimmt ja gar nicht. Es liegt ein Bruchteil der Katastrophenpläne aus. Ich bin selbst im Keller gewesen, in dem Keller, der dicht am Bahnhof von Itzehoe liegt, wo Herr Fischer als Beamter sitzt und diese Katastrophenpläne sozusagen verwaltet. Es steht einem frei, das einzusehen. Man kann zwar dort verheerende Dinge in diesen Plänen lesen, warum die Bevölkerung nicht beunruhigt werden soll; das könnte dann Verkehrsunfälle geben. Das steht unter anderem auch auf einem Blatt. Man kann Dinge lesen, aber längst nicht alles. Es genügt zwar schon, was man da liest, aber es fehlen sogar sozusagen die interessantesten Seiten. Über die Krankheit habe ich nicht viel gesehen, über die Betten nicht viel, über die Ärzte auch nicht. Denn es müßte den beiden Herren ja - und auch dem Verhandlungsleiter und den anderen

Sachbearbeitern, die nur noch in kleiner Zahl hier sind, bekannt sein, daß die Ärzte schon am 2. Juni 1979 in großer Zahl - 600, 400, 300 waren es wohl in Hamburg - geschrieben haben, daß sie sich als Arzt nicht in der Lage sehen, das Geringste zu helfen. Allerdings war das auf Atomkatastrophen überhaupt bezogen. Aber genau das gleiche gilt für einen sogenannten schweren Super-GAU wenn man schon dieses Wort wählt. Das ist auch bekannt, und es wundert mich daher sehr und es empört mich auch - - Ich erkläre deswegen Herrn Dr. Wirth doppelt und dreifach für befangen, wenn er sagt, die ärztliche Behandlung gehe so und so vor. Da können Sie sich das Merkblatt 3 C holen. Wer in diesem Kreis hat wohl das Merkblatt 3 C? Das mal nur so nebenbei. Wieviel Minuten habe ich jetzt gesprochen, Herr Dr. Schattke?

VL Dr. Schattke: Sie haben genau 35 Minuten und 40 Sekunden gesprochen.

Friis: Das haben Sie aber genau gemessen.

VL Dr. Schattke: Sie haben weiterhin das Wort.

Friis: Ich hatte mit Punkt 2 angefangen, vom zweiten offenen Brief an den Kreisverwaltungsdirektor von Pinneberg, weil das der Anfang der Geschichte ist. Wenn die Katastrophenpläne - das hatte ich wohl schon - nur für den Dienstgebrauch da sind - das hatte ich schon! -; nur wenig informativ und so weiter. Können sie dann nicht wenigstens einem bei eventuellen Katastrophenfällen anwesenden oder nötigen (?) Atomlaienarzt - also das war vor dem ersten Brief von Hamburg, als ich das schrieb - oder Atomlaiensanitäter ausreichende Hinweise und Anleitungen für Hilfe und Hilfeleistungen geben? Wie konnte in Stade überhaupt aus einem die Öffentlichkeit angeblich wenig informativen Plan eine sehr informative, im fraglichsten Sinn, Kurzfassung hergestellt werden? Wenn zuerst Menschen gerettet werden sollen nach Alter im objektiven Sinn des gleich geheimnisvollen und wunderbaren allen Lebens allerdings auch bezweifelbarer Satzung - - Da bin ich selbst etwas skeptisch mit diesem Satz, aber ich habe ihn geschrieben. Schließt das gleichzeitige und unmittelbar nachfolgende Rettung von Tieren und Pflanzen aus? - Sehen Sie, Sie haben gleich zu Anfang mein Interesse nicht für die Atomkatastrophe,

dafür, wie die Behörden das wohl schaffen, sondern Sie haben mein Interesse für die Lebewelt, in der ich lebe. Ich lebe auf dieser Welt, ich lebe auf dieser Erde. Und auf der Erde leben Tiere, auf der Erde leben Pflanzen, und ich lebe mit ihnen, auch ohne so sehr viel Geld. Und das interessiert mich. Und wenn ich höre, daß eine Gegend evakuiert wird, dann bedeutet das in diesem Fall nicht nur meine Evakuierung; es bedeutet leider nicht die Evakuierung der Tiere und Pflanzen. Denn, Herr Dr. Wirth und Herr Renk, wie wollen Sie die Tiere und die Pflanzen aus Steinburg wegschaffen? Die Katze, die gestern abend in der Nacht an mich herankam und sich auch streicheln ließ; es war eine Hauskatze. Wo bleibt der Hund, wo bleiben die Rinder, wo bleiben die Pferde, die guten? Als ich gestern mittags an einer Wiese saß, kam das große Reitpferd, stand 300 m fort von mir, aber als ich dort ein paar Minuten gesessen hatte, ist das Pferd gekommen. Wer sitzt da wohl? - Auch die Tiere interessieren sich für Menschen. Die Pferde haben schöne Augen. Was machen Sie mit den Pferden? Pferde sind so selten geworden. Sehen Sie, das sind die Dinge. Wäre darum nicht doch von Ihnen - - In diesem Fall habe ich Herrn Schob angeschrieben, weil er verantwortlich für den Schutz der Menschen, der Tiere und der Pflanzen war. Wäre darum nicht doch von Ihnen und Ihrem Amt und nicht von mir - - Ob das nun das Unteramt oder das Oberamt ist, Herr Dr. Wirth, dafür können Sie die Leute nicht interessieren. Die Leute möchten wissen, was mit ihnen geschieht und wer ihnen wirklich hilft. Ob das das Oberamt ist oder das Unteramt, das ist total nebensächlich. Da hätten Sie sich fünf Minuten sparen können. Schließt das die gleichzeitige und unmittelbar nachfolgende Rettung von Tieren und Pflanzen aus, und wäre darum doch nicht von Ihnen und Ihrem Amt und nicht von mir zum Beispiel eine Aufstellung beim Bauernverband darüber einzuholen, welche landwirtschaftlichen Betriebe ihre Rinder und sonstigen Tiere mit hauptsächlich draußen gelagertem Futter zu ernähren beziehungsweise zu mästen pflegen? Kann hier noch von Sicherheit und Rettung in bezug auf Menschen die Rede sein, oder wäre es zutreffender, von einer Art Verstecken der Krone der Schöpfung zu sprechen? Muß einem Menschen bei dieser Ihrer tatsächlichen Aussage, Herr Schob, nicht vor seinem von Anfang an gegebenen Hege- und Pflegeauftrag angst und bange werden?

Dieselben Fragen stelle ich den Herren hier. Dieselben Fragen stelle ich den Herren in Kiel, dieselben Fragen stelle ich der kühnen Bundesregierung, die immer noch von einem preiswerten, kostengünstigen und sicheren Betrieb von Atomspaltanlagen redet; heute leider Gottes noch.

Was die Tiere bekommen, bleibt trotz Bauernverband und Jod-Tabletten für Personen offen? Bleibt die Verteilung so im tatsächlichen Fall nicht trotz Planung eine unlösbare Frage? Siehe meine zum Beispiel in Briefen an benachbarte Kreisdirektoren - jetzt kommt Steinburg - und den Hamburger Innensenator, Herrn Staak, angesprochene Situation von Menschenansammlungen in der Stadt und auf dem Land. Pfingsten in Voßloch - dorthin kamen früher sehr viele Menschen; in Voßloch wohne ich -, Fußballstadion des HSV: Wie kriegen die plötzlich ihre Jod-Tablette wenn das innerhalb kürzester Zeit geschehen muß? Es kann nämlich innerhalb einer Stunde sein, daß die Wolke schon in Hamburg ist. Was machen Sie übrigens, wenn hier jetzt mal ein kleiner Unfall in Brunsbüttel passiert, wenn wir jetzt gerade einen Großunfall in Brunsbüttel haben? Sagen Sie dann, Herr Friis, Sie haben eine Stunde Zeit, wir können jetzt hier noch sitzenbleiben, oder gehen Sie in den Keller der Wirtschaft, Herr Dr. Schattke? Es könnte ja sein, daß jetzt gerade die Sirenen in Wacken ertönen. Dieses Blatt habe ich gestern einem Wackener gegeben. Er sagte: Also, wissen Sie, so schlimm gegen Atomwerke wie Sie bin ich ja nun nicht, aber mit der Entsorgung - - Und wissen Sie, dieses Blatt brauchen Sie mir nun wirklich nicht in die Hand zu drücken. Denn das ist ja Werbung.

Was machen Sie denn, Herr Dr. Schattke? Da steht nämlich, Sie sollen dann in den Keller gehen und so. Bleiben Sie denn hier sitzen, wenn es jetzt gleich ordentlich Sirenenalarm gibt? Das heißt, genau kenne ich das auch nicht. Aber Sie werden das Alarm-signal der Sirenen ja sicherlich kennen, weil Sie ja schon viele solche Hefte verteilt haben. Das gilt ja nicht nur für Bomben, sondern das gilt ja auch, wenn nun in Brunsbüttel etwas passiert. Das würde auch gelten, wenn etwas in **Brokdorf** passierte. Würden wir dann hier diese Sitzung sofort abbrechen und dann alle im Keller verschwinden? Wo ist der Keller? Hätten wir alle etwas zu essen? Was würden Sie machen?

Wenn zuerst Menschen gerettet werden sollen - - Das hatte ich. Also, Sie sind ja jetzt nicht dran mit der Rede. Das stimmt.

Wie ist es möglich und vertretbar: Bei öffentlicher Anordnung wichtiger, vielleicht lebenswichtiger Art Radio und Fernsehen einschalten. - Sehen Sie, es klingelt schon wieder etwas. Die Anschlußmöglichkeit der Geräte der privaten Vorsorge jedes einzelnen - wohl auch der Familien und Halbfamilien - überlassen wird. Gilt das auch für den Wärmebedarf? Wenn nämlich, wie Sie schreiben, auch privat für Öfen in diesem Keller gesorgt sein soll: Ist in allen Kellern genügend Feuerung vorhanden? Falls dies auch der privaten Vorsorge überlassen bleibt: Sollen die Menschen dann, wenn der Vorrat nicht vorhanden oder verbraucht ist, und sie nicht hinausgehen dürfen, solange wie es reicht mit Möbeln heizen? Wie können Sie glaubhaft machen, daß Jod-Tabletten in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen? Wie können Sie das glaubhaft machen? Ich meine jetzt nicht nur den alten Landrat, nee, den mittelalten Kreisdirektor, sondern ich meine jeden, der dafür verantwortlich steht. Bleibt bei Vorbeugung nicht die Ungewißheit der Ausscheidung aufgenommenen Radiojodids bestehen, oder wie soll man es verstehen: Es kann bei mit Kaliumjodid gesättigter Schilddrüse schnell ausgeschieden werden? Bedeutet die im Wort "gesättigt" offenbar enthaltene Bedingung der vorzeitigen Einnahme von Kaliumjodid nicht, daß die Vorbeugung nur vielleicht geschieht und nicht die Regel ist, sogar überhaupt nicht eintritt, wenn die Tabletten nicht rechtzeitig, das heißt vorzeitig, da sind?

Nun stellen Sie sich das vor: Herr Renk hat erzählt, die Tabletten lägen zentral. Nun soll Herr Renk los und die Tabletten rechtzeitig hinbringen. Wird Herr Renk das schaffen, werden seine Mitarbeiter das schaffen? Er sagt, die Prüfungen haben sich bewährt. Das ist alles gut mit diesen Katastrophenübungen. Hat Herr Renk einmal gesehen, was im Jahre 1983 bei der sogenannten Übung in Barmstedt in der Zeitung stand? Ich habe es aufgeschrieben; es steht drin. Es steht darin, daß die Bevölkerung erst einmal überhaupt nichts erfährt. Im übrigen steht darin, na ja, man hat probiert. Da hat es also anscheinend auch noch halbwegs geklappt, und die Leute haben auch gedacht, was rennen die jetzt in diesen Schutzanzügen herum. So war es in Geesthacht. Dazu

gab es auch eine Nachricht. Da schrieben sie, es sei das erste Mal. Das mußte dann noch berichtet werden. Man war einerseits getröstet, besonders der Landrat. Der sagte auch, es sei möglich. Aber sie haben ihn dann am 20. Mai eingeladen, ein Jahr vorher oder so, und haben ihn gefragt: Wie ist es denn mit den Jod-Tabletten, wie ist es denn mit den Kellern, wie ist es denn mit diesem und jenem. Der Herr Landrat wußte keine Antwort. Was sollen wir davon halten, wenn eine untere Behörde keine Antwort weiß? Sollen wir dann meinen, daß die Oberbehörde sie weiß? Ich glaube es nicht. Ich möchte das hier auch ganz offen sagen.

Wie können Sie glaubhaft machen - - Das hatte ich. Wie geschieht die Versorgung der eventuell betroffenen Bevölkerung im eventuell abgesperrten Gefahrenbereich? Davon haben Sie überhaupt nicht gesprochen. Wenn Ihre Antwort lautet, ich habe es aber gestern getan mit dem Kanal, wo eventuell militärisch abgesichert wird, wenn laut Ihrer Antwort, die Versorgung der eventuell betroffenen Bevölkerung sei durch die behördliche Planung sichergestellt, lediglich das Betreten des abgesperrten Gebietes verboten ist, sie also nicht mehr hinein dürfen, dann kommt das Evakuieren. Was nutzt mir eine Gegend, aus der ich evakuiert bin? Sehen Sie, die armen Menschen in Ostdeutschland, aber vorher noch die armen Menschen, die aus Deutschland überhaupt evakuiert wurden, und zwar zwangsevakuieren. Wieviel Juden sind nach Amerika, wie viele haben nach England gehen müssen? Ich habe selbst Bekannte, die nach England mußten. Sie mußten ihre Heimat verlassen, selbst in Ostpreußen. Aber nachher kamen wir, und wir kamen auch millionenweise. Ich glücklicherweise nicht, aber ich habe die Menschen gesehen, die aus den Ostgebieten flüchten mußten. Ich weiß wenig davon, aber ich habe es doch gesehen und kann es vielleicht besser ermessen als andere, als andere jüngere Leute, die nicht gesehen haben, was evakuieren überhaupt bedeutet. Aber wenn sie nun nicht wieder hinein dürfen wie hier steht: Was ist das denn, das ist doch kein Evakuieren? Das ist doch vertreiben! Das ist doch Vertreibung! Wenn auch nicht aus dem Paradies, aber das ist Vertreibung aus dem Leben, das man gewohnt ist. Wer von uns mag das ermessen? Wer hat das Recht dazu, uns zu vertreiben? Wie geschieht diese Evakuierung im ganzen, wenn auf folgende Fragen keine Antwort gegeben wird. Wie begegnet man andersgearteter radioaktiver Strahlung? Niemand hier hat eine Frage beantwortet. Ist die Wirkung der Jod-Tabletten

nur speziell? Niemand hat das gesagt. Wer darf oder muß sie holen? Niemand hat es gesagt. Müssen die Menschen mit den Tieren und Pflanzen zugrunde gehen? Niemand hat Antwort gegeben. Wie müssen sie zugrunde gehen? Niemand hat etwas dazu gesagt. Für was müssen sie zugrunde gehen. - niemand kann es sagen - und durch wen? Haben Sie die Frage des Vorrats überhaupt gesehen, oder sprechen Sie dies später an? Werden Sie ebenso noch das Kapitel der Speisen und Getränke, mengen- und zeitmäßig, die Frage der Abholorte, die Frage der Wahllokale, wo das dann liegen soll, und die Verlängerungskabel ansprechen? Kann eine konkrete Zeitangabe gemacht werden beim Kellergebot, daß sie nämlich in den Keller gehen sollen, wie ich es nicht vorgeschlagen habe, aber wie es durchaus für möglich gehalten werden muß?

In meinen acht anderen offenen Briefen, die von den Redaktionen des Stader Tageblatts, des Buxtehuder Tageblattes, der Norddeutschen Rundschau - die war gestern auch hier -, der Zeit, des Winsener Anzeigers, der dpa in Hamburg - ein offener Brief an Geerds - bisher nicht publiziert worden - - Bereits 1979 war Presseschanke für mich. Man hat mich aus den Redaktionen in Pinneberg herausgeworfen und hat gesagt, das kommt nicht hinein, Sie haben Hausverbot. Das hat der Chefredakteur gesagt. Ich habe dann einen offenen Brief an diesen Chefredakteur geschrieben, ob er nicht eine Verpflichtung hätte - genau wie hier -, die Öffentlichkeit ordentlich zu informieren. Darauf bekam ich natürlich keine Antwort. Er warf den Brief vor meinen Augen in den Papierkorb. Das ist auch eine Art der Information.

Liegen Zeitnahmen für das Umziehen von Kindern vor, von Babys, Facharbeitern, Behinderten und Kranken, Ungelernten, Bahn- und Postangestellten, Seeleuten und Stauern, Bankdirektoren und Hausfrauen, Köchen, Friedhofsgärtnern und Stadtarbeitern, von Beamten aller Art und Abgeordneten, Schornsteinfegern, Segelfliegern, Gefängnisinsassen und Gefängniswärtern, Bauern - Bauern kommen eigentlich zu spät -, Pastoren, Kindergärtnerinnen und Schullehrern, Justizpersonal - das haben wir auch dabei -, Kaufleuten aller Art, Flugkapitänen und Regierungsmitgliedern und so weiter, und haben Sie schon eine interne Übung angestellt - das ist ja der Punkt -, wie schnell die Menschen ihre Papiere zusammenhaben? Sehen die Ergebnisse wirklich so aus, daß im ganzen - wie Sie schreiben - die Folgerung gezogen werden

kann, die Mitnahme von entsprechender Kleidung und Papieren ist zeitlich möglich? Wie viele Informationsmittel gibt es außer Lautsprecherwagen? Wieviel Minuten habe ich noch, Herr Schattke? Könnten Sie nochmal eben prüfen?

VL Dr. Schattke: Noch 11 Minuten.

Friis: Ja, dann müssen Sie das wohl verlängern. Ich habe ja gerade erst angefangen. Dann müssen wir das am besten bis heute abend 23.00 Uhr machen. Das wäre so richtig. Dann würden Sie einen Begriff kriegen, was da los ist.

VL Dr. Schattke: Herr Friis, Sie haben bis jetzt 49 Minuten gesprochen.

Friis: Ja, an sich breche ich nicht gern ab in dieser Sache. Es ist besser, das ganz als gar nichts halb.

VL Dr. Schattke: Sie haben das Wort, Herr Friis!

Friis: Mit welcher Größe des jeweils gefährdeten Gebiets in Quadratkilometern rechnen Sie im schlimmsten Fall? Wie viele Informationsmittel gibt es außer Lautsprecherwagen? Wie hört man die Übrigen im verschlossenen Keller? Welche sind das, und wo stehen sie zur Verfügung? Haben Sie die Anzahl und Kilometerlänge der abzufahrenden Straßen nachmessen lassen, auf den Zustand unter Berücksichtigung von Schnee, Überschwemmung, von Flutkatastrophen und so weiter, und wie hoch setzen Sie darum die Zahl der Lautsprecherwagen an? Ist beim Abfahren des Bereichs das gesamte Umland einbegriffen? Also hier müßte man Itzehoe und Wacken und Elmshorn und alles mitnehmen, was da ist; auf der anderen Seite Stade, Drochtersen. Da hat man dann gleich noch ein paar Atomwerke mehr mit; also, Brunsbüttel, das kommt alles mit rein.

Welche Personen, Polizisten und Mediziner - - Kann man erfahren, ob beim Abfahren das gesamte Umland einbegriffen wurde? Beantworten Sie bitte die Fragen über Art und Schnelligkeit sowie Strahlendurchlässigkeit der Wagen. Auch die Frage - nun kommt es welche Personen, Polizist oder Mediziner, als Fahrer eingesetzt werden sollen. Denn eigentlich muß man ja annehmen, daß das

nicht Erkundungstrupps sind - wie Herr Renk gesagt hat -, sondern daß da auch einmal ein Arzt mitkommt. Aber wenn der Arzt natürlich nichts machen kann - - Bloß, man darf es nicht verraten, Herr Renk. Also, welche Personen? Können Sie nach bestmöglicher Beantwortung dieser Fragen noch mit solcher Gewißheit von einer ausreichenden Zahl von Lautsprecherwagen schreiben? Darf man bei kreisförmiger - auch zeichnerisch; das hatten wir - Festlegung von drei Gefahrenzonen tatsächlich von einem nur technischen Hilfsmittel der Katastrophenschutzbehörden sprechen, wenn doch laut Ihren Ausführungen die konkreten Maßnahmen, die sich selbstverständlich nach der jeweiligen Gefahrenlage richten, die wiederum von der meteorologischen Situation abhängig ist - - Wenn also mit anderen Worten die eventuelle Gefahrenlage nicht nur durch Windverhältnisse, Niederschlagsmengen, Luftfeuchtigkeitsgehalt, spezifische chemische Zusammensetzung der Luft, Fremdpartikelgehalt, Sonnenscheindauer, Temperaturverhältnisse, Meeres- und Gebirgsnähe, Wolkenhöhe und Wolkenart, sondern auch durch andere meteorologische und nicht-meteorologische Gegebenheiten mitbestimmt ist, ist dann nicht sogar die kreisförmige Festlegung der Gefahrenzone insbesondere für die Katastrophenschutzbehörden wenig informativ und auch für die zu informierende Bevölkerung - in der Tat, bei hoffentlich niemals eintretender Gefahrengebung - kaum sachentsprechend, so daß gerade das Gegenteil eines Kunstgriffs und gar kein brauchbarer Wahrheitsgehalt darin gesehen werden kann? So, das ist ungefähr - -

Ergeben sich aus obigen Faktoren nicht vielmehr wieder oval-längliche Flächen als anschaulicher Begriff und folgen daraus nicht viel weiter abgesteckte Absperrungsgebiete? Heißt übrigens: "Betreten verboten" für den inneren Bezirk in solchem Fall nicht: verraten und verkauft? Macht Einschließen und Absperrern überhaupt einen bedeutenden Unterschied (- außer Entzug des Blickfeldes, schmerzlichem -), wenn der Ausweg mit Waffengewalt oder wie immer total verlegt ist? Oder meinen Sie den Unterschied eines offenen oder geschlossenen Gefängnisses, eventuell mit Hunger- und Durstfolter, für so bedeutsam halten zu dürfen? Hunger- und Durstfolterungen haben wir in Hiroshima gehabt. Es wird kein Haar anders aussehen, wenn hier der wirklich große Fall eintritt, und es nützen uns wenig die Versprechungen des Ministeriums. Warum beantworten Sie die Frage nicht, welche das Zugrundegehen von Lebewesen, insbesondere Menschen,

anspricht oder doch nur Irrlichtern wie in 3 S: Bei längerem Aufenthalt - wie lange? - in den Gebäuden oder bei Evakuierung wird sich wohl nicht immer verhindern lassen, daß Tiere hungern oder sogar verenden. - Davon hat Herr Dr. Wirth auch nicht gesprochen, Herr Schattke auch nicht; niemand von den Gutachtern.

Heißt das, daß niemand an plötzlich auftretende Krankheit, Verhungern, Verdursten, Unterkühlung oder schnellen bzw. quälend langen Tod zu denken braucht? Meinen Sie, daß die Bundesregierung, an die als zuständige Stelle in dieser Frage zu wenden Sie mir empfehlen, die Verantwortung für das laufende "Werk" Stade - und Brokdorf, und wie sie alle heißen - tragen kann, wenn der Kreis, dem Sie als Leitender Kreisverwaltungsdirektor - der ist gar nicht einmal hier, der Landrat - mit vorstehen, die als "Schutz"-Aufgaben, soweit ich sehe und wie mir auch aus Ihren Antworten und Nichtantworten bis jetzt hervorzugehen scheint, nicht übernehmen und leisten kann und es doch soll? Können Sie persönlich diesen Widerspruch menschlich aushalten? - Das frage ich auch Sie, meine Herren hier vorne. - Wie lange noch können Sie diesen Widerspruch aushalten? Wäre es nicht naheliegender, Sie und nicht ich machten im vorliegenden Fall die Bundesregierung und Herrn Kanzler Schmidt - heute Kohl - so schnell wie möglich auf die nicht erfüllbaren Forderungen und Aufgaben, welche hier offenbar zu allererst an den Katastrophen"schutz"-stab von Stade, Pinneberg, Harburg, Hamburg, Rotenburg und Steinburg sowie Lauenburg und Dithmarschen übertragen sind, aufmerksam und plädierten vor dem Forum aller Lebewesen, insbesondere aber der Menschen, in sachlich rasch belegbarer Weise für einzig vertretbare sofortige Stilllegung des unverantwortlichen Atomspalt"werks" Stade? Hier kann ich hinzufügen: Und Brokdorf einschließlich aller anderen: Brunsbüttel, Geesthacht, Krümmel, auch der Atomanlagen in Gorleben, auch der geplanten in Wackersdorf und so weiter.

Jetzt habe ich die ersten beiden Briefe behandelt. Ich habe hier 100 Briefe und erwarte, daß Sie sie der Reihe nach anhören; denn es wäre Ihre Pflicht, weil nämlich in diesen Briefen nicht etwa nur das von mir steht, sondern gerade von den Menschen, die hier wohnen -- Ich habe eine ganze Serie über die Menschen in Steinburg, wenn Sie das verheimlichen, wenn Sie das total verheimlichen, und die Zeitung, wie ich annehme, darüber kein Wörtchen

schreibt. Ich werde der Zeitung diese Briefe geben. Ich muß sie allerdings erst kopieren. Das geht erst in den nächsten Tagen, weil ich hier soviel Geld verbraucht habe. Das muß ja jeder Einsprecher hier, weil er keine Bezahlung kriegt. Ich werde sie dort hingeben. Sie könnten sie drucken. Die Leute können das verlangen. Ich kann das hier nicht mehr vorlesen, wenn Sie meine Redezeit zu Unrecht beschränken.

Alles das müßte vorgetragen und betrachtet werden. Es ist sehr viel bedeutsamer und wichtiger als überhaupt das, was Sie hier vorgelesen haben. Das ist für die Katz. Das hat auch Professor Bechert erklärt, der zuerst einen Katastrophenschutzplan unter die Lupe nahm. Er war, wie ich neulich sagte, einer der besten Freunde Albert Schweitzers. Er ist sehr viel in die Öffentlichkeit gegangen. Er hat die Festnahmen angesprochen. Er hat, solange er lebte, zu den ganz speziellen Sachen der Bundesregierung, zu den Blättern, die Sie nennen, sehr genau Stellung genommen. Er hat gesagt: Das, was auf dem Papier steht, ist die Tintenschwärze nicht wert. Das war genau das, was Sie hier vorgelesen haben. Es stimmt alles nicht. Sie haben wieder das Wort von mir: Sie betrügen die Bevölkerung, nicht nur mich als Einsprechenden, Sie betrügen die Bevölkerung nicht nur über das, was sie erleiden muß, wenn sie hinnimmt, daß dieses Werk wie andere in Betrieb genommen wird und läuft; denn die Katastrophe fängt am ersten Tag an. Die Katastrophe - das habe ich Ihnen auch schriftlich auseinandergelegt - ist eine Tatsachenbehauptung. Das sogenannte Atomgesetz, rechtskräftig zum 1. Januar 1960, wurde durch das bekannte Würgassen-Urteil seinerzeit dahingehend geändert, daß sein erster Zweck nicht die Förderung der sogenannten friedlichen Kernenergie sei, sondern Leben in allen seinen Formen und Arten zu schützen. Dem widerspricht aber leider jede mögliche Wirklichkeit auf diesem Felde beziehungsweise auf diesem Planeten Erde. Wenn nämlich eine Atomanlage welcher Art auch immer ins Werk gesetzt wird, bleibt Schädigung von

Leben in jeder Gestalt nicht nur nicht aus, sondern ist sogar unausbleibliche Folge; denn bekanntlich lösen schon allergeringsten Mengen und Spuren radioaktiver Strahlungen und Stoffe solche Schädigungen aus, die eigentlich mit diesen und verwandten Worten gar nicht hinreichend zu bezeichnen sind. Beweise gibt es trotz gegenteiliger Aussagen genug. Ich erinnere nur an die Idaho-, Lisang-, Windscale-, Harrisburg-, Swerdlowsk-Katastrophe, auch an Brunsbüttel. Das dürfte reichen, obwohl die Liste erheblich zu erweitern wäre. Denken Sie an Würigassen, an Obrigheim. Es gibt so viele Beispiele. Die sogenannten **Sachbearbeiter haben nicht ein einziges aufgeführt. Dem Recht** bleibt daher keine andere Wahl, jedenfalls nicht in der Weise, wie sie Menschen betrifft. Dem Menschen bleibt daher keine andere Wahl, als alle Arten solcher sogenannten friedlichen Nutzung von Kernenergie unerbittlich zu verbieten, also auch die Inbetriebnahme von Brokdorf und den Einsatz solcher furchtbaren Plutoniumelemente, da es keinen verlässlichen Schutz vor den Auswirkungen einer gebauten und in Betrieb genommenen beziehungsweise zur Explosion gebrachten Atomanlage gibt - unbestritten und unbestreitbar -, als da sind: Hiroshima, Nagasaki, Alama Gordo, Idaho, Bikini-Atoll, Windscale, Lisang, La Hague (Frankreich), Mol (Belgien), Los Alamos (USA): Dazu gehört auch - zu den gebauten Anlagen - Uranabbau und -gewinnung, in vielen Erdteilen ebenso der Verbleib radioaktiver Reststoffe einschließlich sogenannter Wiederaufbereitungsanlagen. Karlsruhe nenne ich auch, Obrigheim vor allen Dingen, Tsuruga (Japan), wo man Menschen von außerhalb anstellte, ohne Schutz mit Wischlappen die Radioaktivität aufzunehmen. Sie wurden gar nicht gemessen, diese Menschen in Japan, diese armen Menschen! Ich nenne die noch ärmeren in Rongelap. Sie wurden evakuiert. Sie haben ihre Heimat verloren. Der französische Ministerpräsident - Sie wissen! Marshall-Inseln, Basebek/Kopenhagen, Gundremmingen, Mary Catleen, die Uranmine in Australien, Würigassen, Lingen, Niederaichbach, Tokaimura (Japan).

Ich erinnere an die Rede von dem japanischen Professor; ich komme nicht auf seinen Namen. Sie haben hier alles drin. Ich meine das Buch von Tashiro, dem Ichiro Moritaki, dem japanischen Professor. Browns Ferry, Brunsbüttel, Harrisburg! Weder bei sogenannten normalem noch bei wie auch immer geheißenem Betrieb beziehungsweise Anwendung, Nutzung reicht das allein dafür aus, daß jeder staatliche, auch rechtliche Zwang gegenüber Menschen, die sich solchem unbeschreiblichen Übel entgegenstellen - das sind doch wir Einsprecher - insbesondere auf dem Rechtswege ein Rechtsbruch schlimmster Art dem einzelnen Menschen, dem Volk und der Menschheit gegenüber ist, da es wegen der Bedeutung für alles Leben im weitesten Sinne zugängliche Verhandlung geben muß. Auch und gerade bei Anzweiflung der Zuständigkeit eines einzelnen und überhaupt eines jeden in dieser "Sache" tätigen Gerichts und tätiger Verhandlungsleitung und tätigen Ministeriums fordere ich unter anderem einen Verhandlungstermin am Wochenende - da haben Sie es wieder -, der es nicht nur Urlaubern, Rentnern, Arbeitslosen, sondern auch allen Erwerbstätigen ... Das ist wieder dies, das greift ineinander zusammen. Es hat damit zu tun. Sehen Sie, wenn Sie wirklich Information zulassen, können Sie überhaupt nichts dulden, auch aufgrund dieser amtlichen Schrift - Heft 43 der Landesregierung von Schleswig-Holstein, Katastrophenschutzplan Geesthacht, zwölf Seiten lauter Mist -- Das ist den Leuten in der ersten Zone gegeben worden. Da steht, daß sie nach Hamburg gebracht werden, wenn sie evakuiert werden, oder nach Lübeck. Sie dürfen das Gebiet verlassen. Sie werden da hingebraht, wenn sie an 44 Busstationen gehen. Eine Mutter sagte mir: Es tut mir leid, daß meine Tochter mit ihren vier Kindern hier in Geesthacht wohnt. Lassen Sie sich das doch einmal ins Herz sagen. Lassen Sie sich doch einmal sagen, daß Sie gar nicht fähig sind, das zu verantworten, was Sie hier vertreten sollen. Erklären Sie sich doch selbst für befangen in diesem Termin, wo Sie die ganze Unrechtsituation dieses Termins von Anfang an erleben, indem Sie durch Ihre Tätigkeit, auch durch

Ihre Tätigkeit, mitverursachen, daß die eigentlichen Menschen, die gesehen haben, was da gespielt wird, und die wissen, daß ein solches Werk überhaupt nicht verantwortbar ist - weder Brokdorf noch Brunsbüttel noch Geesthacht noch Krümmel noch Stade -, einfach herausgejagt werden auf diese Weise. Dann sagen Sie noch, jetzt ist die Öffentlichkeit mitbeteiligt. Das ist für sich eine menschliche Katastrophe.

Ich habe angefangen, in dem Buch zu blättern. Ich müßte jetzt am besten, wenn Sie die Zeit so beschränken, mit dem Schluß aufhören. Aber nur deswegen und nur in dem deutlichen Bewußtsein, daß Sie Unrecht tun, indem Sie mir die Zeit beschneiden, und in dem Bewußtsein, daß ich hier nur symbolisch blättern kann und symbolisch jetzt etwas finden kann, was sehr gut paßt.

"Alle unter uns auftretenden Grundsätze" - das habe ich nicht selbst erfunden -, "Gesinnungen und Ideale messen wir in grandioser Pedanterie mit dem durch die absolute Ethik der Ehrfucht vor dem Leben geeichten Maße. Gelten lassen wir nur, was sich mit der Humanität verträgt. Die Rücksicht auf das Leben und auf das Glück des einzelnen bringen wir wieder zu Ehren. Die heiligen Menschenrechte halten wir wieder hoch, nicht die, die die politischen Machthaber bei Banketten verherrlichen und in ihrem Handeln mit Füßen treten, sondern die wahre Gerechtigkeit verlangen wir wieder, nicht die, welche in juristischer Scholastik verblödete Autoritäten elaboriert haben, auch nicht die, um welche sich die Demagogen aller Schattierungen heiser schreien, sondern die Gerechtigkeit, die von dem Werte jedes Menschendaseins erfüllt ist. Das Fundament des Rechts ist die Humanität." - Sie wissen, daß der Mann, der das sagte, die Humanität eigentlich neu wieder aufgerichtet hat, indem er nicht nur von dem Menschen sprach, sondern selbst in dem Ort, in dem er lebte, die Tiere um sich hatte. Man kann es in dem Film sehen. Er hat sich gegen die Bomben gewehrt. Seine Freunde wehren sich heute noch gegen die Atomwerke, und sie wehren sich auch gegen Brokdorf. Dieser

Mann hat an seinen Freund geschrieben: Zum Trost darf ich dann manchmal erfahren, daß die erweiterte und verinnerlichte Ethik der Ehrfurcht vor dem Leben den Menschen etwas bedeutet. Manchmal komme ich mir vor wie ein Epigone des Sokrates - ich finde es gut, daß an Sokrates erinnert wird -, bei dem die Philosophie auf das Riff der Ethik fuhr. Wo bleibt hier die Ethik, wenn weiter so etwas Schreckliches passieren kann? Was reden Sie für ein dummes Zeug? So hat er nämlich, Sokrates, es noch nicht wie wir heute mit verblödeten Staatsoberhäuptern - man denke ...; ich möchte lieber nicht den Namen sagen - und Generälen zu tun, die mit der Atombombe spielen.

So, Sie sprachen von Spielregeln, Herr Dr. Schattke. So wird heute mit Atomwerken gespielt. Man weiß, daß aus dem Abluftkamin, den ein normaler Mensch als Schornstein bezeichnet, schon bei dem sogenannten normalen Betrieb diese furchtbaren Stoffe herauskommen, für die kein Mensch einen Schutz weiß. Man weiß noch viel mehr, daß bei einem sogenannten Schmelzunfall - -

VL Dr. Schattke: Herr Friis, Sie haben jetzt eine Stunde und fünf Minuten geredet.

(Friis: Viel zu wenig!)

Ich habe stillschweigend Ihre Redezeit, um Ihnen soweit wie möglich entgegenzukommen, um fünf Minuten verlängert. Aber jetzt ist wirklich endgültig Schluß. Sie haben die Redezeit von einer Stunde erheblich überschritten. Ich entziehe Ihnen das Wort.

(Friis: Ich erkläre Sie für befangen!)

- Ich entziehe Ihnen das Wort.

(Friis: Ich erkläre Sie für befangen, auch Ihre Mitarbeiter und die Sachbearbeiter des Ministeriums, weil dieser Termin nicht ordnungsgemäß und recht-

- Jawohl, wir haben jetzt Ihren Protest gehört und Ihre Erklärung der Befangenheit. Auch dieser Befangenheitsantrag ist unzulässig, weil rechtsmißbräuchlich und weil er in keiner Weise von Ihnen selbst begründet worden ist.

Ich frage jetzt, ob zu der Frage der Katastrophenschutzplanung noch Wortmeldungen von anderer Seite sind? Von der Antragstellerseite? - Das ist nicht der Fall. Von der Behördenseite? - Das ist auch nicht der Fall. Von Sachverständigen auch nicht. Dann stelle ich folgendes fest.

Nach § 12 Abs. 5 Satz 1 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung erklärt der Verhandlungsleiter den Erörterungstermin für beendet,

(Der Einwender Friis protestiert)

wenn dessen Zweck erreicht ist.

(Der Einwender Friis protestiert erneut)

Der Zweck ist in § 8 Abs. 2 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung niedergelegt. Danach dient der Erörterungstermin dazu, die rechtzeitig erhobenen Einwendungen mit allen Teilnehmern zu erörtern.

(Friis: Wo denn?)

Dabei sollen insbesondere die Einwender Gelegenheit haben, Ihre Einwendungen zu erläutern.

(Friis: Wann ist das geschehen?)

- Dies ist geschehen. Wir haben insgesamt acht große Sachgebiete mit drei Unterbereichen und mit insgesamt circa 150 einzelnen Sachthemen diskutiert. Jeder anwesende Teilnehmer

hatte Gelegenheit, zu Wort zu kommen. Ich habe während des Erörterungstermins jeweils auch immer festgestellt, welche von den acht großen Themen jeweils ausreichend behandelt und diskutiert worden sind. Ich stelle dies erneut fest: Es ist kein Sachthema übriggeblieben, was noch hätte erörtert werden müssen. Alle Einwendungen sind inhaltlich vorgetragen und auch inhaltlich mit den anwesenden Teilnehmern diskutiert worden.

(Friis: Quatsch!)

Wenn viele Einwender am ersten Tag nach mehreren Stunden den Sitzungssaal verlassen haben und nicht weiterdiskutiert haben, so ist dies sehr bedauerlich. Ich muß allerdings darauf hinweisen, daß wir entsprechend der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung in der öffentlichen Bekanntmachung schon mitgeteilt haben, daß auch ohne das Erscheinen von Einwendern weiterverhandelt werden kann. Wenn viele Einwender ihre Chance, die ihnen der Erörterungstermin gibt, nicht genutzt haben, so haben sie sich selbst um ihre Chancen gebracht.

(Friis: Quatsch!)

Das kann nicht der Genehmigungsbehörde angelastet werden.

Die Redezeitbegrenzung erfolgte erst am zweiten Tag nachmittags, nachdem lange zu einzelnen Sachthemen diskutiert worden war und dabei nicht immer sachbezogen zu dem jeweiligen Thema debattiert wurde, sondern über die einzelnen Sachthemen weit hinausgegangen worden war. Daraufhin habe ich zunächst einmal vorgeschlagen, die Redezeit zu begrenzen, habe das Wort zu dieser Geschäftsordnungsfrage erteilt und dann anschließend, nachdem wiederum alle zu Wort zu gekommen waren, die Redezeit auf fünf Minuten begrenzt. Rechtsgrundlage für die Redezeitbegrenzung ist § 12 Abs. 3 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung.

Es hatten demnach alle Einwender Gelegenheit, Ihre Einwendungen noch einmal zu erläutern. Dieses Recht hat der Einwender Friis als einziger zum Schluß noch anwesenden Einwender auch intensiv genutzt. Ich bedanke mich bei Herrn Friis, daß er bereit war, zu den einzelnen Themen seine Stellungnahmen und seine Meinungen vorzutragen. Ich bedauere, daß es teilweise zu Auseinandersetzungen über das Verfahren, über die Geschäftsordnung gekommen war; aber nach dem Bestimmungen der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung und nach den Bestimmungen des Landesverwaltungsgesetzes mußten die zahlreichen Befangenheitsanträge teilweise als unzulässig und teilweise als unbegründet abgelehnt werden.

Wir sind damit am Ende des Erörterungstermins angekommen. An dieser Stelle bleibt mir nur noch ein allgemeiner Dank. Ich danke den Antragstellern, daß sie so lange ausgehalten haben und immer zu den jeweiligen Themen Stellung genommen haben. Ich danke den Sachverständigen, daß sie bereit waren, in dem Erörterungstermin, auch wenn sie gefordert wurden, einzelne Punkte zu erläutern. Ich danke insbesondere den Stenographen, daß sie diese schwierige Aufgabe hier wahrnehmen; denn es war bestimmt nicht einfach, die nicht immer druckreifen Formulierungen von uns allen ordnungsgemäß mitzuschreiben. Ich danke dem Wirt des Lokals, der bereit war, uns diesen Saal und die Nebenräumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Ich danke der Regie, insbesondere der Tonregie, die immer für eine ordnungsgemäße Beschallung gesorgt hat. Ich danke nicht zuletzt den Ordnungskräften des zivilen Dienstes, die bereit waren, die öffentliche Sicherheit und Ordnung innerhalb des Saales und innerhalb der sonstigen Räumlichkeiten aufrechtzuerhalten, und ganz zum Schluß, aber nicht zuletzt danke ich auch den polizeilichen Kräften, die bereit und in der Lage waren, für die öffentliche Sicherheit und Ordnung außerhalb des Saales und außerhalb der Räumlichkeiten zu sorgen.

Ich stelle damit fest, daß der Erörterungstermin beendet ist, weil sein Zweck erreicht worden ist.

Es ist nach meiner Uhr genau 14.26 Uhr und eine halbe Minute.
Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg. Der Termin ist beendet.

Schluß: 14.27 Uhr